



26. März 1924

CARL SEVERING · DAS ZIEL DES KAMPFES

Am 4. Mai soll das deutsche Volk über die künftige Zusammensetzung des Reichstags und damit auch über den Charakter und die Gestaltung einer neuen Reichsregierung entscheiden. Wahlen zu der Volksvertretung haben seit der Einführung des parlamentarischen Systems immer eine hohe Bedeutung. Die Abstimmung am 4. Mai wird jedoch von besonderer Wichtigkeit sein. Handelt es sich doch nicht in erster Linie um die Regelung innenpolitischer Fragen, die in ihrer Fülle und Tragweite zwar auch nicht als Kleinigkeiten zu behandeln sind. Es kommt vielmehr auf die eine große Entscheidung an, wie die Außenpolitik des Reiches in den nächsten 4 Jahren geführt werden soll. Es kann zugegeben werden, daß diese Frage auch schon bei der Abstimmung im Juni 1920 eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Sie ist im Lauf der letzten 4 Jahre aber immer schärfer umrissen, immer deutlicher in die Erscheinung gerückt worden. Die Konferenzen von Spa und London, die diversen Noten der Alliierten, vor allem aber die Ereignisse des Jahres 1923, mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen und die Belgier, haben der ganzen Welt gezeigt, wie die Dinge für uns stehen. Hat dies schon die Aufmerksamkeit größerer Schichten unseres Volkes auf die Probleme der Außenpolitik gelenkt, so sorgt natürlich eine gewisse Presse für die übliche parteipolitische Verzerrung und Vergrößerung des Bildes.

Wäre das deutsche Volk schon in einigen Generationen durch die Schule des parlamentarischen Systems gegangen, könnten wir überhaupt mit einer größern politischen Reife unseres Volkes rechnen, dann brauchte man um das Ergebnis der Abstimmung nicht besorgt zu sein; denn wie man von einer gesunden und urteilsfähigen Einzelpersonlichkeit nur Entscheidungen erwartet, die auf der Linie ihrer Lebensnotwendigkeiten liegen, so wird auch ein zur Politik erzogenes und im politischen Leben erprobtes Volk an seinem Schicksalstag das Richtige treffen. Indessen haben der Krieg und die Kriegsfolgen die nachteiligen Wirkungen der politischen Unerzogenheit unseres Volkes derart gesteigert, hat eine von den einseitigsten Interessen beeinflusste Presse in einem solchen Umfang zur Verwirrung beigetragen, daß man leider nicht schon im voraus berechtigt ist die Abstimmung am 4. Mai durchweg als das Ergebnis kühler und ruhiger Überlegung zu betrachten. Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit Unterlassungen der politischen Parteien diese Zustände mit verschuldet haben. Solange Bismarck

die deutsche Außenpolitik führte und darin während seiner Amtszeit un-
leugbar große Erfolge aufzuweisen hatte, ließ sich die Passivität der politi-
schen Parteien auf dem Gebiet der deutschen Außenpolitik erklären. Sie
hielt aber auch noch an, als Staatsmänner kleinern Formats und sogenannte
Diplomaten am Ruder der deutschen Außenpolitik saßen. Das Interesse des
deutschen Bürgertums war lediglich auf die Wirtschaft im engen Sinn, die
Aufmerksamkeit und Stoßkraft der Arbeiterklasse auf die Austragung innen-
politischer Streitfragen gerichtet. So konnte sich bei uns unkontrolliert und
ungehindert *die* sonderbare diplomatische "Kunst" entfalten, die es mit
allen verdarb und uns in der Welt isolierte.

Ein altes, hausbackenes deutsches Wort sagt, daß man durch Schaden klug
wird. Wenn ein dem Volk einmal zugefügter Schade als Lehrmittel eines
politischen Anschauungsunterrichts genügte, wenn es überflüssig wäre jeder
Generation durch Schaden wertvolle, aber auch schmerzliche Erfahrungen
beizubringen, dann sollten die unserm Volk bescherten Schäden der jüngsten
Vergangenheit uns davor bewahren neue Torheiten zu begehen. Das ganze
deutsche Volk ist heute berufen seine Außenpolitik zu bestimmen, und darum
dürfen nicht Unwissenheit und Unklarheit, dürfen nicht parteipolitische Ver-
hetzung und chauvinistische Verzerrung, darf nur die klare ruhige Über-
legung am Wahltag maßgebend sein. Es kommt darauf an eine Reichstags-
mehrheit zu schaffen, die gewillt ist uns in der kürzesten Zeit von den Lasten
und Belästigungen zu befreien, die der unglückliche Ausgang des Krieges
uns gebracht hat, und damit *die* Basis herzustellen, auf der einzig und allein
ein Wiederaufbau Deutschlands und Europas möglich ist. Der Gedanke,
daß diese Befreiung in kürzester Zeit durch Waffengewalt geschehen könne,
ist so absurd, daß er unter klarblickenden Menschen von vornherein als
abgetan gelten sollte. Die hemmungslose Agitation der Deutschvölkischen
und, leider, auch der Deutschnationalen, die ungezügelte Sprache ihrer
Presse und das demagogische Auftreten ihrer Wortführer haben es jedoch
dahin gebracht, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil des deutschen Volkes
in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich und, so muß man
hinzufügen, mit den Alliierten schlechthin die Rettung erblickt. Vielleicht
nicht die Gründung, aber jedenfalls das geräuschvolle Auftreten der rechts-
gerichteten Wehrorganisationen, wie Stahlhelm und Jungdeutscher Orden,
wäre ganz undenkbar, wenn nicht erst die Agitation und die Protektion
durch politische Parteien diesen Verbänden Wind in die Segel geblasen
hätten. Es wäre kurzfristig und ungerecht zu bestreiten, daß in diesen Or-
ganisationen auch ideale Kräfte vorhanden und wirksam sind. Aber die
besten Absichten werden in der Wirkung in ihr Gegenteil verkehrt, wenn
nicht die Interessen des Volkes, sondern die eigensüchtigen Bestrebungen
einzelner politischer Gruppen die Betätigung im öffentlichen Leben bestim-
men. Es ist ein Wahnwitz zu glauben, daß das deutsche Volk, dessen
Wehrmacht zertrümmert ist, mit einiger Aussicht auf Erfolg Krieg führen
könnte. Im Westen stände die stärkste Wehrmacht des Kontinents gegen
uns, im Osten wären die Mündungen französischer Kanonen, bedient von
tschechischen und polnischen Soldaten, auf unser Land gerichtet, und wirt-
schaftlich würden wir sicherlich im selben Maß vom Weltverkehr abge-
schnitten werden wie es durch die Blockade in den Kriegsjahren geschah.
Mögen auch in illegalen Rechts- und Linksorganisationen noch Waffen ver-
steckt gehalten werden, die innenpolitisch das größte Unheil anrichten kön-

nen, wenn sie zur sogenannten Ausrottung der "Novemberverbrecher" oder zur Unterstützung "kommunistischer" Putsche hervorgeholt werden: im Vergleich mit der Rüstung der alliierten Mächte ist das alles nur armseliges Gerümpel, das ernsthaft nicht in Betracht kommt. Fast ebenso gefährlich wie die offen betriebene Kriegsagitation ist die Propaganda, die die "Zerreißung des Versailler Friedensvertrags" anstrebt. Der Unterschied ist nur der, daß ein offener Krieg uns *pltlich* in den Abgrund brächte, während die Verweigerung der Vertragspflichten etwas langsames Verkümmern und Verhungern unseres Volkes im Gefolge hätte. Die mit so stolzer Geste vorgetragene Empfehlung der Deutschnationalen den Friedensvertrag zu zerreißen hätte Joch in der Ausführung keine anderen Wirkungen als ganz Deutschland in den Zustand zu bringen, in dem sich im vergangenen Jahr das Rhein- und Ruhrgebiet befand. Nein, wer Deutschland wirklich befreien will, der darf nur eine auf die Verständigung mit den anderen Völkern gerichtete Politik unterstützen; der muß bereit sein die Opfer der Vertragsverpflichtungen auf sich zu nehmen, auch dann, wenn damit die öffentlichen Lasten vorübergehend vermehrt werden. *Diese Last*, der eine baldige Erleichterung folgen muß, eine Befreiung winkt, ist leichter zu tragen als ein Zustand, der den außenpolitischen Druck verewigt und im Innern die Gesundheit verhindert.

Welche einzelnen Parteien im neuen Reichstag die Vereinigung stellen werden, die diese Politik zu führen gedenkt, ist heute noch nicht vorauszusagen. Was aber heute schon ausgesprochen werden kann und auch ausgesprochen werden sollte, ist folgendes: *Die Parteien*, die die Führung der auswärtigen Politik von den vorgetragenen Gesichtspunkten bestimmen lassen wollen, sollten den Wahlkampf so führen, daß eine Arbeitsgemeinschaft im neuen Reichstag nicht von vornherein erschwert erscheint. Das Ziel des Wahlkampfes muß sein: nicht nur *Parteien zu schaffen*, die die Erfllungspolitik in den für Deutschland erträglichen Grenzen wieder betreiben wollen, sondern diese Parteien auch so *zusammenzuführen*, daß man eine stetige Außen- und Innenpolitik treiben kann. Und nicht nur Stetigkeit der *Regierungspolitik* ist notwendig, sondern als Voraussetzung dazu auch Stetigkeit der *Regierung*. Ich glaube kein Amtsgeheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß manche unerfreulichen Erscheinungen des letzten Jahres in der Ruhrpolitik und in der sogenannten Befriedungspolitik (Sachsen, Thüringen) vermieden worden wären, wenn die zuständigen Minister einen größeren Einfluß in ihren Ressorts und im Kabinett hätten geltend machen können. Es geht nicht an, daß ein Kabinettschef durch von ihm ernannte Beauftragte die wichtigsten Dinge anordnet und durchführen läßt, ohne die Zustimmung des zuständigen Ministers einzuholen, und es ist noch viel weniger zu vertreten, daß eine Kommission von Ministerialbeamten Entscheidungen trifft, die im Hinblick auf ihre weitreichenden politischen Auswirkungen den Ministern vorbehalten bleiben müssen. Derartige und schlimmere Erscheinungen sind aber nur möglich und, man darf hinzufügen, unvermeidlich, wenn im Zeitraum eines kurzen Jahres 2- bis 3mal ein Kabinett das andere ablöst, wenn der Ressortchef infolgedessen den Bereich seines Verwaltungszweigs nicht kennen lernt, geschweige denn zu beherrschen vermag, wenn sich die Zuständigkeiten und damit die Verantwortlichkeiten dauernd verschieben und verwischen. Eine *feste Regierungskoalition* zur Bildung einer festen Koalitionsregierung zu schaffen muß darum die Aufgabe des 4. Mai sein.

Der Gedanke der "nationalen Diktatur", der im letzten Quartal des vergangenen Jahres in den politischen Diskussionen eine so große Rolle spielte, und dessen Erörterung nur geeignet war das Mißtrauen des Auslands in unsere Absichten zu nähren, ist ja einstweilen erledigt. Der Hitlerprozeß in München hat gezeigt, daß zu einer derartigen Diktatur nicht nur das Volk sondern auch die Diktatoren fehlen. Denn die Gestalten, die sich in diesem Prozeß gegenseitig enthüllt haben, mögen bei völkischen Paraden oder an Vereinsabenden sogenannter Vaterländischer Verbände leidliche Figuren machen: zur Führung eines Sechzigmillionenvolks gehören mehr als ein Trommler und Trompeten. Mit den Staatskommissaren und Staatsverwesern, die abenteuernden Komitatschis die Staatsgewalt ausliefern, wie es Kahr durch die Aufstellung der sogenannten Notpolizei unter Ehrhardt an der bayrisch-thüringischen Grenze getan, ist ebenfalls kein Staat zu machen. Das alles sind Stümper, die nicht einmal ihr Putschhandwerk verstanden haben und an jeder größern Führeraufgabe bald scheitern würden. Und die Männer, die im Hintergrund geblieben sind: die Claß, Minoux, Bang usw., sehen auch nicht gerade so aus, als ob ihnen ein besonderes Führertalent in die Wiege gelegt worden wäre. Polterer und Nörgler sind alles andere, nur keine Führer. Das begreifen selbst diejenigen Kreise, die im Herbst des Jahres 1923 von der nationalen Diktatur das Wunder der Heilung erwarteten. Der kommende Reichstag hat es in der Hand die Spielerei mit diesem törichtem Gedanken für immer zu erledigen. Ist er stark genug sich der Krisenmacher, die teils aus Bosheit teils aus Dummheit im vorigen Herbst ihr Gewerbe betrieben, zu erwehren und die Stetigkeit seiner Politik zu wahren, dann wird ernsthaft niemand mehr von der Diktatur reden. Taumelt er dagegen wieder von einer Krise in die andere, dann ist es schließlich kein Wunder, wenn das Volk an seiner Aktionsfähigkeit verzweifelt.

Es wird von den Vertretern mehrerer Parteien als das vornehmste innenpolitische Ziel der nächsten Zukunft die Erhaltung der Währung, der Kampf gegen eine neue Inflation bezeichnet. Dem ist durchaus zuzustimmen. Nur sollte sich unser Volk darüber klar sein, daß diese Frage nicht nur eine finanztechnische sondern heute mehr denn je eine volkswirtschaftliche und vor allem auch außenpolitische Seite zeigt. Für den künftigen Geschichtsschreiber wird es vielleicht einmal ganz interessant sein festzustellen, wer die Väter der Rentenmark sind, ob Helfferich, ob Hilferding. Die Mutter der Rentenmark, das heißt der Stabilisierung unserer Währung, var jedenfalls die Reichsregierung, die das Loch im Westen durch die Aufhebung des passiven Widerstands stopfte. Dieses Loch oder eine ähnliche Wunde darf an unserm Volkskörper nicht wieder aufbrechen, wenn er nicht verbluten soll. Wir bringen ihn aber in diese Gefahr, wenn sich nicht eine Mehrheit im Reichstag von vornherein bewußt auf alle Maßnahmen in der Innen- und Außenpolitik einstellt, die zu einer außenpolitischen Entlastung und damit zur Ordnung und Stabilisierung im Innern führen. Eine neue Inflation ist völlige Zerschlagung der Wirtschaft, ist neue Arbeitslosigkeit, neuer Hunger, neue Unruhe und Unordnung, ist der Verfall und Zerfall des Reichs.

Nichts ist verkehrter als die Redensart, man müsse den Matadoren einer aggressiven Außenpolitik einmal Gelegenheit geben dem ganzen Volk zu zeigen, wie man es nicht machen darf. Die Tätigkeit des Kabinetts Cuno war doch schon nichts anderes als eine einzige Beweisführung dieser Art. Sie hat weite Kreise auch des Bürgertums darüber aufgeklärt, daß die Poli-

tik des Wunderglaubens und des Wartens auf das Wunderbare uns nicht vorwärts führt. Aber diese Aufklärung hat uns den Abbau unserer Wirtschaft bis zur völligen Leistungsunfähigkeit gekostet. Eine Wiederholung des Experiments: und der Sturz in das Nichts wäre unvermeidlich.

Das Bestreben der politischen Organisationen ihren Parteien als den Sammelbecken des politischen Wollens die Wähler zuzuführen ist durchaus natürlich und darf selbstverständlich nicht beeinträchtigt werden. Aber darüber muß man sich klar sein: Bei der politischen Situation, in der sich unser Volk befindet, ist es einer einzelnen Partei nicht möglich die gewaltigen außen- und innenpolitischen Probleme der nächsten Zukunft zu lösen. Dazu bedarf es der Koalition aller der Parteien, die gewillt sind in zäher beharrlicher Arbeit die Reparationen nach außen und im Innern durchzuführen. Mögen darum diese Parteien sich der Verantwortung bewußt bleiben, daß sie im Wahlkampf nicht die Plattform zerstören dürfen, die einzig und allein unser Volk, die Parteien und Stämme, zu einer Nation zusammenzufassen geeignet ist: die Zusammenfassung des Willens durch eine würdige, verständige Außenpolitik unsere Freiheit wiederzugewinnen und unsere Wirtschaft wieder aufzubauen.

MAX SCHIPPEL · INTERNATIONALE UND DEUTSCHE AGRARKRISIS



UNMEHR spricht man von einer Agrarkrise auch bei uns in Deutschland. Die beängstigenden Erscheinungen der deutschen landwirtschaftlichen Produktion häufen und steigern sich sogar seit einigen Monaten mit beispielloser Überstürzung. Nicht nur der Reichslandwirtschaftsminister und die Landbünde sondern auch der Reichsbankpräsident, die Industrie- und Handelsvertretungen, die Parteien, die Zeitungen ergreifen wetteifernd das Wort. Fast wird man an den Anfang der neunziger Jahre und die Zeit der Gründung des Bundes der Landwirte erinnert.

Am wenigsten geistig vorbereitet trifft diese Entwicklung abermals unsere Partei; das heißt nicht etwa die internationale sondern die deutsche Sozialdemokratie, denn die Arbeiterbewegung der meisten anderen Länder kennt die geradezu spezifisch deutsche Einstellung zu so gut wie allen "Agrarfragen" ganz und gar nicht. Unsere reichsdeutsche Parteiagrarkommission, die uns zu realistischeren Anschauungen und Strebungen erziehen sollte, besitzen wir zwar schwarz auf weiß seit Görlitz und wohl schon länger; aber wenn man sie dringend brauchen könnte, hat sie sich regelmäßig noch nicht den stärkenden und erfrischenden Schlaf aus den Augen gerieben. Ferner haben wir sogar noch einen zeitweise recht schellenlauten linken Flügel, der nach russischer Wortgepflogenheit Arbeiterradikalismus und Bauerninteressen zu einer revolutionären Einheit zusammenschweißen will, und der allerdings bis jetzt nur eine fundamentale sozialistisch-agrarpolitische Erkenntnis zutage förderte: nämlich, daß der Bauer keinerlei Enteignung von solchen Schreinerplumplöwen der allgemeinen Epropriation zu fürchten brauche.

So geht es uns denn vorläufig genau wie bei dem Problem der Mehrproduktion und Mehrarbeitsleistung: Wie sollen wir den nichts ahnenden, durch

unsere Schuld und Führung in vollkommen entgegengesetzten Auffassungen festgefahrenen Massen die Überzeugung von einem tiefen folgenschweren agrarproduktiven Umschwung überhaupt geistig beibringen? Wenn wir bisher nur von unerhörter gemeinschädlichster agrarischer Bewucherung und Ausbeutung sprachen, wie sollen wir mit einemmal Staatshilfe und Reform zugunsten von Schwernotleidenden verkünden? Unsere agitatorisch unbekümmerte Vergangenheit bildet abermals die schwerste erbliche Belastung bei unseren verantwortlichen praktischpolitischen Entscheidungen in der Gegenwart. Und dabei drohen uns Wahlen, bei denen das flache Land vielfach ausschlaggebend sein wird.



FINIGE beliebte Behauptungen seien den entsprechenden fatalen Tatsachen gegenübergestellt. Wir waren beispielsweise gewohnt im anschwellenden Geldzustrom zu den ländlichen Genossenschaften und Sparorganisationen den schlagendsten Beweis für die ununterbrochenen riesenhaften Übergewinne der landwirtschaftlichen Unternehmer zu erblicken. Tatsächlich spiegelte sich in ihnen nur, im Vergleich zu gewerblichen und vollends kommerziellen Verhältnissen, die längergestreckte Periodizität des landwirtschaftlichen Geldumschlags, das stärkere zeitliche Auseinanderfallen von Gelderlös für das marktfertige Erzeugnis und Geldverwendung für die neubeginnende Produktion wider. Oft sogar weiter nichts als die wachsende Unzulänglichkeit der Geldeingänge für umfassendere, obwohl bitter notwendige Anlage- und Betriebsausgaben: ähnlich wie der städtische Massenkonsument lange Zeit Geld für vergänglichen Tagesluxus "übrig" hatte, weil es zu den nötigsten Anschaffungen von Kleidung, Wäsche, Möbeln niemals reichte. Nicht selten freilich vermochten unsere parteigenössischen Antiagrarier einfach Papiermilliarden und Goldmarkpfennigbruchteile nicht auseinanderzuhalten. Heute am Ende der Entrüstungsperiode entdecken wir zu unserer nicht geringen Verblüffung, daß die Depositengelder bei den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften vor dem Krieg sich auf 4,7 Milliarden Goldmark beliefen, im September 1923 dagegen auf, sage und schreibe, ganze 30 000 Goldmark. Über den Produktionswert der Düngemittel brauchten die Landwirte und ihre Organisationen wahrlich keine Belehrung von außen. Aber die Landwirte haben längst keine eigenen Mittel mehr ihren Düngemittelbedarf für die nächste Ernte wirklich einzudecken. Das Kalisyndikat mußte sich deshalb neuerdings recht widerstrebend dazu entschließen Kalisalze aller Sorten mit einer 8monatigen Zahlungsfrist, also unter Zahlung erst nach der Ernte, mit einem Zinssatz zur Verfügung zu stellen, der nur 60 % des jeweiligen Reichsbankdiskonts (zurzeit also 6 % jährlich) beträgt. Wegen der zur Rückendeckung unentbehrlichen Reichsbank, die nach ihrem Statut nur wertbeständige Wechselkredite bis zu 3 Monaten einräumen darf, hat weiter das Kalisyndikat eine eigentümliche Handhabung des Kredits wählen müssen: Dreimonatsakzepte der bestellenden landwirtschaftlichen Körperschaften, Handelsfirmen, Düngerfabriken mit den üblichen Wertbeständigkeitsreversen, und dann Verlängerung um 3, später nochmals 2 Monate (ähnlich hat man in den Vereinigten Staaten den neuerschlossenen Farmerkredit mit den Federal Reservebanken in Verbindung gebracht). Das Stickstoffsyndikat schritt nach Vereinbarung mit der Reichsbank zu einem ähnlichen Angebot.

Die deutsche Landwirtschaft hat zweifellos infolge unseres Valutaelends einen großen Entschuldungsprozeß hinter sich; von Vorkriegsschulden ist

sie im Durchschnitt so gut wie ganz frei geworden. Aber die Landwirtschaft ist heute neben der Industrie sondervorbelastet für die 3200 Millionen Kapital und Grundrücklage der Rentenmarkbank. Sie erwartet ihr Schicksal bei der kommenden Fundierung der Reparationsleistungen. Der allgemeine Hypothekenmarkt ist gleichzeitig vollkommen der Lähmung verfallen: wer soll bei den gewaltig hohen Leihätzen für kurzfristige Kreditgewährung sich auf irgendwelche langfristige Kredite und Daueranlagen mit relativ bescheidenster Verzinsung einlassen? Wenn man also vor dem steuerlich-staatlichen Angriff auf die Sachwerte zur "Hergabe aus der Substanz" nicht zurückschreckt, so ist dem Landwirt gleichzeitig der Ausweg der hypothekarischen Belastung, der Verpfändung von Grund und Boden zur Befriedigung von vollkommen produktions- und betriebsfremden Ansprüchen im Augenblick fast vollkommen verschlossen:

»Die an Papiermark entschuldete Landwirtschaft ist heute bereits in erheblichem Grade mit Roggenpfandbriefen zur Deckung der im Herbst fällig gewesenen Abgaben verschuldet. Ein schlechtes Geschäft, denn diese Pfandbriefe, die mit 7½ % des Roggendurchschnittspreises verzinst werden müssen, bringen beim Verkauf knapp 50 % ihres nominellen Wertes. Es folgt die Hypothek zur Stabilisierung der Rentenmark mit 4 % des Wehrbeitrages, die 12 % in Papiermark zurückgezahlten Hypotheken sollen ebenfalls zinstragend im Grundbuch eingetragen werden, und schließlich soll doch für die dereinstige und wohl an die erste Stelle rückende "Reparationshypothek" ein besonders breiter Platz freigehalten werden. Welcher Kapitalist also dürfte sich bereit finden der ohnedies mit Unterbilanz arbeitenden Landwirtschaft an 5. Stelle zur Fortführung des Betriebes und Zahlung der Steuern eine Hypothek unter erträglichen Bedingungen zu geben?«¹

»Wie können landwirtschaftliche Betriebe weiter existieren, wenn ihr Grund und Boden zu einem Werte eingeschätzt wird, der weit unter dem Friedenswert liegt, und wenn Hypothekenbanken auch von diesen niedrig taxierten Werten höchstens bis zu 20 % beleihen, und auch dies nur in Pfandbriefen, deren Kurs weit unter 100 steht? Ein kleines Gut im Werte von 100 000 Mark würde unter den heutigen Verhältnissen beispielsweise höchstens eine Hypothek von 5- bis 6000 Mark erhalten, und dieser Kredit müßte sehr hoch verzinst werden.«²

Hergabe aus der Substanz bedeutete demnach in jüngster Zeit etwas ganz anderes als die verhältnismäßig glimpfliche Übertragung von Bodenwerts- und Betriebswertsanteilen an Produktionsaußenseiter durch dingliche Belastung. Sie war zuletzt vielfach nichts anderes als vorzeitiger, übermäßiger und zwar meist schleuderpreismäßiger Verzicht auf unbedingt notwendige Wert- oder Sachbestandteile jeder rationellen landwirtschaftlichen Produktionswirtschaft für die Gegenwart und Produktionskontinuität für die Zukunft. Sie war, erzwungen, nicht selbstgewollt und selbstverschuldet, privat- und volkswirtschaftlich Raubbau und Verarmung an Produktionskraft: in einer Zeit, in der die deutsche Landwirtschaft soeben in mühseligem Ringen wieder der vielbewunderten und vielbeneideten Produktionsstufe ihrer Vorkriegszeit zustrebte.



BER mag dies alles noch so nachdenklich stimmen: wie will man zu unserm landläufigen großstädtischen Antiagrariertum mit einemmal von vernichtender Preiszerrüttung und tatsächlichen schweren Verlusten hinsichtlich der Agrarproduktion sprechen, nachdem man sich, nach wie vor dem Krieg, hartnäckig darin gefiel den unerhörtesten landwirtschaftlichen Wucher immer von neuem an den verdienten Pranger zu schlagen? Aus der Feder eines nam-

1) Siehe *Showronnek* Die Not der Landwirtschaft, in der Vossischen Zeitung vom 12. Februar 1924.

2) Siehe *Keiser* Zur Heerschau der deutschen Landwirtschaft, in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 22. Februar 1924.

haften Parteigenossen konnte man noch vor kurzem, nach den ersten aufseherregenden Reden des jüngern Grafen Kanitz lesen: Die deutsche Landwirtschaft sei einfach »liederlich geworden und zur extensiven Arbeit [?] übergegangen, weil sie *keine Konkurrenz* kannte und *jeden Preis* bezahlt bekam.

Wann war das wohl? Wirtschaft und Statistik, unsere reichsamtlliche Fachzeitschrift, verzeichnete für Deutschland und einige Hauptauslandsgebiete im 2. Februarheft 1924 die folgenden Preise:

Getreideart und Markt	Preis für 50 Kilo (in Goldmark)					
	1913 Jahres- durchschnitt	1922 August	1923			1924 Januar
			Januar	April	Dezember	
Weizen						
Berlin	9,94	8,66	7,56	9,56	8,53	7,94
Vereinigte Staaten	8,02	9,47	10,25	11,64	9,58	9,68
England	7,43	11,55	9,31	9,37	8,80	8,57
Frankreich	11,59	13,44	12,12	12,81	10,61	9,66
Gerste						
Berlin	7,88	7,94	5,93	6,92	8,15	8,24
Vereinigte Staaten	6,17	7,02	7,65	7,96	7,35	7,44
England	7,68	10,48	9,22	8,13	9,52	9,32
Frankreich	8,43	9,87	8,84	9,24	8,72	8,04
Hafer						
Berlin	8,11	7,74	5,44	7,14	6,69	5,75
Vereinigte Staaten	6,40	6,39	7,84	8,00	7,67	8,07
England	6,88	10,63	9,33	9,43	8,17	8,19
Frankreich	9,35	10,57	9,52	9,05	7,33	6,30

Diese Zahlen sind gewiß von Land zu Land nicht glatt vergleichbar. Aber jede örtliche Zahlenreihe ist in sich gleichartig, und die gegenseitige Bewegung der länderweisen Preise gelangt in ihnen genügend zuverlässig zum Ausdruck. Vor dem Krieg standen danach, wie zu erwarten, die Preise des schutzzöllnerischen Deutschlands beträchtlich höher als in dem großen Exportreich Amerika und in dem Freihandelsland England. (Der Roggen ist zu wenig internationale Handelsware, um hier durchschlagende Erfahrungen bieten zu können. Nach der Reichsstatistik war jedoch auch hier in Berlin der Jahresdurchschnittspreis 1913 8,22 Mark, der Durchschnitt vom Mai 1923 6,70 Mark, vom August 1923 sogar nur 4,92 Mark, während der Januar 1924 mit 7,03 Mark angegeben wird. Am 15. Februar stand die Berliner Notierung, mit 6,63 Mark, unter dem Durchschnitt aller kontinentaleuropäischen Notierungen, gleich 7,62 Mark.) Seit dem Krieg und der Übergangsfriedenszeit haben wir dagegen unsere Getreidepreise durch die zwangswirtschaftlichen Anordnungen stets künstlich niedriger gehalten als auf dem Weltmarkt. Auch ein Parteigenosse, ehe er von oben herab von »keiner Konkurrenz« und »jedem bezahlten Preis« spricht, hätte sich immerhin erinnern können, daß wir an jeder ergänzenden Einfuhr schwer Geld zusetzen mußten. Und nach der vorbildlichen Denkweise dieses Parteigenossen müßte man nun eigentlich weiter schlußfolgern: Wie liederlich und extensiv wäre unsere Landwirtschaft vollends geworden, wenn sie wirklich solche Konkurrenz und solche Weltmarktpreise erhalten hätte.

Als Schutzzolland, als bäuerlich-demokratisches und keineswegs ostelbisch-junkerliches Agrarschutzland ist oben Frankreich hinzugefügt. Es hat, wie

man sieht, seine handelspolitische Freiheit, die uns im Versailler Vertrag bis zur Gegenwart beschränkt und in wichtigen Beziehungen zeitweise ganz genommen ist, sowie sein bis hinein in die Kreise des Arbeiterradikalismus größeres agrarpolitisches Verständnis dazu benutzt den gesteigerten Schwierigkeiten und Kosten der letztjährigen landwirtschaftlichen Produktion nach Kräften gerecht zu werden. Erst die jüngste Valutaschwäche hat dieses Bild etwas verschoben, den zum Teil starken Preisvorsprung Frankreichs gegenüber Deutschland jedoch nur bei der Gerste im Januar 1924 vorübergehend ausgeglichen.

Als Kartoffelpreis (für 50 Kilo) verzeichnet die Reichsstatistik 1913 2,71 Mark; im Erntejahr 1922-1923 hielt man ihn noch auf 0,44 Mark nieder; als letzte Monatspreise finden sich alsdann in den amtlichen Tabellen von August bis Dezember 1923 1,34, 0,88, 1,25, 1,95 und schließlich 2,01 Mark. Ähnlich lauten die reichsamtlichen Übersichten vom Viehmarkt:

»Die Viehpreise sind in Deutschland der Geldentwertung im allgemeinen zögernd gefolgt und erreichen daher in den Monaten des Marksturzes im Herbst 1922 durchweg ihren tiefsten Goldstand, aus dem sie sich jedoch in den folgenden Monaten der Kursstabilisierung im Frühjahr 1923 rasch erheben, ohne aber den Friedensstand wieder zu erreichen. Dieser wird im allgemeinen nur im November überschritten, als die Preise infolge der Disparität zwischen den Einheits- und den freien Devisenkursen eine starke Überhöhung erfuhren. Indes war die Überhöhung der Viehpreise bereits im Dezember beträchtlich zurückgegangen und ist im Januar 1924 völlig ausgemerzt. Insbesondere sind die Rinderpreise zum Teil infolge der unter dem Steuerdruck von der Landwirtschaft getätigten Notverkäufe beträchtlich unter den Friedensstand gesunken, während die Schweinepreise sich noch um ein geringes über dem Vorkriegsstande zu behaupten vermochten.«

Die Reichsstatistik schätzt ferner, nach der Art der hier früher öfter herangezogenen amerikanischen Berechnungen, die Kaufkraft der preisgesunkenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den (meist preiserhöhten) gewerblichen Erzeugnissen ab, wie sie der Landwirt und die Landwirtschaft hervorragend brauchen. Das Preisverhältnis von 1913 wie 100 : 100 genommen, hatte im Durchschnitt der ersten 7 Monate des laufenden Wirtschaftsjahrs (Juli bis Juni) der Roggen gegen Maschinen eine Kaufkraft von 61 %, Mitte Februar gegen Düngemittel von 84 %. Der Preis eines Pfluges entsprach 1913 dem Wert von 6,6 Zentner Roggen oder von 24 Zentner Kartoffeln, Ende Januar 1924 war dagegen fast die doppelte Menge Roggen (11 Zentner) und im Oktober 1923 die 4fache Menge Kartoffeln dafür aufzuwenden. Im laufenden Wirtschaftsjahr haben sich zwar die Kartoffelpreise gegenüber dem Vorjahr ganz wesentlich gebessert; aber ihre Kaufkraft betrug durchschnittlich in den ersten 7 Monaten des laufenden Wirtschaftsjahrs trotzdem erst 35 respektive 61 % gegenüber Maschinen und Düngemitteln.

In solcher manchen Leser wahrscheinlich überraschenden Weise bekam die Landwirtschaft in Wirklichkeit »jeden Preis bezahlt«, weil sie sich nicht auf eine Stufe mit der Auslandskonkurrenz zu stellen brauchte, weil sie, um mit unserm Gewährsmann zu sprechen, »keine Konkurrenz kannte«.



UN sind aber, was unseren parteigenössischen Antiagrariern ganz unbekannt geblieben scheint, jene oben erwähnten Agrarpreise Amerikas, und ähnlich jene Englands, seit sehr geraumer Zeit selber Krisenpreise, die (wenigstens beim Fortbestand der gleichzeitigen sonstigen Preishöhen) im Ausland sogar von mehr industriell interessierten Parteien und Interessengruppen als für die Dauer

unerträglich und produktionsvernichtend angesehen werden. Gerade die amerikanischen Krisenpreise haben, wie ich hier mehrfach darlegte, mit wachsender Stärke und Einhelligkeit zu den ungewöhnlichsten zollpolitischen und kreditreformerischen Staatsmaßnahmen jenseits des Ozeans den Anstoß gegeben. Arbeiterführer wie Gompers von der Federation und Stone von der Bruderschaft der Lokomotivführer haben dabei den Farmern in Wort und Tat zur Seite gestanden.³

Den gleichen Grundzug zeigt seit geraumer Zeit die Politik des zweiten großen Exportreichs: Argentiniens, vor allem aus Anlaß des haltlos zusammengebrochenen Vieh- und Fleischweltmarkts; darauf mag demnächst eingehender zurückzukommen sein. Canada, der dritte große Exporterdstrich, hat noch immer in seiner riesenhaften siedelungskolonialen public domain und seinen ausnahmsweise billigen Landvergebungen eine festere Stütze. Ein auf die Agrarausfuhr so ausschlaggebend angewiesenes Land kann sich naturgemäß auch wenig durch Agrarschutz nach europäischem Zuschnitt helfen; aber die Gärung und Erregung unter den canadischen Farmern ist trotzdem vorhanden und macht sich vor allem in der wachsenden Auflehnung des Mittel- und Fernwestens gegen die Industriezölle und die Verteuerung der auf dem flachen Lande produktiv oder persönlich verbrauchten Industrieerzeugnisse geltend.

Sollen wir allen diesen umwälzenden weltwirtschaftlichen Vorgängen mit der parteierstörenden Verständnislosigkeit eines Eugen Richter gegenüberreten, dem dereinst, in der Zeit 20- bis 30jährigen beispiellosen Preissturzes auf dem Getreideweltmarkt, die kontinentaleuropäischen Agrarzölle weiter nichts waren und blieben als ein bis auf Heller und Pfennig entsprechender Zuschlag zu einem ganz normal gebliebenen und weiter als normal zu betrachtenden Produktionserlös?⁴

Dabei stehen wir, wie gesagt, vor allgemeinen Wahlen im Reich, bei denen die landwirtschaftlichen Stimmen eine außerordentliche Rolle spielen werden. Und selbst die Landarbeiter, deren Erweckung und Organisation wir zu unseren größten Leistungen seit dem Zusammenbruch rechnen durften, haben schon längst die agrarische "Produzenten"politik mit ganz anderen Augen ansehen gelernt als unsere manchesterliberalen Lobredner der Krisenbilligkeit und des "reinen" Konsumentenstandpunkts. Gerade die stärkere Betonung der Sachentlohnung in der Zeit der Marktknappheit an Lebensmitteln und der rapiden Nominalpreissteigerung hat diese für uns grundwichtige Bevölkerungsschicht mit wesentlich veränderten Anschauungen vertraut gemacht.

»Der landwirtschaftliche Arbeiter, der in der Hauptsache mit Roggen bezahlt wird, kommt bei der geradezu katastrophal gesunkenen Kaufkraft des Getreides selbst mit seinem gegen früher erhöhten Lohn nicht aus. Vor dem Kriege bezahlte er zum Beispiel für ein Paar halbschäftige Stiefel 1 Zentner Roggen, heute muß er dafür rund 4 Zentner erlegen, und die Beschaffung des Einsegnungsanzuges für ein herangewachsenes Kind bedeutet ein Versagen auch der allerbescheidensten Gemüße, von denen dem Landarbeiter ohnedies schon ein recht kärgliches Quantum zugemessen ist.«⁵

3) Siehe Schippel *Die Agrarbewegung in Amerika* und vorher *Die Gärung unter den amerikanischen Farmern*, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 666 ff. und 1921 I Seite 475 ff.

4) Siehe Schippel *Grundzüge der Handelspolitik* /Berlin 1902/ Seite 190 f. und 290 f.

5) Siehe *Skowronnek*, an dem in Note 1 erwähnten Ort.

Gottlob haben wir noch immer eine Agrarkommission. Vielleicht meldet sie sich nunmehr endlich einmal zu ernstem Wort in ernster Zeit, unbekümmert um populäre Vorurteile, die heute geradezu den allgemeinen Spott herausfordern: schlicht, aus den Tatsachen heraus die sachlichen Interessen der deutschen Landwirtschaftsproduktion wahrend, die mit den Gegenwarts- und Entwicklungsinteressen der deutschen Arbeiterklasse durchaus zusammenfallen. Mit den bisherigen antiagraren Anklagen und nichts als Anklagen werden wir unter den vorgeschilderten Umständen bei den Wahlen sicherlich kaum sehr weit kommen.

PAUL KAMPFMEYER · SCHÖPFERISCHE DEMOKRATIE



VOR 2 wichtigen, den Lauf ihrer Politik bestimmenden Aktionen steht die Sozialdemokratie: vor den Arbeiten des Parteitag und vor den Reichstagswahlen. Die Beschlüsse eines sozialdemokratischen Parlaments sind nicht mehr bloße Dokumentierungen eines Parteiwillens, der sich nach irgendeiner rein parteiischen Richtung hin festlegt, sondern allgemein politische Kundgebungen, dazu bestimmt dem ganzen innen- und außenpolitischen Leben der Nation einen starken Impuls zu geben. Unter dem alten Regime allerdings fochten die sozialdemokratischen Parteitagbeschlüsse eine Staatsregierung wenig an, deren ganze Struktur eine obrigkeitlich-autoritäre war, und die jede parlamentarische Betätigung nur als eine staatlich erlaubte, aber keineswegs den politischen Kurs beherrschende Äußerung wertete. Der alte Staat konnte sich von der landesväterlichen Geste nicht befreien, die allernächtigst zugesteht, daß sich die braven Untertanen einmal über das, was sie innerlich und äußerlich bedrückt, aussprechen. Die Landeskinder sollen wohl im Parlament gehört werden, nichts weiter; die Regierung verfügt dann von oben, was den von ihr Bevormundeten zuträglich ist. Sinn und Zweck des neuen, demokratisch-parlamentarischen Regimes ist: den ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Machtverhältnissen zum organisierenden politischen Leben zu verhelfen. Der alte Staat betrachtete die kaiserlichen und landesfürstlichen Regierungen mit ihren selbtherrlichen Beamtenapparaten noch als »ein Stück Verfassung«, diese autoritären Regierungen, die keineswegs den Willensrichtungen der ökonomisch-sozialen Mächte den nötigen freien Spielraum gewähren wollten.

Die schöpferischen Kräfte einer Nation liegen in ihren wirtschaftlich-kulturellen Organisationen. Die Organisation der Produzenten steigt in den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten von unten auf. Diese Organisationen sind zuerst nur soziale Kampfvereinigungen zur Hebung des Lebensniveaus der Arbeiter und Angestellten, aber nach und nach erobern sie sich einen allgemeinen wirtschaftlichen Wirkungskreis. Der sozial organisierte Arbeiter wird zum Betriebsrat, und er wächst in die allgemeinen wirtschaftlichen Funktionen des lokalen und schließlich des nationalen Wirtschaftslebens hinein. Die gesellschaftliche Organisation der Arbeiter kann nicht von oben durch einige Machtsprüche des Staates ins Leben gerufen werden; sie muß sich zuerst in den engen, gleichsam von der Wirtschaft selbst gegebenen Kreisen der Betriebsunternehmungen bilden. Diese Kreise erweitern sich lokal, provinzial, national und international. Die Revolution

des Jahres 1918 hat nach vielen chaotischen Stürmen dem Betriebsrat zur Geburt verholfen. Wohl verstanden, sie ist nicht seine Erzeugerin sondern seine Geburtshelferin gewesen. Das Gewerkschaftsleben drängte über sich selbst hinaus: Es bildete den Fabrikabsolutismus in den Fabrikkonstitutionalismus um, und in diesem wiederum regten sich demokratisch-genossenschaftliche Verwaltungstendenzen. Aufgabe der neuen Demokratie muß es nun sein die Wirksamkeit dieser Tendenzen mit geschärften Sinnen zu verfolgen und ihnen bewußt nachzuhelfen.

Als vor 60 Jahren die Sozialdemokratie die Arbeiter zu politischen Vereinen zusammenschloß, da stellte sich die große Frage der Befreiung des "Arbeiterstandes" zuerst als eine rein politische dar. Die Staatsgewalt befreite von oben die Arbeiterschaft; der Staat des allgemeinen Wahlrechts streckte staatliche Mittel zur Organisation von Produktivgenossenschaften vor. Der Staat war gleichsam als eine omnipotente Kraft gedacht, die von oben den sozialistischen Produktionsmechanismus aufbaut. Heute wissen wir, daß der wirtschaftende Sozialismus nicht ein künstlich geschaffener Mechanismus sondern ein geschichtlich werdender Organismus sein wird. Das System der sich lokal, provinzial und national verbündenden Produktivgenossenschaften erwächst aus der allgemeinen Richtung des Wirtschaftslebens selbst heraus. Für diese müssen wir uns die Augen frei und offen halten. Auch in der Wirtschaft sehen wir vielfach nicht den Wald vor lauter Bäumen. Wie schwer fand sich die Sozialdemokratie zum Beispiel in die Eigenart der Aufgaben der Gewerkschaften hinein. Man studiere unter diesem Gesichtspunkt einmal die auf den sozialdemokratischen Parteitag gefaßten Gewerkschaftsresolutionen. Lebensfremd sah zum Beispiel der Anarchismus nicht die natürlichen, sich selbst organisierenden Produktionsgruppen der Einzelbetriebe und der Betriebsverbände, und er konstruierte künstlich freie Gruppen, die sich in immer weiterem Umfang organisierten.

Wer sich in die Grundgedanken der ökonomischen Geschichtsauffassung Marxens vertieft hat, dem ist die Vorstellung geläufig, daß das ökonomische und soziale Leben der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Theorie oft um viele viele Meilen vorseilt. Die Genossenschaften fußten schon breit und fest im deutschen Wirtschaftsleben, ehe die sozialdemokratische Theorie sie dem demokratisch-sozialistischen System organisch einordnete. Eine wirklich schöpferische Demokratie muß ein feines Ohr für die Töne eines neuen Lebens haben. Man überhörte sie, als zuerst die Jugend selbständig sprach. Die Jugend entdeckte sich selbst und verband sich zu Arbeiterjugendvereinen. Arbeitersportvereine schossen wie Pilze auf, und heute zählen sie mehr als eine Million Sportgenossen. Nach tiefgreifenden Lebensreformen schreitet der Jungsozialismus. Wenn die moderne Demokratie zu einer schöpferischen Volksherrschaft werden will, so muß sie volles Verständnis für die großen Volksbewegungen haben, die sich spontan auf vielen Gebieten Bahn brechen. Nur dann kann sie kulturell und wirtschaftlich eine leitende Macht, eine wirkliche "Demokratie" sein.

Freunde und Gegner der Demokratie haben ihr vielseitiges Wesen oft noch nicht völlig erfaßt. Die moderne Demokratie umfaßt nicht nur das Staatswesen sondern alle Seiten des modernen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. In diesem Sinn haben die Webbs von den Gewerkschaften als von einer industriellen Demokratie gesprochen. Das wirtschaftliche

Machtfundament der schöpferischen Demokratie bedarf noch dringend fester, tragfähiger Grundsteine. Die "industrielle Demokratie" Amerikas dringt zielbewußt in die Kartelle und Trusts ein, um den wirtschaftlichen Einfluß der gewerkschaftlichen Arbeiter zu verbreitern und zu vertiefen. Alle politischen Freiheiten, die Preßfreiheit, die Versammlungsfreiheit usw., sind für die arbeitenden Massen bedeutungslos, wenn diese nicht über eigene kapital-kräftige Preßorgane und über geeignete Versammlungsräume verfügen. Die Eroberung der politischen Macht hat die der wirtschaftlichen zur notwendigen Voraussetzung. Leider sind die Augen der Genossen für die wirklichen Machtverhältnisse nicht genügend geschärft. Sie verfallen häufig in einen Zahlenrausch und glauben aus Wahl- und Mitgliederzahlen der Partei deren tatsächliche politische Machtverhältnisse feststellen zu können.

Die moderne Demokratie, die unsere deutschen Arbeiter, Angestellten, Intellektuellen zu einer Partei zusammengeschlossen hat, nennt sich mit Recht Sozialdemokratie. Sie bezeichnet sich nicht als proletarisch-sozialistische Partei; denn von Kindesbeinen an hat sie immer neben proletarischen Klassenangehörigen viele Mitglieder der Mittelklassen in sich vereinigt. Über die Zusammensetzung der Sozialdemokratischen Partei sind auf Grund der Wahlzahlen schon wichtige soziologische Schlußfolgerungen gezogen worden, in denen der Gedanke zum Ausdruck gelangte: Die Sozialdemokratie ist immer mehr als eine nurproletarische Klassenpartei gewesen. Wenn sie also stets den Charakter einer aus verschiedenen sozialen Bestandteilen zusammengesetzten Partei besaß, dann soll sie auch das sein, was sie wirklich ist, und nicht das scheinen, was sie ihrem Wesen nach nicht sein kann. Gerade auf den sozialdemokratischen Parteitagern gefallen sich mitunter Genossen in Deklamationen über die nurproletarische Sozialdemokratie und bauen auf mangelhafter Kenntnis des sozialen Wesens unserer Partei eine Taktik auf, die im vollen Widerspruch zu den tatsächlichen Erfordernissen des politischen Lebens steht. In den Zeiten des obrigkeitlichen Regiments, da selbst eine Fraktion von mehr als 100 Köpfen den Staatswillen nicht wesentlich beeinflussen konnte, war die Verkennung des Parteicharakters nicht so verhängnisvoll wie in unseren Tagen, da Parteien und Parteikoalitionen den Staatswillen bewußt gestalten können. Sie täuschen sich überdies oft über die Macht des Staates und über die Tragweite der staatlichen Aktionen. Der Staat steht eben nicht über der Gesellschaft, sondern diese erst haucht ihm eine lebende Seele ein. Sie schafft den Staat nach ihrem Bild. Das wirtschaftlich-soziale Moment bestimmt das staatliche.

Wer sich die Grenzen der Wirksamkeit des Staates vergegenwärtigt, der wird von ihm keine Wunderdinge erwarten. Da rüsten zum Beispiel einige Parteigruppen von der rechten und von der linken Seite den Staat mit den Attributen der militärischen Diktatur aus und erhoffen von ihm, daß er eine vollkommene Gesellschaft aus dem Feuer und Geist einer neuen Zeit erschaffen werde. Wo sind denn in Rußland die neuen wirtschaftlichen und sozialen Institutionen der terroristischen Militärdiktatur zu finden? Links- und Rechtsradikale sprechen von einem Versagen der parlamentarischen Demokratie, weil sie dem Köhlerglauben huldigen, der Staat könne gleichsam eine neue Gesellschaft aus nichts erzeugen, könne da positiv sein, wo die Gesellschaft im chaotischen Werden noch sehr negativ ist. Weder der Sturmlauf von München nach Berlin, noch der Marsch von Moskau nach

Berlin kann uns ein blühendes Deutschland bringen. Eine einfache Heuchelei ist es, wenn die politischen Parteiführer, die systematisch die Grundlagen der politischen Demokratie zu unterminieren und alle parlamentarischen Aktionen zu sabotieren suchen, heute von einem Versagen des Parlamentarismus reden. Sie organisierten mitten im parlamentarischen Staat einen geheimen Gewaltstaat, sie spielten alle noch vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Mächte des alten Deutschlands gegen das demokratische neue Deutschland aus, und sie setzen dann den von ihnen bewirkten Leerlauf der Staatsmaschine auf das Schuldkonto der Demokratie.

Die neue wirtschaftende Gesellschaft kann ihre gestaltenden Kräfte nur dann völlig entbinden, wenn sich diese in einer Verfassung auswirken, in der sich die wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse ungehindert betätigen können. Daher ist die demokratisch-parlamentarische Verfassung für das neue soziale Deutschland eine Lebensfrage, und sie muß in den kommenden Kämpfen die Taktik der Sozialdemokratie wesentlich bestimmen.

LUDWIG QUESSEL · VÖLKISCHE AUSSENPOLITIK



NACH den Artikeln, mit denen die sozialdemokratische Presse die Auflösung des Reichstags begleitete, ist es »die Furcht vor der Kritik der Volksvertretung«, die das Kabinett Marx bestimmt hat sich eine Auflösungsverordnung vom Reichspräsidenten zu erwirken. Die völkische Presse dagegen stimmt der Ansicht des Abgeordneten von Graefe zu, daß die Auflösung des Reichstags, für die ein zwingender Grund nicht vorliege, im Grunde eine neue Ermächtigung sei, die es dem Kabinett Marx gestatte als Direktorium mit unbeschränkter Vollmacht für etwa 3 Monate im Interesse des Finanz- und Börsenkapitals tätig zu sein. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen und völkischen Presse vertreten die Organe der Regierungsparteien die Ansicht, daß es weder die Furcht vor der sozialdemokratischen Kritik noch das Verlangen nach einer verschleierte Ermächtigung gewesen sei, die das Kabinett Marx zur Reichstagsauflösung bestimmt habe, sondern das berechtigte Bestreben die in 80 Regierungsverordnungen verankerte Sanierung der Mark unangefochten bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags zu erhalten.

Wie die Meinungen über die eigentlichen Ursachen der Reichstagsauflösung, so gehen auch die über die künftige Zusammensetzung des Reichstags weit auseinander. Übereinstimmung herrscht jedoch darin, daß die Sozialdemokratie, die im alten Reichstag über 173 Mandate verfügte, Reichstagssitze an die Kommunisten verlieren wird. Ebenso ist unbestritten, daß die kleine deutschvölkische Gruppe (von Graefe, Wulle, Hennig), die sich nach der Ermordung Rathenaus von der deutschnationalen Fraktion absplitterte, Mandate auf Kosten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, vielleicht auch der Sozialdemokratie, gewinnen wird. Jedenfalls erwartet man von den Neuwahlen nicht nur eine Stärkung der Rechtsparteien auf Kosten der Linken sondern auch starke Verschiebungen innerhalb der Rechten und Linken. Dabei ist anzunehmen, daß der Zuwachs des kommunistischen Einflusses innerhalb der Linken sich auf die Zahl der gewonnenen Mandate beschränken wird, während anscheinend eine Rechte im Werden ist, die stark unter völkischen Einflüssen steht, über die, um mit der völkischen Presse zu sprechen, der deutschvölkische Gedanke die Polizeigewalt ausüben wird.

Die Frage erhebt sich nun, welche Gestalt die deutsche Außenpolitik unter einer Regierung der völkisch beeinflussten Rechtsparteien annehmen kann.

Ein Grundsatz der völkischen Außenpolitik ist, daß nicht erfüllt werden darf. Eine Reichsregierung unter völkischen Einflüssen müßte also, auch im Gegensatz zu dem Votum der Sachverständigen, bei der Nichterfüllungspolitik der Kabinette Cuno, Stresemann und Marx beharren. Keine Rede könnte insbesondere davon sein, daß ein völkisch orientiertes Kabinett ein Moratorium akzeptieren könnte, das Deutschland verpflichtet in den Jahren 1924 und 1925 jährlich 900 Millionen Goldmark teils in Sachleistungen teils in bar einschließlich der Besatzungskosten aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu zahlen und außerdem einen wesentlichen Teil der bei einem rationellen Betrieb zu erwartenden Reineinnahmen der Reichsbahn zu Reparationszwecken abzuführen, wobei dann noch von Deutschland zur Sicherung dieser Moratoriumszahlungen die Einnahmen von Zöllen und Monopolen zu verpfänden und Eisenbahnobligationen auszuliefern wären. Daß Deutschland 1924 und 1925 jährlich, wie es nach französischen Meldungen die Sachverständigen verlangen werden, die Zahlung von 900 Millionen Goldmark übernimmt und für die Erfüllung dieser Verpflichtung reale Garantien leistet, ist ein Gedanke, der mit der völkischen Außenpolitik schlechterdings unvereinbar ist. Die mildeste Form des Moratoriums, die in den Gedankenkreis der Sachverständigen getreten ist, wäre für ein völkisch eingestelltes Kabinett immer noch völlig unannehmbar, weil es sich nur zu einer Moratoriumsformel verstehen könnte, die Deutschland aller Leistungen enthebt.

Ganz zweifellos ist es nun, daß, wenn das kommende Reichskabinett bei der Nullenformel Cunos stehen bleibt, Frankreich bei seiner gegenwärtigen Ruhr- und Rheinpolitik beharrt, gleichviel, wie auch immer die französischen Wahlen ausfallen, und wie sich dazu die Regierungen Belgiens, Italiens und Englands stellen. In Frankreich ist keine Regierung möglich, die sich mit einer deutschen Moratoriumszahlung wesentlich unter 1 Goldmilliarde jährlich abfinden könnte. Zahlt Berlin diese Summe nicht, so wird sie am Rhein und an der Ruhr erhoben. Nach Poincarés Angaben im Senat am 14. März, deren Richtigkeit zu bezweifeln kein Grund vorliegt, schätzen die französischen Sachverständigen die Einnahmen, die zwangsweise am Rhein und an der Ruhr 1924 erzielt werden können, auf 4 Milliarden Francs, wobei ein Kurs von 80 Francs = 1 Pfund Sterling zugrunde gelegt ist. Die Moratoriumszahlung, die die Sachverständigen in den Jahren 1924 und 1925 Deutschland auferlegen wollen, stimmt also ziemlich genau mit der Summe überein, die sich Frankreich und Belgien am Rhein und an der Ruhr unabhängig von dem Willen Deutschlands und Englands beschaffen können. Die Dinge liegen nun aber so, daß ein wesentlicher Teil der am Rhein und an der Ruhr erzielten Reparationseinnahmen mit unwiderstehlicher ökonomischer Gewalt auf die deutsche Wirtschaft abgewälzt wird, und zwar auch dann, wenn eine völkisch orientierte Reichsregierung noch so laut hinaustrompetet, daß sie nichts zahlen und nichts liefern werde. Deutschland muß die in Frage stehende Summe von etwas unter 1 Goldmilliarde eben zahlen. Es hat nur die Wahl zwischen direkter und indirekter Zahlung. Wobei die letzte Zahlungsmethode natürlich die kostspieligere ist. Und zwar nicht nur finanziell. Die indirekte Zahlung dieser Summe bedeutet die Fortdauer des gegenwärtigen rigorosen Systems an der Ruhr und am Rhein, das Anhalten starker

Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland und die Verlängerung der zollpolitischen Separation des Rhein- und Ruhrgebiets vom unbesetzten Gebiet, während die direkte Leistung der Moratoriumszahlung, die allerdings unvereinbar mit der völkischen Doktrin wäre, eine direkte Belastung der deutschen Bevölkerung mit 1 Rentenmark monatlich pro Kopf bedeuten würde.

Die Nichterfüllungspolitik ist ihrem Wesen nach passivistisch. Sie läßt den Rhein und die Ruhr in der Gewalt der Franzosen und sieht zu, wie die deutsche Wirtschaft indirekt vom besetzten Gebiet aus mit Abgaben belastet wird. Sie erfüllt zwar nicht selbst, läßt aber dafür die deutsche Wirtschaft erfüllen. Was könnte nun die völkische Außenpolitik über die Nichterfüllungspolitik der Kabinette Cuno, Stresemann und Marx hinaus leisten? In den Oktobertagen des vorigen Jahres, als Hitler und Ludendorff sich auf den Marsch nach Berlin vorbereiteten, verkündete die Vereinigung der Vaterländischen Verbände Hessens eine aktivistische Ergänzung der passivistischen Nichterfüllungspolitik; sie verlangte »die sofortige Inangriffnahme des Kampfes gegen den Versailler Vertrag, gegen die weitere Verknechtung Deutschlands durch neue Verträge und Abmachungen . . ., für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht«. Zu dieser aktivistischen Ergänzung der Nichterfüllungspolitik ist zunächst zu sagen, daß völkischen Trompeten die Eigenschaft der Posaunen von Jericho fehlt. Sie blasen keine Mauern um. Sie ändern weder etwas an den Grenzen des besetzten Gebiets noch an den neuen Grenzen Deutschlands im Osten. Die territoriale Nichtigkeitserklärung des Versailler Vertrags verschiebt noch keinen Grenzstein des neuen Europas, ebenso wie die finanzielle Nichtigkeitserklärung des Versailler Vertrags durch die Nichterfüllungspolitik nicht verhindern kann, daß die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr annähernd 1 Goldmilliarde Reparationen zahlen wird. Wesentlich anders ist die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zu beurteilen. Ob England sie ohne Sanktionen hinnähme, ist zweifelhaft. Sicher ist dagegen, daß Frankreich, Belgien, Tschechien und Polen sie mit der Besetzung neuen deutschen Gebiets beantworten würden, weil alle diese Staaten durch die Aufhebung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags sich bedroht fühlen. Militärische Maßnahmen von deutscher Seite gegen die Sanktionen würden Deutschland unvermeidlich in einen Krieg gegen Frankreich, Belgien, Tschechien und Polen führen, was auf Grund der Bündnisverträge der Kleinen Entente auch zu einem militärischen Eingreifen Jugoslawiens und Rumäniens gegen Deutschland führen müßte. Man weiß, aus dem Ulain- und dem Hitlerprozeß, daß die völkische Außenpolitik für diesen Krieg gegen das neue Europa im November des vorigen Jahres schon diplomatisch vorgesorgt hatte. Der katholische Bayrische Kurier schrieb darüber, daß die Völkischen über das feingespinnne Netz eines Kundschafter- und Nachrichtendienstes verfügen, »dessen über ganz Europa gespannte Fäden in der Villa auf der Ludwigshöhe in München zusammenlaufen«. Tirol sollte, wie das Blatt in einem Artikel ausführte, der die Runde durch die deutsche Presse machte, »in den Hitlerputsch vom 8. November einbezogen werden«. Aus dem Ulainprozeß in Budapest hat die europäische Öffentlichkeit erfahren, daß »ungarische und bayrische [Freiwilligen-] Formationen von Ungarn und Bayern aus in die Tschechoslowakei einfallen« sollten. Hitler wollte 21 000 Mann zu diesem Zweck zwischen Hof und Koburg aufstellen, während Ulain an der Ostgrenze Tschechiens ein Freiwilligenheer zusammenziehen sollte,

um »Hitler zu beweisen, daß man in Ungarn nicht nur rede sondern auch zum Handeln bereit sei«. Was Polen betrifft, so rechneten die völkischen Diplomaten mit einem russischen Marsch nach Warschau und bewaffneten Aufständen der russischen und deutschen Irredenta im Polenreich. Auch Bulgarien glaubte die völkische Diplomatie zum Kampf bringen zu können, und zwar durch einen Angriff auf Jugoslawien, in Gemeinschaft mit den Kroaten, um Belgrad zu verhindern Prag Waffenhilfe zu leisten. Rumänien und Italien hofften die völkischen Diplomaten durch irredentistische Erhebungen beschäftigen zu können, so daß nach ihren Berechnungen schließlich 60 Millionen Deutsche 40 Millionen Franzosen und Belgiern gegenübergestanden hätten. Nun stellt die französisch-belgische Koalition allein für sich allerdings die größte Militärgewalt Europas dar. Aber das schreckt die völkische Diplomatie nicht, weil sie auf englische Hilfe rechnet.

Wie Deutschvölkische, die sich im November noch einen Rest von Zurechnungsfähigkeit erhalten hatten, das diplomatisch-militärische Phantasiegebäude der völkischen Außenpolitik beurteilten, zeigt die Aussage von Kahrs über die Wirkung des Vormarsches nach Berlin, um dort die Nichtigkeit des Versailler Vertrags zu proklamieren: »Es schien mir undenkbar, daß die bayrische Regierung einem solchen Vormarsch ruhig zusehen konnte, wenn sie überhaupt noch den Namen einer Regierung verdiente. Bayern wäre dadurch aufs tiefste ins Verderben gestürzt worden und hätte den letzten Rest seiner Selbständigkeit verloren. Überdies mußte in diesem Falle mit einer militärischen Aktion Frankreichs, mit der Besetzung wichtiger Handelsstädte, mit dem Einmarsch der Tschechen und Polen gerechnet werden. Das waffenlose Deutschland mußte in einem solchen Konflikt unterliegen.« Ähnlich wie von Kahr hat sich im Hitlerprozeß auch der Oberst von Seißer recht drastisch über den militärischen Größenwahn der Leute um Hitler ausgesprochen, indem er betonte, daß so hirnerkrankt eigentlich niemand sein dürfe jetzt Krieg führen zu wollen. Nicht übersehen darf hierbei freilich werden, daß die völkische Kriegslust ihre stärkste Nahrung aus der Haltung Englands im Reparationskonflikt zieht. Die Völkischen sehen, daß England selbst unter dem Kabinett MacDonald zu Wasser und in der Luft in stärkster Weise fortrüstet. Daraus ziehen sie den Schluß, daß London sich auf einen Krieg gegen Frankreich vorbereite. Das ist richtig und falsch. Wenn England nicht aktiv in einem solchen Krieg zugunsten Deutschlands eingreift, kann sein Ausgang nicht zweifelhaft sein. Er endet dann, wie der Ruhrkrieg geendet hat. Aber England kann gar nicht aktiv werden. MacDonald betreibt durchaus aufrichtige Politik, wenn er betont, daß Englands Rüstungen absolut defensiver Natur seien. Englands insulare Lage ist durch die Entwicklung der Luftfahrt- und Unterseeboottechnik in der Tat erschüttert. Wir sehen heute das alte Britannien vor uns nicht als das unangreifbare sondern als das gefährdete England, das alle Hände voll zu tun hat, um seine Machtstellung Frankreich gegenüber einigermaßen zu dokumentieren: mit kleinen Mitteln, wie Francoffensiven und Francstützungen, mit Völkerbundsaktionen und Ermunterung Deutschlands bei der Nichterfüllungspolitik. Bei dieser Sachlage wird die auf Revanche eingestellte völkische Außenpolitik so sinnlos, daß selbst eine völkische Regierung gegen sie Stellung nehmen müßte: wie dies ja auch in München geschehen ist, wo Völkische wie von Kahr, von Lossow und von Seißer Maschinengewehre gegen die völkische Außenpolitik auffahren lassen mußten.

Utopie ist also nicht unsere Politik der deutsch-französischen Verständigung. Utopie ist jede antifranzösische Politik, die glaubt bei der Nichterfüllung beharren und das neue Europa über den Haufen werfen zu können. Da die deutsch-französische Verständigung allein den Anspruch erheben kann als Realpolitik angesehen zu werden, so muß jeder, der sein Vaterland liebt, auch den Mut aufbringen die psychischen (oder, wie man sich bei uns auszudrücken pflegt, die psychologischen) Voraussetzungen hierfür zu schaffen. MacDonald, der, als der Deutschenhaß über die britischen Inseln wie ein Orkan fegte, den Mut fand seine Sympathieen für Deutschland zu bekunden und die Politik Greys der Mitschuld am Krieg zu zeihen, sei uns darin ein Vorbild. Noch im Jahr 1919 zog er es vor lieber als Freund der Deutschen durchzufallen denn als Feind Deutschlands in das Unterhaus einzuziehen. Welche Gewalt hat heute noch die Lloyd Georgesche Parole »Der Kaiser muß hängen und der Hunne muß zahlen!«, der MacDonald 1919 unterlag, auf die britische Volksseele? So wie es in England nicht schwer war die psychischen Voraussetzungen für die Annäherung an Deutschland zu schaffen, wird es auch in Deutschland nicht schwer sein das völkische Rachegeheul gegenüber Frankreich verstummen zu lassen. Frankreich braucht eine gesunde deutsche Wirtschaft (die für England nur Nebensache ist), um selbst leben und gedeihen zu können. Deutschland braucht die französischen Erze, wie Frankreich Deutschland als Absatzgebiet für sein Eisen benötigt. Es ist auch nicht richtig, daß Frankreichs außenpolitisches Ziel ein zerstückeltes Deutschland ist. Frankreichs Wunsch geht nach einem befreundeten Deutschland, das sich freudig und zwanglos in den großen Rahmen der kontinentaleuropäischen Menschheit einordnet und sich von dem Blutwahn des "Erbfeindes" freimacht. Deutschlands Zukunft liegt nicht auf den britischen Inseln sondern auf dem europäischen Kontinent. Freiheit, Friede und Wohlstand können hier aber nur kommen, wenn die Barrieren gefallen sind, die heute noch die französische und die deutsche Volksseele von einander trennen. Daß sie in Frankreich teils schon gefallen sind teils zu fallen im Begriff stehen, wird von allen einsichtigen Beobachtern bezeugt. »Es ist ein ergreifender Vorgang,« so schreibt der Schweizer Jakob Schaffner, der Dichter der Irrfahrten und des Konrad Pilater, »wie selbst in Frankreich jetzt der Druck der Wahrheit sich durchsetzt. Während Lloyd George, der gewissenloseste aller Demagogen, in neutralen Zeitungen zur Lösung des von ihm geschaffenen Chaos die Alldeutschen zum Krieg hetzt, bricht sich in Paris die Überzeugung Bahn, daß die Völker eine psychologische Frage zu beantworten haben und keine bürokratische.« In der Tat, da die ökonomischen Verhältnisse nach einer deutsch-französischen Verständigung geradezu schreien, sind in Deutschland nur noch die Mauern des Hasses abzutragen, die die angelsächsisch orientierte Außenpolitik aufgerichtet hat. Die Parteien, die für Europas Frieden eintreten, sollten auch bei den Wahlen keine Gelegenheit unbenutzt lassen, um die deutsch-französische Verständigung, die eine Vorarbeit zur europäischen Einigung ist, vorzubereiten. Nur so können die kommenden Reichstagswahlen dem Schicksal des deutschen Volkes nach den 4 Jahren des Krieges und den 6 Jahren des Nichtfriedens eine entscheidende Wendung geben und eine Bedeutung erlangen, die, über die Gegenwart weit hinausreichend, in eine glücklichere Zukunft der europäischen Menschheit weist.



CURT VON REIBNITZ · PREUSSEN UND DAS REICH



OLITISCH und wirtschaftlich mag es schwieriger sein das Reparationsproblem zu lösen, staatspsychologisch verursacht die Neugliederung des Deutschen Reichs stärkere, heute fast unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten. Fast alle führenden Politiker, die den deutschen Einheitsstaat in ihrem Programm haben, scheuen sich daher diese Frage öffentlich zu erörtern. Und doch müssen wir den Mut haben endlich einmal mit der Kleinstaaterei und mit dem Dualismus Preußen-Reich aufzuräumen, der, abgesehen von den Kosten, so viel Kräfte verbraucht, die besser für die Aufbringung der Reparationen und die Intensivierung der deutschen Wirtschaft verwandt werden.

Seit mehr als 1000 Jahren leidet das deutsche Volk unter einem kräfteverzehrenden und kräfteötenden Zwiespalt: Kaiser und Papst, Protestanten und Katholiken, Österreich und Preußen, Preußen und das Reich. Weder den Dualismus Preußen-Österreich, noch den Dualismus Preußen-Reich hat Bismarck für länger als einige Jahrzehnte lösen können. Er gliederte in der Reichsverfassung der preußischen Monarchie das außerpreußische Deutschland an, das Wilhelm I. dann als »verlängertes Preußen« bezeichnete, leider ganz unorganisch, da Reichstag und preußischer Landtag in ganz verschiedener Struktur neben einander bestehen blieben. Indessen gab es damals eine absolute Homogenität der Staatsleitungen im Reich und in Preußen, und die gemeinsame monarchische Spitze und das gemeinsame Heer paralyisierten die schädlichen Folgen des Nichtorganischen. Jetzt ist es umgekehrt. Die Struktur der beiden Parlamente ist die selbe, die Homogenität der beiden Staatsleitungen aber ist nur insofern vorhanden, als eine starke, überwiegend reaktionäre Beamtenschaft sich in die Hände arbeitet, freilich nicht zur Förderung der Republik. Beinahe zwei Drittel der deutschen Bevölkerung, 37 Millionen unter 60, haben 2 Volksvertretungen, so daß fast alle wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen parlamentarisch 2mal behandelt werden; zuerst im Reichstag und dann im preußischen Landtag. Reichsministerium aber und Preußenkabinett stellen für zwei Drittel des deutschen Volkes 2 Großregierungen dar, doppelte Zentralisierungen, die viel mehr Kräfte verzehren als die Bevölkerung weiß, da die Reibungen zwischen Preußen und dem Reich viel stärker sind, seitdem die Personalunion der Kabinettsleiter fehlt. Vom Reich aber auf Preußen zu dezentralisieren ist unmöglich, da dieses als Großstaat alle Fragen nicht anders als zentralisierend anfassen und lösen kann.

Zur Beseitigung des so bestehenden Dualismus gibt es 3 Lösungen: Entweder Preußen wird in eine Reihe mittlerer Gliedstaaten aufgeteilt, oder es wird in Reichsland überführt, das heißt, die Reichsregierung wird gleichzeitig preußische Regierung, der Reichstag, soweit er aus preußischen Abgeordneten besteht, preußischer Landtag, oder endlich sämtliche deutsche Gliedstaaten werden Preußen einverleibt. Keine der 3 Lösungen dürfte im nächsten Reichstag eine Mehrheit finden. Trotzdem wäre es falsch, wenn der nächste Reichstag die Neugliederungsfrage als eine theoretische beiseite legte. Sie soll und muß vielmehr immer wieder erörtert werden, bis sie endlich gelöst ist. Schon die Autonomiebestrebungen einzelner Landesteile

zwingen dazu. Man darf an ihnen nicht vorübergehen, will man nicht Gefahren für den Reichszusammenhalt heraufbeschwören. Die im Reichsministerium des Innern befindliche Zentralstelle für Gliederung des Deutschen Reiches kann zwar Vorbereitungen treffen, um Grenzlächerlichkeiten oder Zwergstaaten zu beseitigen, zur Beseitigung des Dualismus Preußen-Reich gehören auch in der vorbereitenden Instanz Kräfte, die nur die Volksvertretung hat. Übereinstimmung herrscht in allen Parteien über 2 Punkte: 1. daß ein zentralistischer Einheitsstaat nicht den deutschen Stammeseigentümlichkeiten entspricht, und wichtige Brennpunkte deutschen Lebens zum Verlöschen bringen würde, daß also eine Neugliederung nur im Rahmen des dezentralisierten Einheitsstaats und nach volklichen und kulturellen Zusammenhängen, nicht im rationalistischen Sinn, vorgenommen werden darf; 2. daß die Inangriffnahme einer solchen Neugliederung den parlamentarischen Vertretungen der politischen Parteien so lange unmöglich erscheint, als die deutsche Republik von rechts und links berannt wird und in der Abwehr dieser Angriffe um so ernstere Schwierigkeiten hat, als ihr jede Exekutive fehlt.

Der Fels, an dem diese Angriffe immer wieder zerschellen, ist Preußen, das beinahe zwei Drittel der deutschen Bevölkerung umfaßt und durch die Tatkraft und Umsicht seiner Koalitionsregierung, vor allem seines Ministerpräsidenten und seines Innenministers, die wahrhafte Ordnungszelle in Deutschland geworden ist, deren Bewohner sich seit über 3 Jahren einer vorbildlichen innern Ruhe und Stetigkeit in der Staatsführung erfreuen. Preußen ist der Fels, auf dem, wie die Dinge heute liegen, die deutsche Republik steht. Solange man nicht imstande ist oder sich nicht imstande fühlt eine durchgreifende Neugliederung vorzunehmen, muß man danach trachten die starken Kräfte Preußens im Sinn der Republik für das Reich nutzbar zu machen. Eine solche Maßnahme wäre die Übertragung der Polizeiexekutive an das Reich, nämlich die Unterstellung der Polizeiverwaltungen aller Länder unter das Reich.

Die Polizei, das heißt die Befugnis die zur Abwendung öffentlicher Gefahren nötigen Maßnahmen, gegebenenfalls unter Eingreifen in die Rechtssphäre Dritter zu treffen, muß jetzt in *eine* starke Hand gelegt werden. Diese soll selbstverständlich nur den Schutz der Staatsordnung und der Person gegen gewaltsame Eingriffe übernehmen, das heißt die sogenannte Sicherheitspolizei. Die Wohlfahrtspolizei, besser Verwaltungspolizei genannt (Ärmen-, Bau-, Feld-, Feuer-, Fischerei-, Forst-, Gesundheits-, Gewerbe-, Hafen-, Jagd-, Markt-, Schul-, Wasser- und Wegepolizei) muß den Ländern und ihren Verwaltungsbezirken bleiben. Die Schaffung eines Reichspolizeiministeriums oder einer entsprechenden Abteilung im Reichsministerium des Innern zur Zusammenfassung der verreichlichten Polizeiverwaltungen aller Gliedstaaten stößt nun auf 2 Bedenken: die dadurch erwachsenden Kosten und den berechtigten Widerstand Preußens, das sich als Großstaat nicht sein wichtigstes Hoheitsrecht, die Polizeiexekutive, nehmen lassen kann. Es bleibt daher nur die Übertragung einer neu zu schaffenden Reichspolizeigewalt auf Preußen. Hierfür ließe sich wohl eine Mehrheit im nächsten Reichstag finden. Die meisten in Preußen gewählten Reichstagsabgeordneten sowie diejenigen der anderen Länder, denen die Festigung der Republik gegen die Angriffe von rechts und links Leitgedanke aller Politik ist, dürften dafür stimmen.

Die Schaffung einer Preußen zu übertragenden Reichspolizeigewalt auf dem Gebiet der Sicherheitspolizei, die Unterstellung aller sicherheitspolizeilichen Organe der Länder unter diese Gewalt, bietet aber nicht nur die Möglichkeit die Republik ganz anders als bisher zu festigen und damit die Lösung und Durchführung der Reparationsfragen zu sichern sondern bereitet auch die Lösung der preußischen Frage bei der, wenn auch nicht jetzt, so doch in einigen Jahren nach Konsolidierung aller Verhältnisse durchzuführenden Neugliederung des Reichs vor. Denn die hierbei gesammelten Erfahrungen werden nicht nur sachlich sondern auch persönlich wertvoll sein, und zwar für die Schaffung einer neuen, mit republikanischem Geist erfüllten, fachtechnisch vorgebildeten Beamtenschaft. Ist doch die Festigung der Demokratie im Reich und in den Ländern so lange unmöglich, als in Preußen eine mächtige Bürokratie besteht, die die heutige Staatsform zum mindesten nicht billigt und daher nicht fördert. Das, was Preußen einst von Friedrich Wilhelm I. bis Wilhelm I. groß gemacht hat: eine politisch klar orientierte Beamtenschaft, ist dahin. Die preußische Bürokratie unter Wilhelm II. hat versagt. Ihre Vorzüge: Pflichttreue und Unbestechlichkeit, sollen nicht gezeugnet werden. Ihre politische Eignung ist aus mannigfachen Gründen versickert; daher sind wir nicht nur in Preußen sondern auch im Reich gut verwaltet, aber schlecht regiert worden.

Vielleicht nicht der nächste Reichstag, sicher aber einer der übernächsten, wird vor der schwersten innenpolitischen Aufgabe stehen: Er wird zu entscheiden haben, ob Deutschland wieder das »verlängerte Preußen« werden soll, oder ob Preußen seine Mission im deutschen Volk erfüllt hat und sterben muß, damit Deutschland leben kann. Die im Deutschen wurzelnde Neigung zum Sonderdasein, der Mangel an Einheitswillen, hat die alte Kaisermacht, die unter Karl V. ihren letzten Höhepunkt erreichte, gestürzt. Die deutsche Republik darf nicht das selbe Los erleiden.

BRUNO BORCHARDT · BEAMTENABBAU UND LEHRERABBAU



ALS die Wirtschaft Deutschlands unmittelbar vor der Katastrophe stand, als das deutsche Geld auf ein Billiontel seines Vorkriegswerts gesunken war, entschloß man sich, um die Vorbedingung einer dauernden Stabilisierung: die Etatsbalanzierung, vorzubereiten, zu einer Verkleinerung des Beamten- und Angestelltenapparats im Reich und in Preußen. Dieser Personalabbau ist eine dringende staatliche Notwendigkeit geworden, wenn man überhaupt noch die öffentlichen Finanzen in Ordnung bringen will, er stellt einen letzten Versuch dar den Reichs- und Staatsbankerott, dem man so lange tatenlos entgegengetrieben war, mit allen seinen unheilvollen Folgen abzuwenden und dem Vorwurf des französischen Ministerpräsidenten zu begegnen, daß das Deutsche Reich absichtlich seinen Bankerott herbeiführe, um nur ja keine Reparationszahlungen zu leisten. Es war auch der letzte Zeitpunkt solches zu beginnen. Niemand wagt es heute zu bestreiten, daß Deutschland längst mit einer ernsthaften Ordnung der Finanzen hätte beginnen müssen.

Neben dem späten Beginn dieses letzten Versuchs ist an ihm auszusetzen, daß er ganz einseitig den finanziellen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellt und den rein wirtschaftlichen so gut wie unbeachtet läßt. Ein selbst-

verständliches Erfordernis jeder rationellen Wirtschaft ist so viele Kräfte als nur möglich in der unmittelbaren Herstellung der Sachgüter zu verwenden, und so wenige als möglich in der Verwaltung, diese in weitestem Sinn genommen, so daß auch die Verteilung der Güter, der gesamte Handel, zur Verwaltung gehört. Auf diesem Gebiet sorgt allerdings das Eigeninteresse mit der Zeit für einfache Anordnung der Einrichtungen und sparsame Verwendung von Kräften, während wir in der unmittelbaren öffentlichen Reichs- und Staatsverwaltung und, nicht zuletzt, auch in den Gemeindeverwaltungen¹ eine so unzumutbare Verwendung, ja geradezu Vergeudung von Kräften wahrnehmen, daß es fast den Anschein erweckt, der eigentliche Zweck der öffentlichen Verwaltung sei der Personen zu beschäftigen oder vielmehr "unterzubringen", wie man sich treffend ausdrückt, und dadurch dem "Publikum" unnütze Scherereien zu verursachen; denn ein überflüssiger Beamter leistet nicht nur selbst überflüssige Arbeit, sondern verursacht auch solche, wie der Reichstagsabgeordnete Schiffer einmal sehr richtig sagte: man braucht ja nur an die vielen Laufereien und das stundenlange Anstehen zu denken, durch die bei Steuer- und anderen Behörden, bei der Post usw. den Staatsbürgern viele Tausende von Arbeitsstunden geradezu gestohlen werden. Ist also eine möglichst einfache und übersichtliche Verwaltung überall ein selbstverständliches Gebot einer rationellen und gesunden Wirtschaft, so doppelt in dem verarmten und niedergebrochenen Deutschland der Nachkriegszeit. Hier ist ja die Produktion der Vorkriegszeit bei weitem noch nicht erreicht, weder in der Urproduktion der Beschaffung von Nahrungsmitteln durch Ackerbau und Viehzucht noch auf dem Gebiet der Beschaffung von Wohnungen, noch auf dem der Förderung von Kohle und Eisen, das auf alle anderen Zweige der Güterherstellung einen so unmittelbaren und tiefgreifenden Einfluß ausübt.² Eine durchgreifende Reform, die die Verwaltung übersichtlicher und einfacher gestaltet, hätte längst schon durchgeführt werden müssen, wobei Beamte, Angestellte und Arbeiter in ganz großer Zahl anderer, produktiver Tätigkeit zuzuführen gewesen wären.

Zu einem sachlich energischen Vorgehen auf diesem Gebiet ist man nicht gekommen, zu einem großen Teil auch deshalb, weil man sich gescheut hat die "wohlerworbenen Rechte" der Beamten anzutasten. Diese wohlerworbenen Rechte beruhen hauptsächlich in der lebenslänglichen Anstellung. Das Korrelat für sie ist von jeher eine jammervolle Bezahlung gewesen, die den Beamten in die Unmöglichkeit versetzte für die Zeit seines arbeitsunfähigen Alters Vorsorge zu treffen, und ihn auf eine kümmerliche Pension verwies. Der Begriff Beamter ist durch Ideenassoziation geradezu mit dem Begriff lebenslängliche Versorgung verknüpft, und viele Eltern kennen keinen sehnlichen Wunsch als ihre Tochter mit einem Beamten verheiratet zu sehen. Daß aber zu dem Begriff des Beamten die lebenslängliche Anstellung an sich keineswegs gehört, beweist der Umstand, daß die Städte ihre höchsten Beamten, ihre Bürgermeister und sonstigen Magistratsmitglieder, nicht auf Lebenszeit berufen. Schon sehr langfristige Verträge werden in anderen Berufen von den Gerichten nicht als bindend anerkannt. Ich erinnere

1) Siehe auch *Lindemann* Die Finanznot der Kommunen, ihre Ursachen und ihre Beseitigung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 95 ff.

2) Siehe dazu *Schippel* Der Produktionsverfall Deutschlands, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 713 ff. Über den Rückgang der deutschen Kohlenproduktion siehe auch *Vorwärts* vom 20. März 1924; Der Rückgang der deutschen Kohlenproduktion.

an einen Prozeß, den der Schauspieler Paul Wegener gegen das Deutsche Theater führte, dem er sich für 10 Jahre verpflichtet hatte, und das ihn daher nach 5 Jahren nicht entlassen wollte, als er einen günstigeren Vertrag mit einem andern Unternehmen abschließen konnte; die Gerichte stellten sich damals auf die Seite Wegeners und erklärten seinen Vertrag für nichtig, da es den guten Sitten widerspreche jemanden durch einen so lange währenden Vertrag wesentlich in seinem Fortkommen zu hindern. Ob ein lebenslänglicher Beamtenvertrag aus dem selben Grunde nichtig sei, ist niemals zur gerichtlichen Entscheidung gekommen, weil die öffentlichen Körperschaften wohl niemals den Vertrag benutzt haben, um einen Beamten an seinem Fortkommen zu hindern, sondern stets aus seinem Dienst und Vertrag entlassen haben, wenn sich ihm eine bessere Stellung bot. Somit stellt sich der Beamtenvertrag erst recht als den guten Sitten widersprechend dar, weil er nur den einen Teil, und gerade die Gesamtheit, bindet, während der andere Teil, der einzelne, in Wirklichkeit völlig frei ist. Doch lassen wir die juristischen Bedenken. Es mag sein, daß in normalen Zeiten das Beamtenrecht mit der lebenslänglichen Anstellung sich als das kleinere Übel erwiesen hat, obgleich es sicherlich viel zu dem bequemen Schlendrian beigetragen hat, der in vielen Verwaltungen zu finden war. Doch soll auch nicht verkannt werden, daß der Beamte der Vorkriegszeit, der sich lebenslänglich mit seinem Amt verbunden fühlte, es auch durch Pflichtgefühl auszufüllen suchte. Das ist jetzt, nach dem Krieg, dahin. Und es wäre töricht hierfür dem Beamten die Schuld geben zu wollen; die Krankheit des Volksorganismus ergreift naturgemäß auch den Beamtenkörper. Aber eben deshalb darf heute dieses Beamtenrecht, dürfen die "wohlerworbenen Rechte" der Beamten kein Hindernis sein, um die Wirtschaft und die Staatsfinanzen wieder auf gesunde Grundlagen zu stellen und dem sonst unvermeidlichen Reichsruin zu entgehen. Ähnliche, wenn auch nicht ganz so schwere Zeiten hat Preußen schon einmal durchgemacht, vor mehr als 100 Jahren, nach dem völligen Zusammenbruch am Anfang des 19. Jahrhunderts. Damals entwarf eine besonders zu diesem Zweck eingesetzte Kommission ein Sparprogramm, das die Pensionen auf ein Minimum herabsetzte und ihre Auszahlung von der Beibringung eines Bedürftigkeitszeugnisses abhängig machte, und das die Gehälter um die Hälfte kürzte. Die verantwortlichen Männer unter der Führung des Freiherrn vom Stein trugen kein Bedenken zur Durchführung des Finanzplans geradezu drakonische Maßregeln zu ergreifen. Auch damals klagte alles, was seine Einkünfte aus öffentlichen Mitteln bezogen hatte und weiter bezog: der Hof, vor allem die Königin Louise, die Beamten, die in eine ebenso furchtbare Lage kamen wie heute, die Offiziere, die bei der Verminderung des Heeres ausgestoßen wurden, ohne daß ihnen auch nur annähernd das selbe Recht auf Pension zugebilligt worden wäre, wie es die deutsche Republik getan hat (die sie vielleicht deshalb so schmähen; denn ohne die Muße, die ihnen ihre Pension sichert, wären sie zu produktiver Arbeit gezwungen, würden sie das wirkliche Leben und die realen Verhältnisse kennen lernen, wodurch ihnen wohl die Lust zum Schimpfen und zur Vorbereitung hochverräterischer Pläne verginge). Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, der an diese schlimme Zeit nach dem Niederbruch des Heeres und Staates erinnert, sagt mit vollem Recht: »Es täte unserer Zeit gut, wenn sie sich etwas mehr freimachte von einer alles vergoldenden Geschichtsbetrachtung, und wenn sie die Dinge vor 100 Jahren

ganz so sähe wie sie waren. Sie würde sehen, wie die furchtbare Not der Zeit nur überwunden wurde durch den Mut zur Armut, auch in den einfachsten Verhältnissen zu leben und alles, auch das Schwerste, für Staat und Vaterland auf sich zu nehmen, durch einen sittlichen Energieaufwand, der in der Einzelpersönlichkeit entbunden wurde und schließlich die Allgemeinheit mit sich fortriß. Sie würde aber auch sehen, daß die führenden Männer, wie der Freiherr vom Stein, mit den ungeheuersten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, und daß ihre Notverordnungen ihnen Feindschaft und Haß eintrugen wie kaum sonst jemand, daß sie aber unbeirrt ihren Weg gingen zum Wohle des Staates und des Vaterlandes.³

Jetzt endlich, nachdem man solange gezögert hat, macht man Ernst und greift auch in die Rechte der Beamten ein. Allerdings so zaghaft, daß zu befürchten ist, es werde weder die notwendige Vereinfachung der Verwaltung herbeigeführt werden, noch eine namhafte Verringerung der Ausgaben, mit Ausnahme derjenigen, die durch die Herabsetzung der Gehälter schon geschehen ist. Bei der geplanten Personenverminderung versucht man vor allem einen Anreiz zu freiwilligem Ausscheiden für die älteren Beamten zu schaffen; sie werden im allgemeinen 80 % ihres Dienstinkommens weiter als Wartegeld und später als Ruhegehalt beziehen, so daß die Ersparnis für Staat und Reich sehr gering ist. Außerdem werden diese älteren Beamten, die für ihren Dienst meist noch recht brauchbar, sogar, als Vertreter des alten Schlages, in der Regel besonders zuverlässig sind, keineswegs die Frische und Elastizität haben, um sich auf einen neuen Beruf umzustellen und irgendwelche produktive Tätigkeit auszuüben; sie werden sich vielmehr in der zu früh erworbenen Muße zu Nörglern auswachsen, die das bekannte Lied von der guten alten Zeit in allen Tonarten singen werden. Der Staat hat keinen Vorteil davon, wenn er diese noch arbeitsfähigen Männer zu vorzeitigem Ausruhen verdammt und ihre Arbeit durch jüngere verrichten läßt, anstatt die jüngeren in andere Tätigkeit zu drängen. Der Beamtenabbau sollte vielmehr Anlaß zu einer gründlichen Reform des Beamtenrechts geben und vor allem dazu führen jüngere Kräfte aus der Beamtenschaft in großer Zahl zu entfernen und sie in die Notwendigkeit zu versetzen in anderen Berufen ihre Arbeit zum allgemeinen Besten zu verwenden.

Man wird hier den bekannten Einwand erheben, daß wir ja heute an übergroßer Arbeitslosigkeit leiden, und daß diese noch vermehrt werden müßte, wenn noch weitere arbeitskräftige Menschen auf den Arbeitsmarkt geworfen würden. Gewiß, wir leben leider immer noch im kapitalistischen Zeitalter, in dem es so aussieht, als seien zu viel Menschen vorhanden, die sich gegenseitig Nahrung, Kleidung und Wohnung streitig machen, wovon nur ein bestimmtes, nicht für alle ausreichendes Quantum vorhanden ist, so daß ein Teil der Menschen notwendigerweise verkümmern und verkommen muß, bis die "Übevölkerung" einigermaßen beseitigt und Arbeitsgelegenheit und damit Nahrung nebst allem sonst Notwendigen für die Überlebenden wieder vorhanden ist: gerade als ob die Menschen ebenso wie die Tiere nur von dem leben, was die Natur unmittelbar ihnen schenkt. Nein, diese primitive Anschauung und die aus ihr folgende Auffassung der Arbeitslosigkeit erkennt eben das Entscheidende: die Bedeutung der Produktion für die menschliche Gemeinschaft. Die Arbeitslosigkeit ist selber die Folge zu geringer

3) Siehe *Bocltz Abbau oder Aufbau unseres Bildungswesens?* / Leipzig 1924/ Seite 19.

Arbeit. Weil in der Urproduktion zu wenig geleistet wird, ist auch in anderen Produktionszweigen zu geringe Arbeitsgelegenheit vorhanden; man braucht ja nur an den Einfluß zu denken, den zum Beispiel die Kohlen- und Eisenförderung auf fast alle Zweige der Güterherstellung ausübt, um diesen Zusammenhang zu begreifen; man denke sich überhaupt in die wechselseitige Verflechtung aller Gewerbe hinein, um zu verstehen, daß, wenn in einem zu wenig gearbeitet wird, andere stillgelegt werden: wenn nicht gebaut wird, müssen die Hilfgewerbe des Bauwesens feiern. Und wenn gefeiert, oder wenn die Arbeit "gestreckt" wird, sind die Arbeiter wieder nicht konsumfähig, und das bewirkt wieder Bedarfsverminderung, neue Arbeitsstreckung, neue Arbeitslosigkeit. Also, das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist Vermehrung und Intensivierung der Arbeit jedes einzelnen.

DER jetzt in Angriff genommene Personalabbau, mag er auch noch so viel Anlaß zur Kritik bieten und sein Ziel Ersparnisse zu machen noch so unvollkommen erreichen, wird uns doch wenigstens von manchem Krebschaden der Verwaltung befreien: er wird mit den Überresten der lange überflüssigen Kriegseinrichtungen und Kriegsabwickelungsstellen aufräumen, ferner mit Stellen, die zur Unterbringung von vertriebenen Beamten aus den abgetretenen und besetzten Gebieten geschaffen sind, und schließlich mit der schlimmen Beamten- und Angestellteninflation, die durch die Papierinflation zufolge der Markentwertung eintrat. Diese zwingenden Gründe für den Personalabbau gelten aber nicht auf dem wichtigen Gebiet der Schule. Man darf nicht in schematischer Weise Lehrer mit Beamten identifizieren und aus dem Beamtenabbau ohne weiteres einen Lehrerabbau machen. Um allen Mißverständnissen von vornherein vorzubeugen: Es soll hier nicht zugunsten der Lehrer gesprochen werden. Nicht um die eine Kategorie von Staatsangestellten auf Kosten der andern zu bevorzugen, wird hier der Lehrerabbau mit anderm Maß gemessen als der Beamtenabbau. Hier soll alles andere gepredigt werden als der Spruch, der an so manchem Haus in alten deutschen Städten prangt: »Heiliger Florian, sei du unser Patrian, verschon unsere Häuser, schür andere dafür an.« Opfer für die Gesamtheit, die von den einen verlangt werden, müssen auch von den anderen getragen werden; das versteht sich von selbst. Und die Lehrer haben als Personen kein größeres Anrecht auf gesicherte Existenz als alle anderen Angestellten. Aber nicht um die Lehrer handelt es sich hier sondern um die Schule. Die Schule ist kein Verwaltungsapparat, der beliebig vermindert und vereinfacht werden kann. Die Schule ist die Grundlage und Voraussetzung der produktiven Tätigkeit der Volksgemeinschaft überhaupt. Und gerade um eine erhöhte, intensive und rationelle Produktion zu ermöglichen, müssen wir unser Augenmerk auf die Schule richten. Hier könnte uns eine "Sparsamkeit" recht teuer zu stehen kommen. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit sind nicht etwa überflüssige Schuleinrichtungen geschaffen worden (wie allerhand überflüssige oder zum mindesten fragwürdige Ämter), sondern es konnten die vorhandenen trotz großer Mühe nicht immer aufrechterhalten werden und fristen mangels Zuwendung der erforderlichen Mittel vielfach nur ein kümmerliches Dasein. Durch die Unterbringung vertriebener Lehrkräfte ist nicht eine einzige Stelle neu geschaffen worden, sondern sie geschah restlos auf Kosten der Lehramtsanwärter, deren Wartezeit sich auf viele Jahre vermehrt hat, und schließlich ist die ungeheure Mehrarbeit, die durch die Papiergeld-

wirtschaft auch auf dem Schulgebiet notwendig geworden ist (es mußten ja zuletzt 3mal in der Woche neue Gehaltslisten aufgestellt und ebenso oft die ungeheuren Papiermassen, mit denen die Gehaltszahlungen erfolgten, nach den einzelnen Schulen geschafft werden) restlos von der Lehrerschaft selbst geleistet worden, ohne daß auch nur eine einzige Hilfs- oder Bureaukraft dazu eingestellt worden wäre. Daß allerdings der eigentliche Schulzweck: der Unterricht, sehr erheblich darunter gelitten hat, ist selbstverständlich.

Trotzdem ist es begreiflich, daß der Personalabbau vor der Schulverwaltung nicht haltmacht, zumal das Verständnis für die aufreibende Tätigkeit der Lehrkräfte außerhalb des Berufs verschwindend ist. Man ist in anderen Berufen zu sehr geneigt die Tätigkeit des Lehrers an der Zahl der wöchentlich von ihm erteilten Stunden zu messen und ihn anderen Beamten gegenüber als wenig beschäftigt hinzustellen, wobei man auch noch auf die öfteren und längeren Ferien hinweist, die er vor anderen Beamtengruppen voraus hat. Wie verfehlt das ist, wissen namentlich die Ärzte sehr gut; ich verweise auf die Äußerung des Rostocker Neurologen Rosenthal, der die nervöse Erschöpfung geradezu die Berufskrankheit der Lehrer nennt und mit Recht betont, daß andere sich kaum eine Vorstellung von der Nervenanspannung machen können, die ein auch nur 4stündiges Unterrichten in einer Klasse erfordert. Trotzdem hat die preußische Unterrichtsverwaltung dem Ansturm der anderen Verwaltungen, vor allem der Finanzverwaltung, nachgeben müssen und setzt die wöchentlichen Unterrichtsstunden, die von den Lehrern an den höheren und an den Volksschulen zu erteilen sind, um ein geringes herauf, für die höheren Schulen um 1 bis 2 Stunden wöchentlich, für die Gemeindeschulen durchgängig um 2 Stunden.

An den durchschnittlichen Klassenfrequenzen dagegen will die Unterrichtsverwaltung für die höheren Schulen unbedingt festhalten. Der Minister Boelitz weist darauf hin, daß sich die Zahl der höheren Lehranstalten in Preußen, für den heutigen Gebietsumfang berechnet, von 1914 bis 1923 nicht unerheblich vermehrt hat; die Anzahl der Knabenanstalten ist von 707 auf 742, die der Mädchenanstalten von 254 auf 310 gestiegen. Und ebenso stark ist der Zustrom von Schülern und Schülerinnen; 1914 waren die Anstalten von 220 801 Schülern und 99 698 Schülerinnen besucht, im Jahr 1923 dagegen von 287 216 Schülern und 127 312 Schülerinnen. Die Anzahl der fest angestellten Lehrkräfte hat nicht im selben Verhältnis zugenommen. Bei den Knabenanstalten ist sie von 11 216 auf 12 564, bei den Mädchenanstalten von 5 104 auf 5 932 gestiegen; danach entfielen im Durchschnitt im Jahr 1914 auf eine Lehrkraft 19,69 Schüler respektive 19,53 Schülerinnen, im Jahr 1923 dagegen 22,86 Schüler respektive 21,46 Schülerinnen. Wenn trotzdem die vom Staatsministerium unbedingt geforderte Personalverringerung erreicht werden soll, während an der durchschnittlichen Klassenfrequenz festgehalten wird, so soll das im Zusammenhang mit einer Reform des gesamten höhern Schulwesens erreicht werden, die als pädagogische Reform schon lange geplant war, ehe von Abbau und Sparmaßnahmen die Rede war, die aber jetzt im Zusammenhang mit ihnen wohl etwas schneller zur Durchführung kommen wird als es sonst der Fall gewesen wäre. Der Grundgedanke der Reform ist, jeden Typus der höhern Schule, das altsprachliche, das neu-sprachliche, das mathematisch-naturwissenschaftliche und das sogenannte Deutsche Gymnasium, in seiner charakteristischen Eigenart schärfer herauszuarbeiten. Diese Reform zu kritisieren oder zu würdigen ist jetzt nicht der

geeignete Ort; nur so viel möchte ich sagen, daß ich den Grundgedanken nicht zu billigen vermag, weil er den Einheitsschulgedanken, den gemeinsamen Unterbau bis zum 14. Lebensjahr⁴, untergräbt und in der Praxis zum Untergang des humanistischen Bildungsideals führen wird. Verbunden ist mit dieser Umänderung der Lehrpläne zugleich eine nicht unbeträchtliche Herabsetzung der wöchentlich von den Schülern auf sich zu nehmenden Stunden; sie soll in Zukunft 30 betragen. Dadurch ist allerdings eine Personalverminderung möglich, doch ist diese Herabsetzung der Stundenzahl nicht aus Ersparnisgründen geplant, sondern war eine notwendige Voraussetzung für die ganze Reform, bei der man davon ausging die Schüler zu entlasten und auch Raum zu schaffen für freiwilligen Unterricht der Schüler in den höheren Klassen, den aber bei der gegenwärtigen Finanznot des Staates die Schule nicht mehr unentgeltlich anbieten kann, dessen Kosten vielmehr diejenigen tragen müssen, die ihn haben wollen.

Weit bedenklicher stehe ich den Abbaumaßnahmen auf dem Gebiet der Volksschule gegenüber. Für die Vermehrung der Pflichtstundenzahl gilt das für die Lehrer der höheren Schulen Gesagte in verschärfter Weise. Hier aber scheut der Minister auch vor einer Erhöhung der Klassenfrequenz nicht zurück. Er begründet das mit der Tatsache, daß sich die Entwicklung der Volksschulen während des Krieges und nach ihm in umgekehrter Weise vollzogen hat wie die der höheren Schulen. Im Jahr 1911 hatten wir in Preußen auf dem heutigen Gebietsumfang 5 646 653 Schulkinder in 32 543 Schulen mit 110 765 Schulklassen und 101 798 Lehrkräften. 1914 hatten sich diese Zahlen vergrößert: 5 900 000 Schulkinder in 33 000 Schulen mit 112 000 Schulklassen und 112 000 Lehrkräften. 1921 war die Anzahl der Schulkinder auf 5 519 422 gesunken, während die Zahl der Schulen und der Lehrkräfte gewachsen war; es bestanden 33 281 Schulen mit 123 040 Klassen und 117 830 Lehrkräften. Bis zum Jahr 1923 war eine sehr erhebliche Verminderung der Schulkinder eingetreten, auf 4 700 000, während die Zahl der Schulen und Lehrkräfte fast gleich geblieben war; es waren 33 200 Schulen mit 123 000 Schulklassen und 117 000 Lehrkräften. Danach entfielen auf 1 Lehrkraft im Jahr 1911 55,5, 1914 52,7, 1921 46,8, 1923 nur noch 40,2 Kinder, und auf 1 Schulklasse entfielen in diesen selben Jahren 51, 49,2, 44,8 und 38,2 Kinder. Hiernach glaubt der Minister es verantworten zu können, daß eine mäßige Erhöhung der durchschnittlichen Klassenfrequenz eintreten soll. »Über ihre Höhe« sagt er »schweben zurzeit noch Verhandlungen. Daß sie sich in erträglichen Grenzen halten wird, glaube ich versichern zu können.« Inzwischen sind die Verhandlungen beendet, und in einem Erlaß vom 1. März 1924 ist diese durchschnittlich zu gestattende Klassenfrequenz auf 50 festgesetzt worden, so daß diese in der Tat noch geringer bliebe als im Jahr 1911.

Was überfüllte Schulklassen bedeuten, weiß natürlich jeder, der sich mit diesen Fragen auch nur einigermaßen beschäftigt, und im besondern weiß es der Minister Boelitz, der als Schüler selbst in einer Volksschulklasse saß, die 96 Kinder hatte. »Wir wollen froh sein, daß diese Zustände endgültig vorüber sind,« fügt er dieser Erinnerung an seine Kinderzeit hinzu. Ob er mit diesem optimistischen Satz recht hat, ist nicht sicher; denn auch heute gibt es, namentlich in den 1klassigen Schulen auf dem Land, noch außerordentlich überfüllte Klassen, und daß dieser Zustand sich bei der Erhöhung der durchschnittlichen Klassenfrequenz auf 50 wesentlich ändern wird, ist

⁴ Siehe Borchardt Gedanken zur Einheitschule, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 I Seite 448 ff.

doch recht fraglich. Es ist vielmehr zu fürchten, daß die durchschnittliche Klassenfrequenz zu der normalen werden wird, und daß da, wo starke Überfüllungen herrschen, sie weiter bestehen bleiben werden, so daß der Durchschnitt sich als noch höher herausstellen wird. Die Hoffnung des Ministers, daß sich die geplanten Maßnahmen »unter voller Wahrung der Bildungshöhe unseres Volkes« durchführen lassen werden, vermag ich danach nicht zu teilen. Ich befürchte vielmehr, daß die Volksschulen in ihrer Leistungsfähigkeit leiden werden, und daß eine noch stärkere Abwanderung, als sie bisher schon erfolgte und in den mitgeteilten Zahlen zum Ausdruck kommt, von den Volksschulen nach den höheren Schulen stattfinden wird, wodurch dann der geringe Ansatz, den wir in der Grundschule zur Einheitsschule gemacht haben, wieder verschwände. Wenn die höheren Schulen dem Zudrang der Kinder nicht gewachsen sind, so werden sie in der Zeit des Personalabbaus sich scheuen neue Unterklassen zu eröffnen. Es werden dann wieder die Privatschulen aufblühen, und der Staat wird das dulden müssen; Lehrkräfte werden ihnen ja in den "abgebauten" genügend zur Verfügung stehen. Daß aber dadurch das allgemeine Bildungsniveau unseres Volkes nicht gehoben werden kann, dürfte einleuchten.

Im Sinn einer gesunden Entwicklung unserer gesamten Volkswirtschaft ist das nur zu beklagen, denn die Schule ist, anders als jede andere Verwaltung, ein Element der Produktion. Unsere Regierungen und unsere Parlamente dürfen sich nicht leichten Herzens über die Zusammenhänge von Schule und Volkswirtschaft hinwegsetzen. Daher muß bei allen Abbaumaßnahmen auf den besondern Charakter der Schule geachtet, muß alles, was sich, nach der notwendigen und strengen Etatsbalanzierung, überhaupt erübrigen läßt, für die Schule bereitgestellt werden.

HERMANN MATTUTAT · ARBEITSZEITVERORD- NUNG UND GEWERKSCHAFTEN



M 17. November 1923 sind die Demobilmachungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten abgelaufen, womit die verordnungsrechtliche Festsetzung des Achtstundentags ihr Ende fand. Da eine Erneuerung oder Verlängerung der Demobilmachungsverordnungen nicht erfolgte, traten die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Regelung der Arbeitszeit wieder in Wirksamkeit, die lediglich die Arbeitszeit der Kinder, Jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmer beschränken. Dieser Zustand konnte auf die Dauer nicht bestehen bleiben, ohne daß sich scharfe Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geltend machten, und die Vorgänge der letzten Zeit in einer Anzahl von Industrien zeigten, daß die Regelung der Arbeitszeitfrage brennend geworden ist. Sollten schwere Störungen des Wirtschaftslebens vermieden werden, so war ein gesetzliches Eingreifen erforderlich. Dieses erfolgte auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch eine Verordnung vom 21. Dezember 1923, die am 1. Januar 1924 in Kraft trat. Wie vorauszusehen war, hat die Verordnung weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer befriedigt. Die Arbeitgeber sind enttäuscht, weil sich ihre weitgehenden Erwartungen auf gänzliche Beseitigung des Achtstundentags nicht erfüllten; die Arbeitnehmer dagegen beanstanden die zahlreichen Durchbrechungen des Achtstundentags durch Zulassung von Ausnahmen, die ihn

angeblich völlig illusorisch machen. Es muß zugegeben werden, daß die Verordnung in dieser Richtung Mängel aufweist, die bei ihrer praktischen Anwendung noch schärfer hervortreten werden. Trotzdem konnte man bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den bestehenden politischen Verhältnissen Besseres nicht erwarten.

Eine ungeheure Krise lastet in Deutschland auf dem wirtschaftlichen Leben, die Kaufkraft der breiten Massen ist auf ein Minimum herabgesunken, und die Arbeitslosigkeit hat einen bedeutenden Umfang erreicht. Am 1. Januar dieses Jahres wurden im Deutschen Reich 1 528 577 Vollerwerbslose und 862 260 Kurzarbeiter gezählt, die Erwerbslosen des besetzten Gebiets nicht mitgerechnet. Zählt man diese mit, so konnte man die Anzahl der erwerbslosen Arbeitnehmer in Deutschland am 1. Januar auf etwa 3 Millionen veranschlagen. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit etwas zurückgegangen, was aber an der allgemeinen Lage wenig ändert. Die Gewerkschaften sind durch die Wirkungen der Wirtschaftskrise erschöpft, ihre Kassen leer, ihre Kampffonds vernichtet. Sie werden sich ja voraussichtlich wieder erholen und ihre frühere Kampfkraft zurückgewinnen. Selbst bei starken Anstrengungen dürfte darüber doch eine geraume Zeit vergehen. Die Unternehmerverbände und die großen Unternehmungen befinden sich in wesentlich günstigerer Lage. Auch sie haben die Wirkungen der Krise wie der Inflation verspürt, konnten sich aber viel rascher und leichter auf die Geldentwertung einstellen und ihre Kampfkraft durch Erhebung von Goldbeiträgen sichern. Diese hat deshalb nicht erheblich abgenommen, ist zum Teil sogar gestärkt worden, wie das Vorgehen einzelner Arbeitgeberverbände und ihr Versuch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer diktatorisch festzusetzen erkennen läßt. Die Unternehmer fühlen sich im Besitz uneingeschränkter wirtschaftlicher Übermacht und machen kein Hehl daraus, daß sie die ihnen günstig scheinende Situation für ihre Zwecke ausnutzen wollen. Ein derartiges Verhalten ist zweifellos sehr kurzfristig und verspricht keinen dauernden Erfolg. Einsichtige Unternehmer warnen deshalb vor den Folgen solchen Vorgehens und bemühen sich einer weitern Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entgegenzuwirken; sie treten für gegenseitige Verständigung ein. Ihre Bemühungen verdienen stärkste Unterstützung. Denn wie über die Lohnhöhe wird man auch über die Arbeitszeitregelung um eine Verständigung nicht herumkommen, wenn schwere und erbitterte Wirtschaftskämpfe für die Zeit einer Wiederbelebung der Wirtschaft und Abnahme der Arbeitslosigkeit vermieden werden sollen.

Die Verordnung über die Arbeitszeit setzt die Vorschriften der Demobilisierungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten teilweise wieder in Kraft. Wichtig ist dabei festzustellen, daß § 1 der Verordnung an dem bisher geltenden Achtstundentag grundsätzlich festhält und betont, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten darf. Daran ändert auch die Bestimmung nichts, daß ein Ausfall an Arbeitsstunden, der an einzelnen Werktagen im Betrieb oder in einer Betriebsabteilung eintritt, nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung durch Mehrarbeit an den übrigen Werktagen der gleichen oder der folgenden Woche ausgeglichen werden darf. Bisher war es nur zulässig die an Vorabenden von Sonn- und Festtagen durch Verkürzung der Arbeitszeit ausfallenden Arbeitsstunden nachzuholen und auf die übrigen Werktage der Woche zu verteilen. Indes gab

in der Regel die Aufsichtsbehörde anstandslos die in diesem Fall erforderliche Genehmigung, wenn ein weiterer Ausfall an Arbeitszeit eingeholt werden sollte. Von besonderer Tragweite ist also die Änderung nicht. Wesentlicher ist die Vorschrift, daß für Gewerbebranche oder Gruppen von Arbeitnehmern, bei denen regelmäßig Arbeitsbereitschaft vorliegt, durch Tarifvertrag oder, soweit ein solcher nicht besteht, respektive er Arbeitsverhältnisse dieser Art nicht berücksichtigt, durch den Reichsarbeitsminister nach Anhörung der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine von der 8stündigen Arbeitszeit abweichende Regelung getroffen werden kann. Auch diese Vorschrift weist zwar auf die regelmäßige 8stündige Arbeitszeit hin, sie läßt aber deren Verlängerung zu, wenn Arbeitsbereitschaft vorliegt. Das entspricht den bisher geltenden Verhältnissen insoweit, als tarifliche Vereinbarungen solcher Art bestanden. Nunmehr soll darüber hinaus auch eine Regelung durch den Reichsarbeitsminister getroffen werden können. Streitigkeiten infolge dieser Bestimmung werden nicht zu vermeiden sein, da der Begriff der Arbeitsbereitschaft sehr dehnbar ist, und die Arbeitgeber bestrebt sein werden ihn so auszulegen, daß auch eine noch so lange Arbeitsbereitschaft nicht auf die Arbeitszeit angerechnet wird, und gewisse Arbeiten, wie die Aufsicht über Maschinen oder Maschinenanlagen, als Arbeitsbereitschaft gelten. Von weitgehender Bedeutung ist die Vorschrift des § 3 der Verordnung, daß, neben den zugelassenen Ausnahmen für vorübergehende Arbeiten, die in Notfällen vorgenommen werden müssen, oder um Rohstoffe vor dem Verderben oder Arbeitserzeugnisse vor Mißlingen zu schützen, die Arbeitgeber berechtigt sind, nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung, an 30 der Wahl des Arbeitgebers überlassenen Tagen des Jahres die Arbeiter bis zu 10 Stunden täglich zu beschäftigen. Für die Angestellten war eine derartige Ausnahmearbeitszeit bisher für 20 Tage im Jahr zugelassen; sie konnte nur durch tarifliche Regelung auf 30 Tage ausgedehnt werden. Weitergehende Überschreitungen der Arbeitszeit bedurften der behördlichen Genehmigung. Daneben kann in bestimmten Fällen nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung die für den Gesamtbetrieb geltende Dauer der Arbeitszeit für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer um höchstens 1 Stunde, für männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre um höchstens 2 Stunden täglich überschritten werden. Während der § 1 der Verordnung grundsätzlich eine tägliche 8stündige Arbeitszeit festsetzt, läßt der § 5 die Festlegung einer Arbeitszeit bis zu 10 Stunden durch Tarifvertrag zu, der für allgemeinverbindlich erklärt werden kann und in diesem Fall durch eine behördliche Stelle nicht abgeändert werden darf. Enthält dagegen ein nicht für allgemeinverbindlich erklärter Tarifvertrag Bestimmungen über die Arbeitszeit, die gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz verstoßen, insbesondere mit der Schutzbedürftigkeit der weiblichen und jugendlichen Arbeiter unvereinbar sind, so kann die Oberste Landesbehörde sie aufheben. Ferner kann die gleiche Landesbehörde Bestimmungen über die zulässige Arbeitszeit treffen, wenn in einem Tarifvertrag die näheren Bestimmungen über die Arbeitszeit besonderer Vereinbarung oder der Entscheidung besonderer Stellen vorbehalten sind und eine solche Vereinbarung oder Entscheidung innerhalb der von der Landesbehörde bestimmten angemessenen Frist nicht zustandekommt. Diese Bestimmungen gelten so lange, bis eine Vereinbarung oder Entscheidung der berufenen Stellen vorliegt. Bei Tarifverträgen, die für mehrere Länder gelten, tritt an die

Stelle der Obersten Landesbehörde der Reichsarbeitsminister. Tarifverträge, die beim Inkrafttreten der Verordnung gelten und eine geringere Arbeitszeit vorsehen als nach der Verordnung zulässig ist, können mit 30tägiger Frist gekündigt werden. Ist in solchen Verträgen der Lohn als Zeitlohn bemessen, so wirkt die Kündigung auch für diese Bestimmungen. Für Tarifverträge, in denen die 8stündige Arbeitszeit und eventuelle Mehrarbeit vorgesehen ist, kommt die Kündigung nicht in Betracht. Das Recht der Arbeitgeber zur Verlängerung der Arbeitszeit in den durch die Verordnung bestimmten Ausnahmefällen wird durch die tarifliche Regelung nicht berührt. Liegt eine tarifliche Vereinbarung über die Arbeitszeit nicht vor, so kann die zuständige Aufsichtsbehörde auf Antrag des Unternehmers und nach Anhörung der Betriebsvertretung eine Verlängerung der Arbeitszeit widerruflich zulassen, sofern sie aus betriebstechnischen Gründen, zum Beispiel bei Betriebsunterbrechungen durch Naturereignisse, Unglücksfälle, andere unvermeidliche Störungen oder aus allgemein wirtschaftlichen Gründen geboten ist. Zuständig sind für derartige Ausnahmegewilligungen die Gewerbe- und Bergaufsichtsbeamten. Unter den gleichen Voraussetzungen kann für den Bereich mehrerer Gewerbe- und Bergaufsichtsämter sowie für ganze Gewerbebezweige oder Berufe die Oberste Landesbehörde, für mehrere Länder der Reichsarbeitsminister eine Verlängerung der Arbeitszeit genehmigen. Vor der Genehmigung sind die beteiligten Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu hören. Gegen Bescheide der Unteren Aufsichtsbehörden kann Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde erhoben werden, die aber keine aufschiebende Wirkung hat. Eine Überschreitung der 8stündigen Arbeitszeit ist für Gewerbebezweige und Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, zum Beispiel Arbeiter im Steinkohlenbergbau unter Tage, sowie für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grad der Einwirkung von Giften, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, nur zulässig, wenn sie aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist oder sich in langjähriger Übung als unbedenklich erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt. Die Bestimmung darüber, welche Gewerbebezweige oder Arbeitnehmergruppen unter diese Beschränkung fallen, trifft der Reichsarbeitsminister. Im Bergbau unter Tage ist für Betriebspunkte mit einer Wärme über 28° Celsius durch Tarifvertrag eine Verkürzung der Arbeitszeit zu vereinbaren. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so ist die Arbeitszeitverkürzung nach Anhörung der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von der zuständigen Aufsichtsbehörde anzuordnen. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt im Steinkohlenbergbau die Schichtzeit, die vom Beginn der Seilfahrt bis zum Wiederbeginn der Ausfahrt oder vom Eintritt des einzelnen Arbeiters in das Stollenmundloch bis zu seinem Wiederaustritt gerechnet wird. Die Arbeitszeit darf, abgesehen von Notfällen und Gründen des Gemeinwohls, 10 Stunden täglich nicht überschreiten. Weibliche Arbeitnehmer sind während der Schwangerschaft und der Stillzeit auf ihren Wunsch tunlichst von Arbeitszeitüberschreitungen zu befreien. Die Annahme freiwilliger Mehrarbeit durch den Arbeitgeber ist nicht strafbar, soweit es sich um männliche Arbeiter über 16 Jahre handelt, wenn die Mehrarbeit durch besondere Umstände veranlaßt und keine dauernde ist, ferner nicht durch Ausbeutung der Notlage oder der Unerfahrenheit des Arbeiters erwirkt wird, auch nicht gesundheitliche Gefährdung mit sich bringt.

Ausschlaggebend für die Festsetzung der Arbeitszeit ist hiernach die tarifliche Vereinbarung, die dadurch eine wesentlich erhöhte Bedeutung gewinnt. Dennoch erscheint es als Mangel, daß eine für die Arbeiterschaft so wichtige Angelegenheit, die auch die Gesamtwirtschaft in so weitgehendem Maß berührt, wieder nur auf dem Verordnungsweg geregelt wird, die Grenzen der Arbeitszeit nicht durch Gesetz fest umrissen worden sind. Wichtig ist dies: Der Einzelarbeitsvertrag wird durch die Verordnung bedeutungslos, die Entwicklung des kollektiven Arbeitsvertrags als des allein maßgebenden beschleunigt. Daran ändert die Abneigung der Arbeitgeber gegen die tarifliche Regelung nichts. Die Arbeiter werden in erhöhtem Maß auf die Notwendigkeit hingewiesen sich beruflich zu organisieren; der Anschluß an die Berufsorganisation wird ihnen aufgezwungen, da sie nur durch diese Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewinnen. Damit wird den Gewerkschaften ein wirksames Agitationsmittel in die Hand gegeben. Wer die Tätigkeit der Gewerkschaften in den letzten Jahren verfolgt hat, konnte beobachten, daß das Interesse der Arbeiter an der Gewerkschaftsorganisation sich fast ausschließlich um die Lohnfrage drehte. Die Arbeitskraft der Gewerkschaftsführer wurde fast ausschließlich durch Lohnverhandlungen aufgebraucht, ohne daß sie in der Lage gewesen wären die Forderungen ihrer Mitglieder zu befriedigen. Für deren geistige und wirtschaftliche Erziehung blieb ihnen keine Zeit. Diesem Umstand ist es mit zuzuschreiben, daß die "kommunistischen" Zersplitterungsversuche viel Unheil anrichten konnten. Sie riefen besonders unter den Mitgliedern ein Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsführer hervor, das deren Tätigkeit vielfach zur Unfruchtbarkeit verurteilte. Das Aufhören der Inflation kann die Sachlage ändern. Die Gewerkschaftsführer haben nun die Möglichkeit sich wieder anderen Aufgaben zuzuwenden, ihre Arbeit nicht nur auf die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter sondern auch auf deren wirtschaftliche Belehrung und Erziehung zu konzentrieren. Das ist notwendig, weil es in hohem Maß von der Einstellung der Arbeiter zu Staat und Wirtschaft abhängt, ob die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften, die sie schon in der Vorkriegszeit erkämpft hatten, erhalten und weiter ausgebaut werden können.

Wenn die Unternehmer bei ihren Versuchen die Mitwirkung der Arbeiter in der gesamten Wirtschaft wieder auszuschalten Erfolg hatten, so ist dies nicht allein auf ihre wirtschaftliche Übermacht, die wirtschaftliche Krise und das Versagen von Partei und Gewerkschaften zurückzuführen sondern vor allem auch auf die wirtschaftliche und politische Unklarheit der Arbeiter, die sie verhinderte von den ihnen durch die politische Umwälzung in die Hand gegebenen Machtmitteln den richtigen Gebrauch zu machen. Die zersetzende Tätigkeit der "Kommunisten" hat diese Unklarheit nicht beseitigt sondern, besonders bei den jüngeren Arbeitern, noch gefördert. Diese Arbeiter stehen zum großen Teil der Tätigkeit von Partei und Gewerkschaften verständnislos gegenüber, berauschen sich an Kraftphrasen und Schlagworten und lassen sich durch diese lenken. An den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Vorkriegszeit um politische und wirtschaftliche Rechte, Arbeiterschutz, Achtstundentag usw. haben sie nicht teilgenommen. Die Früchte dieser Kämpfe fielen ihnen müheelos, ohne eigene Opfer in den Schoß; sie verstanden sie deshalb nicht zu schätzen. Aus diesem Grund besaßen sie auch nicht jene innere Verbundenheit mit den Gewerkschaften, die unerläßliche Voraussetzung für die Erhaltung politischer und sozialer Errungenschaften ist.

Es kann nicht bestritten werden, daß das Wiederaufleben unserer Wirtschaft Mehrproduktion, Steigerung der Arbeitsleistung auch durch Verlängerung der Arbeitszeit erfordert. Daneben muß man aber auch versuchen die Qualität der Arbeitskraft, die Leistungsfähigkeit und den Arbeitswillen der Arbeitnehmer mit allen Mitteln zu heben. Dazu trägt es nicht bei, wenn die Arbeitgeber in die schon in der Vorkriegszeit zum Teil überwundenen Gewohnheiten zurückfallen und die Arbeiterklasse von neuem dazu treiben den Staat zu negieren. Mit der Methode, die die Arbeitgeberverbände gegenwärtig anzuwenden belieben: die Löhne herabzudrücken und die Arbeitszeit *schematisch* zu verlängern, ist auf die Dauer nichts zu erreichen. Der Schematismus war bei der Festsetzung des Achtstundentags vom Übel, er ist es auch bei der Arbeitszeitverlängerung. Die Arbeiter müssen und werden bereit sein für den Staat und die Wirtschaft Opfer zu bringen, aber nur, wenn sie sehen, daß auch andere Kreise, besonders die Unternehmer, opferbereit sind. Man sollte sich auch in den Kreisen der Unternehmer darüber klar sein, daß man mit einer verbitterten, in ihren innersten Gefühlen verletzten Arbeiterschaft nichts anfangen kann. Das Interesse der Wirtschaft verlangt, daß der Arbeiter arbeitsfreudig und arbeitsfähig erhalten, sein Realeinkommen erhöht wird, weil nur durch eine kaufkräftige Arbeiterklasse Absatzkrise, Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden Erschütterungen des Wirtschaftslebens behoben werden können. Nur auf solchem Grund kann es gelingen unsere Wirtschaft rasch wieder aufzubauen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Gewerbsteuer Das *preußische* Ministerium hatte dem Landtag am 21. September 1923 den Entwurf eines Gewerbesteuergesetzes vorgelegt mit der Bitte ihn möglichst bald zu erledigen. Da sich aber die parlamentarische Beratung verzögerte, hat die Regierung auf dem Weg der Verordnung den Gesetzentwurf, allerdings in wichtigen Punkten verändert, vorläufig in Kraft gesetzt und ihr dann am 16. Februar eine bereits vorher bei der Kommissionsberatung im Landtag angekündigte Ergänzungsverordnung folgen lassen. Es empfiehlt sich hier die wesentlichen Bestimmungen der Verordnung zu behandeln, vor allem auch mit Rücksicht darauf, inwieweit sie die Steuerautonomie der Gemeinden betreffen.

Der Bürgermeister Bucerus sagt (in seinem Neue Ziele der städtischen Finanzwirtschaft betitelten Beitrag zu Luther-Mitzlaffs Zukunftsaufgaben der deutschen Städte) von der Gewerbesteuer, daß nur ihre Gestaltung als reine Gemeindesteuer dem wirtschaftlichen Begriff der Selbstverwaltung gerecht werden könne. Die

vollkommene Freiheit der Gemeinden müsse in der autonomen Ausgestaltung dieser Steuer als Vorbild gelten. Denn man könne aus der Gewerbesteuer den höchsten Ertrag ohne Erdrückung der Steuerzahler nur auf dem Weg einer mannigfaltigen, jeder besondern Ortslage gerecht werdenden individuellen Ausgestaltung der Steuer erzielen. Außerdem aber beständen zwischen Gewerbesteuer und Gemeindeausgaben so enge wirtschaftliche Beziehungen, daß auch aus diesem Grund die Gewerbesteuer Gemeindesteuer bleiben müsse. Dieser enge wirtschaftliche Zusammenhang zwischen Steuerbetrag und den durch Vermittlung der Gemeinde befriedigten Bedürfnissen der Einwohner lasse sich gerade bei der Gewerbesteuer recht klar aufzeigen. Insofern nämlich die Gemeinde durch ihre Einrichtungen die Erhaltung der in den Betrieben tätigen menschlichen Arbeitskräfte fördere und sichere, also Teile des Unterhaltsbedarfs der Arbeiterfamilien in gewissem Umfang auf sich übernehme, entlaste sie den Arbeitgeber in der Lohnzahlung. Denn es sei für den Arbeitgeber jedenfalls günstiger und für die Volkswirtschaft sparsamer, wenn gewisse Bedarfsspitzen, wie Unterstützung in Notfällen, Pflege in Krankheitsfällen,

Unterricht der Kinder usw., durch die Gemeinde mit Hilfe der Steuern befriedigt würden, als wenn allgemein der Lohn aller Arbeiter so bemessen werden müßte, daß aus ihm unter allen Umständen auch der höchste in ihren Haushaltungen möglicherweise auftretende Spitzenbedarf gedeckt werden könne.

Der Entwurf vom September und die neue Verordnung stellen sich auf einen ganz andern Standpunkt. Allerdings, der Ertrag der Gewerbesteuer soll ganz den Gemeinden verbleiben; eine Beteiligung des Staates ist nicht geplant. Aber, wie die Motive ausführen, finanz- und wirtschaftspolitische Gründe fordern, daß die Steuern in ihren wesentlichen Grundlagen, namentlich was die Besteuerungsmerkmale und die Steuersätze, aber auch das Veranlagungsverfahren anlangt, einheitlich festgelegt werden. Bewegungsfreiheit soll den Gemeinden nur insoweit gelassen werden, als örtliche Besonderheiten sie unbedingt erforderlich erscheinen lassen. Begründet wird diese Aufhebung der Steuerautonomie der Gemeinden auch auf diesem Gebiet mit der Notwendigkeit die Wirtschaft »pfleglich zu behandeln« und mit der Rücksicht auf die Einheitlichkeit des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die Gründe sind so allgemein und inhaltlos, daß sich mit ihnen schließlich alles begründen läßt.

Die uneingeschränkte Steuerautonomie der Gemeinden hat eine sehr verschiedenartige Gewerbesteuerung und manchmal willkürliche und ungerechte Ergebnisse zur Folge gehabt. Gewiß haben sich ferner die Gemeinden, wie die Motive hervorheben, bei der Wahl der Steuermerkmale von dem Gesichtspunkt leiten lassen das Ertragreichste zur Anwendung zu bringen. Aber das ist doch sicher ihr gutes Recht und eine durchaus gesunde Finanzpolitik.

In Zukunft wird die Gemeindegewerbesteuer nur noch nach 2, richtiger 3 Merkmalen veranlagt werden können: nach dem Gewerbeertrag und nach dem Gewerbekapital. Doch kann an Stelle des Gewerbekapitals auf Beschluß der Gemeinde auch die Lohnsumme treten. Der Gewerbeertrag wird nach den Bestimmungen des Reichseinkommensteuergesetzes festgestellt. Doch dürfen nicht abgezogen werden die Zinsen für das Gewerbekapital und für Schulden, die zwecks Anlage und Erweiterung des Geschäfts, Verstärkung des Betriebskapitals aufgenommen sind, sowie der Pachtzins für gemietete und gepachtete Grundstücke, Gebäude, Räumlichkeiten und

Betriebsmittel, die dem Gewerbebetrieb dienen. Ebensowenig können die Bezüge der Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaften und der anderen Gesellschaftsformen für die einer Gesellschaft geleisteten Arbeiten und Dienste abgezogen werden. Diese Abweichungen vom Reichseinkommensteuergesetz sind darin begründet, daß der Charakter der Objektsteuer gewahrt bleiben soll. Das Gewerbekapital umfaßt sämtliche dem Gewerbebetrieb gewidmeten Werte; dazu gehört auch der Miet- und Pachtwert der gemieteten und gepachteten Grundstücke, Räumlichkeiten und Betriebsmittel, die dem Gewerbebetrieb dienen. Für seine Bewertung gelten die Vorschriften der Reichsgesetze über die Bewertung des Vermögens bei der Veranlagung zur Vermögenssteuer. Die Lohnsumme wird nach Maßgabe sämtlicher Löhne und Gehälter ermittelt, die an die im Betrieb beschäftigten Arbeiter gezahlt werden. Tantiemen, Gratifikationen, freie Wohnung, Verpflegung und alle sonst gewährten Vergütungen und Gegenleistungen gelten als Lohn oder Gehalt.

Der Steuersatz nach dem Gewerbeertrag beträgt nach der Ergänzungsverordnung vom 16. Februar 1924 für den Teil des abgabepflichtigen Ertrags, der nicht größer ist als 2400 Goldmark, 1%, für einen weitem Teil des Ertrags bis zum 1½fachen dieses Betrags 1½% und für den darüber hinausgehenden Teil 2% des abgabepflichtigen Ertrags. Beim Gewerbekapital beträgt der Steuersatz 1‰ für den Teil, der das 5fache des genannten Betrags nicht übersteigt, 1½‰ für den darüber hinausgehenden Teil. Wird neben der Steuer nach dem Ertrag noch eine Steuer nach dem Gewerbekapital erhoben, so erhöht sich, falls der Ertrag 50% des Gewerbekapitals überschreitet, die Steuer nach dem Ertrag für jede angefangenen 25% um ein, höchstens jedoch um vier Viertel. Der Steuersatz nach der Lohnsumme beträgt 1‰ der Lohnsumme. Wird eine solche Steuer neben der Steuer nach dem Ertrag erhoben, so kann der Steuersatz nach dem Ertrag ebenfalls erhöht werden, und zwar für jede angefangenen 50% um ein, höchstens jedoch um vier Viertel, wenn er 100% der im letzten Kalenderjahr gezahlten Lohnsummen überschreitet. Die Gemeinden können nun zu den Steuergrundbeträgen Prozentschläge machen. Diese sollen in der Regel gleichmäßig sein, ob nun die Steuer nach dem Kapital oder der Lohnsumme oder nach dem Ertrag erhoben wird. Doch sind Abweichungen bis zum

Doppelten gestattet. Eine verschiedene Abstufung der Zuschläge ist ferner gestattet für Versicherungsbanken, Kredit- und Warenhandelsunternehmen, die im Gemeindebezirk, ohne in ihm ihren Hauptsitz zu haben, Betriebsstätten unterhalten (Zweigstellensteuer), sowie für Betriebe der Gastwirtschaften und Schankwirtschaften, sowie des Kleinhandels mit nichtdenaturiertem Spiritus (Schankgewerbesteuer). Doch dürfen die Zuschläge um nicht mehr als 20 % über die von der Gemeinde sonst festgesetzten Zuschläge hinausgehen.

Die Veranlagung erfolgt für den Kreis als Veranlagungsbezirk durch den Gewerbesteuerausschuß, dessen Vorsitzender von den zuständigen Ministern ernannt wird. Die Mitglieder des Steuerausschusses werden zum Teil von der Kreisvertretung, in Stadtkreisen von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf 3 Jahre gewählt, zum andern Teil von den zuständigen Ministern oder den von ihnen beauftragten Behörden nach Anhörung der amtlichen Berufsvertretung ernannt. Für die Erhebung der Steuer gelten die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes. Wichtig ist noch die Vorschrift des § 52. Er regelt die Verpflichtung der Betriebsgemeinde zu Leistungen an Wohngemeinden. Wohnen nämlich in der Wohngemeinde mehr als 20 Lohnsummenempfänger (1), die in einer andern Gemeinde, der Betriebsgemeinde, beschäftigt sind, so hat diese der Wohngemeinde aus den ihr regelmäßig zufließenden Vorauszahlungen an Kapitalsteuer oder Lohnsummensteuer einen Anteil zu entrichten. Seine Größe richtet sich nach dem Verhältnis, in dem die Zahl der Lohnsummenempfänger der Wohngemeinde zur Gesamtzahl der Lohnsummenempfänger in der Betriebsgemeinde steht. Über die Höhe der Zahlung und die Art der Verrechnung können die Gemeinden Vereinbarungen treffen. Über Streitigkeiten zwischen ihnen beschließt der Kreis Ausschuß, und, sofern eine Stadtgemeinde beteiligt ist, der Bezirksausschuß, endgültig. Durch diese Bestimmung soll der § 53 des Kommunalabgabengesetzes überflüssig werden. Auf jeden Fall wird er nach Artikel 2 gestrichen. Nach den Motiven zu dem Septemberentwurf soll sich diese Zerlegung der Lohnsummensteuer aus dem Grundgedanken dieser Steuerform rechtfertigen, »daß die Belastung bezüglich dieser Arbeitnehmer in der Hauptsache die Wohngemeinde treffe«. Nach der Novemberverordnung wird aber der Wohngemeinde nicht nur an der Lohnsummen-

steuer sondern auch an der Kapitalsteuer ein Anteil gewährt. Die Begründung reicht also für die neue Formulierung nicht aus. Man mag über die Verpflichtung von Betriebsgemeinden an Wohngemeinden Leistungen zu gewähren sehr verschieden denken, auf jeden Fall ist die vorgeschlagene Regelung sehr roh. Allein die Tatsache, daß in einer Gemeinde 20 Lohnsummenempfänger wohnen, die in einer andern Gemeinde beschäftigt sind, genügt, um die Beitragspflicht zu statuieren, ganz ohne Rücksicht darauf, ob durch das Wohnen dieser 20 Personen der Gemeinde auch wirklich ein Mehraufwand irgendwelcher Art entstanden ist. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Vorschrift zu schweren Mißbräuchen führen wird.

Erwerbslosen- Die Reichsverordnung über
fürsorge die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923, abgeändert durch die Verordnung vom 13. Februar 1924, will das Reich und die Länder, die bisher mit zehn Zwölfteln an den Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge beteiligt waren, von diesen Kosten, die ins ungeheuerliche angewachsen sind, möglichst weit befreien. Es sollen daher zwei Drittel der notwendigen Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises und der notwendige Aufwand der Erwerbslosenfürsorge, soweit er nicht von der Gemeinde getragen wird, durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht werden. Jede Partei trägt die Hälfte. Die Errichtungsgemeinde des öffentlichen Arbeitsnachweises beträgt ein Drittel des notwendigen Aufwands für diesen und ein Neuntel des Aufwands der Erwerbslosenfürsorge im Bezirk des Arbeitsnachweises. Bisher hatten die Gemeinden zwei Zwölftel der Lasten der Erwerbslosenfürsorge, die Unkosten für den Arbeitsnachweis dagegen ganz zu leisten. Reich und Länder werden nur dann Beihilfe leisten, wenn die Höchstleistungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (3 % des Grundlohns) und der Gemeinden zur Deckung des notwendigen Aufwands zeitweise nicht ausreichen. Sie sind erst dann zur Beihilfe verpflichtet, wenn wenigstens 2 Wochen hindurch die Höchstbeiträge erhoben worden sind. Die Verordnung bringt also für die Gemeinden nur eine unbedeutende Erleichterung, insofern an den Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises nunmehr auch die Interessenten beteiligt werden. Die Bezirke mehrerer öffentlicher Arbeitsnachweise können zu einer Gefah-

rengemeinschaft für die Aufbringung der Mittel zusammengeschlossen werden, und die Oberste Landesbehörde kann auch ohne Antrag der Gemeinde eine solche Gefahrgemeinschaft bilden. Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden vom Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises für seinen Bezirk in Bruchteilen des Grundlohns festgesetzt. Der Verwaltungsausschuß bestimmt ferner, was nach Art, Höhe und Dauer der Unterstützung innerhalb der vom Reichsarbeitsminister erlassenen Anordnungen in seinem Bezirk zu gelten hat. Nach der Verordnung vom 15. Oktober 1923 sollte der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises über Unterstützungsgesuche, über Beschwerden der Verwaltungsausschuß endgültig entscheiden. Diese Vorschriften veranlaßten den Deutschen Städtetag zu einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium und das preußische Wohlfahrtsministerium, worin er die Regelung der Verantwortlichkeit und des Einflusses der Gemeindeorgane energisch anfocht. Er behauptete, daß nach der Verordnung die verfassungsmäßigen Organe der Gemeinde vollständig ausgeschaltet seien. Das war nicht ganz richtig, da ja der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses ein Gemeindebeamter ist, und er die Unterstützungen festsetzt. In der Hauptsache aber legte die Eingabe den Finger auf einen schweren Mißstand. Die Sorge für eine häusliche Verwendung der verfügbaren, beschränkten Mittel lassen es als wünschenswert erscheinen, wenigstens solange Mittel der Gemeinde in größerem Umfang aufgewendet werden, den Verwaltungsausschuß nicht ganz unabhängig vom Gemeindevorstand über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung schalten und walten zu lassen. Der Städtetag beantragte daher den Verwaltungsausschuß dem Gemeindevorstand zu unterstellen und diesem das Recht zu übertragen nach Anhörung des Verwaltungsausschusses die notwendigen Bestimmungen über die genannten Punkte zu erlassen. Der alte Streit zwischen der wirtschaftlichen und der kommunalen Selbstverwaltung, der die Verhandlungen über das Arbeitsnachweisgesetz so schwierig gestaltete, wurde hier wieder aufgenommen und, wie damals, stützten die Gemeinden ihre Forderung nach größeren Rechten in erster Linie auf das öffentliche Interesse an einer sparsamen Finanzwirtschaft. Damals glaubte man über ihre Argumente hinwegsehen zu können. Diesmal sind sie wesentlich stärker ins Gewicht gefallen, aus deshalb, weil die

zentralen Stellen mit den Entscheidungen einzelner Verwaltungsausschüsse und ihren finanziellen Wirkungen recht ungünstige Erfahrungen gemacht hatten. Die Verordnung vom Februar hat daher die Anregungen des Städtetags angenommen. Nunmehr kann der Vorstand der Gemeinde, wenn er es zur Wahrung der öffentlichen Interessen für erforderlich hält, dem Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge, insbesondere für die Entscheidungen über die Unterstützungsgesuche, bindende Weisung erteilen. Doch soll vorher der Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises gehört werden. Es ist also nicht seine Zustimmung notwendig. Es können nun Konflikte zwischen dem Verwaltungsausschuß und dem Vorsitzenden des Arbeitsnachweises entstehen, da dieser an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden ist. Die Verordnung sucht diese Konflikte, die bei der Entscheidung über Unterstützungsgesuche eintreten können, wie folgt zum Austrag zu bringen. Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden ist Beschwerde beim Verwaltungsausschuß zulässig. Tritt dieser dem Vorsitzenden nicht bei, so geht die Sache an die Oberste Landesbehörde oder die von ihr bezeichnete Stelle zur Entscheidung. Gegen diese gibt es kein Rechtsmittel.

Tuberkulosen- Zwischen der Stadt *Berlin*
fürsorge und der Landesversicherungsanstalt Berlin ist eine Vereinbarung über die künftige Gestaltung der Tuberkulosenfürsorge geschlossen worden. Für jeden Verwaltungsbezirk soll eine Tuberkulosenfürsorgestelle eingerichtet werden, deren Arbeitsform so auszubilden ist, daß ihre Benutzung allen möglich ist. Die fürsorgebedürftige Bevölkerung wird so auf die beiden Vertragsschließenden verteilt, daß zur Fürsorge der Landesversicherungsanstalt die invaliden Rentenbezieher, die gegen Invalidität Versicherten und die Kinder aus versicherten oder rentenbeziehenden Familien entfallen. Die Fürsorge aller übrigen Personen fällt der Stadt zu. Die vorhandenen 22 städtischen und 2 städtisch unterstützten Fürsorgestellen bleiben bestehen. Die Landesversicherungsanstalt richtet 2 neue ein und wird in den Fürsorgestellen von 4 Verwaltungsbezirken für ihre Angehörigen eigene Sprechstunden einrichten. Die Anstalt leistet der Stadt Berlin einen angemessenen Kostenzuschuß. Zuwendungen Dritter werden zwischen den beiden Vertragsschließenden nach einem bestimmten

Schlüssel aufgeteilt. Die Mindestleistungen, die gewährt werden, sind Untersuchung und fortlaufende ärztliche Beobachtung aller Angehörigen eines Tuberkulosefalls, soweit nicht ausreichend kassenärztlich versichert, durch einen fachärztlich ausgebildeten Fürsorgearzt unter Anwendung aller wissenschaftlich erprobten Untersuchungsmethoden, monatlicher Besuch durch ausgebildete Fürsorgeschwestern bei sämtlichen offenen Tuberkulosefällen auf mindestens Jahresdauer, Bearbeitung der Anträge bei Fürsorgemaßnahmen, Heilverfahren usw., leihweise Überlassung von Betten an unbemittelte Tuberkulose, Lieferung von Speiflaschen und Desinfektionsmitteln, Wohnungsdesinfektion bei Wohnungswechsel und Todesfall, Führung einer laufenden Übersicht über im Bezirk festgestellte Tuberkulosefälle.

Totenliste Am 3. November 1923 starb in Berlin Genossin *Gertrud Zucker*, im Alter von 54 Jahren. Sie hatte als Leiterin des Landesarbeitsamts Berlin an so verantwortungsvoller Stelle gestanden wie nur wenige Frauen. In ihrer Tätigkeit hat sie aus kleinen Anfängen heraus einen ununterbrochenen geradlinigen Aufstieg erlebt. Es ist, als ob das Schicksal selbst ihr ihren Weg gewiesen hätte. Schon in ihrer Jugend reifte in ihr der Gedanke, wie man den Schäden der privaten Stellenvermittlung abhelfen könnte, die sie in eigener Anschauung kennengelernt hatte. Mit klarem Blick erkannte sie, daß die Arbeitsvermittlung der privaten Interessensphäre entrückt und zur kommunalen Aufgabe werden müsse. Aus kleinen Anfängen gründete sie den ersten öffentlichen Arbeitsnachweis, zunächst für weibliches Hauspersonal in Charlottenburg. Er fand bald in anderen Orten Nachahmung. Nun vertraute man ihr die schwierige Aufgabe der Kriegshinterbliebenenfürsorge an, die in enger Verbindung mit ihrem eigentlichen Arbeitsgebiet stand. Dann wurde sie zur Leiterin des Landesarbeitsamts berufen. *Gertrud Zucker* arbeitete in ihrer Stellung mit äußerster Hingabe und Selbstverleugnung. In die Zeit ihrer Wirksamkeit fiel die Periode schwerster Arbeitslosigkeit, für deren Bekämpfung sie bis zu ihrem Tod immer neue Mittel ausfindig zu machen suchte. Ihr besonders ist die systematische Einrichtung von Umschulungskursen von den Arbeitsnachweisen aus zu verdanken. In den letzten Jahren wirkte sie auch als Stadtverordnete. In ihrer Tätigkeit wie in ihrem allen Hilfs-

bedürftigen gewidmeten Leben war sie im schönsten Sinn Frau; in ihrer Arbeit ließ sie ihr heißes Herz stets neben ihrem klaren Verstand sprechen.

Anfang Dezember starb in Berlin-Lichterfelde der frühere Magistratsrat *Franz Kremski*, 65 Jahre alt. Er hatte lange in der Berliner Steuerverwaltung gearbeitet und galt als besonderer Kenner des Gemeindesteuerrechts.

Am 3. Januar 1924 starb an den Folgen eines Schlaganfalls im 67. Lebensjahr in Hamburg dessen Erster Bürgermeister *Arnold Diestel*, fast 67 Jahre alt. Durch seinen Tod wurde Hamburg eines seiner hervorragendsten Staatsbeamten beraubt, eines Mannes, der vor allem für die Finanzfragen fast unersetzlich ist. Wie sehr er geschätzt wurde, das geht aus der Tatsache hervor, daß man ihn auch nach der Revolution von 1918 von neuem in den Senat hineinwählte, während dieser im übrigen meist nach parteipolitischen Rücksichten orientiert wurde. Im Februar 1920 wählte ihn der Hamburger Senat zum Ersten Bürgermeister. *Diestel* hat nach dem Zeugnis aller, die mit ihm arbeiteten, auch unter den ihm politisch fernstehenden Senatsmitgliedern in vorbildlich sachlicher Weise gearbeitet; sein Tod wird von allen Seiten gleich schmerzlich empfunden.

Am 5. Januar starb am Herzschlag der Dortmunder Stadtrat *Fritz Jungesblut*, 58 Jahre alt. Er gehörte der Sozialdemokratie an und hatte dort wie in der gewerkschaftlichen Bewegung stets hervorragende Posten bekleidet. Er war Mitglied des Gesamtvorstands im Bergarbeiterverband sowie Knappschafts- und Vorstandsstältester.

Am 11. Januar starb in Köln-Marienburg der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln *Wilhelm von Becker* in seinem 89. Lebensjahr. *Becker* war von 1886 bis 1907 Leiter des städtischen Gemeinwesens, nachdem er schon vorher als Bürgermeister von Zeitz, von Halberstadt, Essen und Düsseldorf seine hervorragenden Fähigkeiten in der Praxis bewährt hatte. In Köln übernahm er von seinem Amtsvorgänger die Vollendung der ersten Stadterweiterung und führte dann im Zusammenhang mit ihr die Eingemeindung der Kölner Vororte durch. Diese beiden Ereignisse haben der modernen Entwicklung der Stadt die Bahn frei gemacht. Kölns Einwohnerzahl wuchs während der Amtszeit *Beckers* von 278 500 auf 451 372. Die Ausgestaltung der Hafen- und Werftanlagen, die Errichtung des großen Schlacht- und Viehhofs und die dadurch bewirkte vollstän-

dige Umgestaltung des Vieh- und Fleischwesens, der Bau der Hauptmarkthalle und die Anlage des Stadtwalds sind auf wirtschaftlichem und hygienischem Gebiet, die Gründung der Handelshochschule und der Akademie für praktische Medizin auf kulturellem Gebiet die Marksteine in der Geschichte der Beckerschen Verwaltung. An der raschen Entwicklung Kölns hat die tatkräftige und weitblickende Persönlichkeit Beckers einen großen Anteil. Becker verstand es auch durch Reorganisation der Finanzen die Grundlage zu schaffen, auf der sich das wachsende Gebäude der städtischen Verwaltung erheben konnte. Die Stadt ehrte seine Tätigkeit, indem sie ihn an seinem 70. Geburtstag zu ihrem Ehrenbürger ernannte.

Am 16. Januar starb in Berlin ganz plötzlich der 2. Bürgermeister *Adolf Ritter*, im Alter von 53 Jahren. Sein Bürgermeisteramt hat er ungefähr 3 Jahre lang bekleidet, während er schon seit 1917 als sozialdemokratischer Stadtverordneter wirkte. Er war ursprünglich Schneidergeselle, trat aber schon früh in der Gewerkschaftsbewegung hervor, bis er Gewerkschaftssekretär in Berlin wurde. Wie auf diesem Posten, so zeichnete sich Ritter auch als Bürgermeister durch Geradheit aus; es wird ihm nachgerühmt, daß er auch in einer Zeit, da die sozialdemokratischen Führer und Beamten übertriebenen Forderungen der Arbeiter kaum entgegenzutreten wagten, solchen Mut bekundet hat.

Kurze Chronik Die Mitglieder der Großen Koalition in *Preußen* haben einen Initiativantrag über die Festsetzung des Wahltags für die neuen allgemeinen Gemeindevahlen und über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindevahlrechts eingebracht. ◊ Der preußische Landtag hat das Staatsministerium zur Erwägung aufgefordert, wie auf gesetzlichem Weg die produktive Ausnutzung der *städtischen Abwässer* für Zwecke der Landwirtschaft erreicht werden kann. Auf Grund dieses Beschlusses hat eine Umfrage bei den Regierungspräsidenten über die Ausnutzung der städtischen Abwässer für diese Zwecke stattgefunden. ◊ Anfang Januar machte eine Reihe deutscher Kommunalpolitiker eine *Studienreise nach Wien*, vor allem um den Einfluß der Währungsstabilisierung auf verschiedene kommunalwirtschaftliche Probleme zu studieren. An der Reise beteiligten sich unter anderen Oberbürgermeister Mitzlaff als Vertreter des Deutschen Städte-

tages, Oberbürgermeister Luppe /Nürnberg/, Stadtkämmerer Karding /Berlin/, Oberbürgermeister Lueken /Kiel/ als Vertreter des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik.

Literatur Die *sächsische Landesstelle für Gemeinwirtschaft* hat ihren Jahresbericht für 1923 erstattet. Dieser verbreitet sich zuerst über die Organisation und Arbeitsweise der Stelle, dann über die Arbeiten im Jahr 1923, die sich um die Regelung der Elektrizitätsversorgung und der Gasversorgung sowie die Wasserwirtschaft drehen. Der Landesstelle ist auch die Untersuchung der Verhältnisse auf dem Baumarkt und des Kleinwohnungswesens zugewiesen. Die gemeinwirtschaftliche Regelung der Heilmittelversorgung wurde im Berichtsjahr wesentlich gefördert. ◊ Der Sammlung von Steuerverordnungen, die der Stadtrat Gustav Brumby und der Stadtmann Heinrich Gattringer unter dem Titel *Berliner Steuerekodex* herausgegeben haben /Berlin, Spaeth & Linde/, geht eine systematische Darstellung voraus, in der die einzelnen Steuerordnungen behandelt werden. Der Inhalt solcher Sammlungen wird durch die Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in der Regel sehr schnell überholt. Diesem Schicksal ist auch das vorliegende Buch nicht entgangen.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Okkultismus Bei der Kritiklosigkeit, mit der weite Kreise in Deutschland der sogenannten Geisteswissenschaft Rudolf Steiners gegenüberstehen, sind Darstellungen vom Wesen und Ursprung dieser pseudowissenschaftlichen Bewegung von großem Wert. Es ist daher ein wirkliches Verdienst des Verlags Perthes in Gotha in seiner Schriftenreihe neuerdings ein Heft herausgebracht zu haben, das vortrefflich geeignet ist bei aller Sachlichkeit eine kritische Haltung zu dieser Modephilosophie der Halbgebildeten wachzurufen. Das von Hans Leisegang verfaßte Heft trägt den Titel *Die Geheimwissenschaften* und gliedert sich in 2 Teile, deren 1. vom wissenschaftlichen Okkultismus handelt, während der 2. dem gläubigen Okkultismus gewidmet ist, wobei insbesondere auf den Spiritismus und die Theosophie nebst der Anthroposophie Steiners als auf die wichtigsten Abarten des gläubigen Okkultismus eingegangen wird. Es seien in Anbetracht

der oben gekennzeichneten geistigen Lage einige wichtige Gedanken und Tatsachen aus der kleinen Schrift wiedergeben. Der Okkultismus, ursprünglich die Bezeichnung für die Beschäftigung mit den der sinnlichen Wahrnehmung, der Naturforschung und dem Experiment unzugänglichen, verborgenen oder geheimen Kräften, die in Welt und Menschenleben wirken, bezeichnete bereits im Altertum daneben die in den Geheimkulten (Mysterien) überlieferten Lehren. In der Gegenwart tritt er in doppelter Form auf: als Wissenschaft und als Glaube. Der Okkultismus als Wissenschaft unterscheidet sich von dem Okkultismus als Glauben sowohl sachlich in der Behandlungsart der okkulten Erscheinungen als auch im Gebaren seiner Vertreter. Der wissenschaftliche Okkultist beginnt seine Arbeit nicht mit einer Hypothese sondern verfolgt den Weg der naturwissenschaftlichen Forschung, deren Wesen darin besteht, daß jede neu auftretende unbekannte Erscheinung, zum Beispiel Tischrücken, Hellsehen, Telepathie, Mediumismus und dergleichen, auf bekannte zurückgeführt und so aus dem uns zur Verfügung stehenden Wissen durch Einordnung in den kausalen Zusammenhang des bisher erforschten Gesamtgeschehens erklärt wird. Die psychische Einstellung des wissenschaftlichen Okkultisten, der den Okkultismus als Wissenschaft von den metapsychischen und parapsychischen Erscheinungen auffaßt, ist die selbe wie die eines jeden Gelehrten überhaupt. Ihr wesentliches Kernstück ist die Überzeugung, daß die Zurückführung der bisher unerklärbaren Erscheinungen auf bekannte Tatsachen und Gesetze im Prinzip möglich ist, und daß sie, wenn sie auch uns noch nicht gelingen sollte, doch einer weitem, durch Generationen fortgesetzten systematischen Arbeit gelingen wird. Ganz anders steht der gläubige Okkultist dem selben Gebiet gegenüber. Seine typische Einstellung ist dann entstanden, wenn er sich entschlossen hat die noch nicht erklärten okkulten Erscheinungen durch eine Hypothese, nämlich daß sie die Wirkungen von Geistern seien, erklärbar zu machen. Dieses Bekenntnis zur Geisterhypothese ist nach seiner psychischen Struktur nicht, wie bei der wissenschaftlichen Einstellung, eine vorläufige Hilfskonstruktion, sondern ein einmal vollzogener Glaubensakt. Geboren aus dem Gefühl innerer Haltlosigkeit, der Sehnsucht nach Erkenntnis der tieferen Zusammenhänge des Daseins und einer sensiblen Anlage, die durch alles

Geheimnisvolle wie mit magischer Gewalt angezogen wird, führt der Glaube an die Bedeutung der okkulten Erscheinungen und die als deren Ursache postulierte Geisterwelt zu einer erstaunlichen Kritiklosigkeit. Dazu gesellt sich meist ein fanatischer Haß gegen alle, die an die Geisterhypothese nicht glauben. Zur Kampfstellung gegen die Wissenschaft tritt beim typischen Okkultisten ferner das ständige sich Sonnen in dem Bewußtsein ein höheres Wissen als alle anderen Menschen zu besitzen, ein Überlegenheitsgefühl, das die sachliche Diskussion gänzlich unfruchtbar gestaltet. Da nun die Träger okkultur Fähigkeiten, die Medien, Hellseher, Magnetisierer, die in der Regel weiblichen Geschlechts sind und außerdem von Hause aus wenig oder gar keine wissenschaftliche Bildung mitbringen, fast alle zuerst in die Atmosphäre des gläubigen Okkultismus geraten, werden sie hier für eine unbefangene Selbstbeobachtung und ein nüchternes wissenschaftliches Experimentieren gründlich verdorben. Die Erwartungen, mit denen man ihnen in den okkultistischen Zirkeln entgegnet, übersteigen in der Regel ihre tatsächlichen Leistungen oder machen noch höhere wünschenswert. Der Versuch die Fähigkeiten so zu steigern, daß sie den auf sie gesetzten Hoffnungen entsprechen, führt in der schon an sich gläubigen Umgebung rasch zum unbewußten und dann zum bewußten, mit raffinierter Ausnutzung der vorgefundenen Situation betriebenen Schwindel. Während sich in anderen Ländern, besonders in Frankreich, England und Amerika, die Wissenschaft schon früh mit den okkulten Erscheinungen beschäftigt und viel Material über sie gesammelt hat (einen Überblick über den gegenwärtigen Stand gibt Konstantin Oesterreich in seiner Schrift *Der Okkultismus im modernen Weltbild* /Dresden, Sibyllenverlag/), hat sich in Deutschland, vermutlich unter dem lange Zeit richtunggebenden Einfluß Wilhelm Wundts und seiner Schule, die offizielle, besonders die an den Universitätsinstituten betriebene psychologische Forschung den parapsychischen Erscheinungen gegenüber bis in die Gegenwart herein sehr zurückgehalten. Bei Wundt selbst hat zu dieser Haltung offenbar sein persönliches Erleben von der Entlarvung des in den siebziger Jahren auch in Deutschland die Gelehrtenwelt stark beschäftigenden amerikanischen Mediums Henry Slade beigetragen, in dessen Fähigkeiten der Leipziger Astrophysiker Fr. Zöllner

eine Bestätigung der Existenz 4dimensionaler Wesen zu finden geglaubt hatte. Zöllner verwertete nämlich seine mit Slade angestellten Beobachtungen in einer neuen "Transzendentalphysik" und "Transzendentalphysiologie", die unter anderem auch bei Fechner Anklang fand, und als Wundt dagegen auftrat, schien die gleichzeitig erfolgende Entlarvung Slades als eines Schwindlers Wundts grundsätzlich ablehnender Haltung gegen den "wissenschaftlichen Okkultismus" recht zu geben. So wirkte sich in Deutschland das Interesse am wissenschaftlichen Okkultismus zunächst mehr innerhalb der nicht von zumftmäßigen Psychologen betriebenen Forschung aus (siehe Rudolf Tischner, Über Telepathie und Hellsehen /München, J. F. Bergmann/, Waldemar von Wasielewski Telepathie und Hellsehen /Halle, C. Marhold/, A. Freiherr von Schrenck-Notzing Materialisationsphänomene /München, E. Reinhardt/ und Physikalische Phänomene des Mediumismus. Studien zur Erforschung der telekinetischen Vorgänge /München, E. Reinhardt/, Ludwig Staudenmaier Die Magie als experimentelle Naturwissenschaft /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/). Max Dessoir untersuchte in seinem Werk Vom Jenseits der Seele /Stuttgart, Ferdinand Enke/ die magischen Erscheinungen und Theorien vom rein philosophischen Standpunkt aus. Oesterreich gab in dem oben genannten Werk einen Überblick über die im Ausland angestellten Experimente mit den wichtigsten Medien der Gegenwart und regte zur Begründung eines Deutschen Zentralinstituts für Parapsychologie an. Und schließlich hat auch Hermann Graf Keyserling (Das Okkulte /Darmstadt, O. Reichl/) zur Frage des Okkultismus das Wort ergriffen und zu objektiver Stellungnahme ihm gegenüber geraten.

Spiritismus Von den gläubigen Okkultisten suchen die einen, die Spiritisten, die Geister zu veranlassen sich zu "materialisieren", so daß sie oder ihre Wirkungen der sinnlichen Wahrnehmung des normalen Menschen zugänglich werden. Die Theosophen und Anthroposophen hingegen schlagen nicht den Weg nach innen sondern den von innen nach außen ein. Sie gehen von dem Menschen aus, von dem sie annehmen, daß er eine substanziale Seele besitzt. Diese soll durch eine bewußt geübte Psychotechnik dahin gebracht werden die in ihr schlummernden Organe auszubilden, die zur Erfassung des Übersinnlichen allein befähigen. Ana-

log dem körperlichen Leib erhält der auf diese Weise auszubildende "astrale" Organismus Geistesaugen und Geistesohren, mit denen er die Erkenntnis der höheren Welten erlangt. Beide Methoden verraten deutlich die Übertragung der die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts beherrschenden materialistisch-naturwissenschaftlichen Weltanschauung auf das Gebiet des Geistes- und Seelenlebens. Wie demnach beide Richtungen, so sehr sie sich auch gegen einander abgrenzen oder befehlen, in ihrer materialistischen Grundeinstellung zu den okkulten Erscheinungen sachlich zusammengehören, so sind sie auch geschichtlich aus einander hervorgegangen, so zwar, daß sich aus dem Spiritismus die Theosophie, aus dieser die Anthroposophie entwickelt hat, ohne daß jedoch eine der 3 Lehren durch die andere wirklich überwunden worden wäre. So schätzt man die Anzahl der öffentlichen Anhänger des Spiritismus in allen Erdteilen auf 60 Millionen, die der sich mit spiritistischen Erscheinungen beschäftigenden Bücher auf 30 000.

Schon im Altertum waren die spiritistischen Erscheinungen bekannt. Tertullian erwähnt das Tischrücken als volkstümlichen Brauch zur Gewinnung von Orakeln. Der durch das Christentum aus dem öffentlichen Leben verbannte Geisterglaube lebte in Geheimzirkeln durch Jahrhunderte des Mittelalters und der Neuzeit fort, bis er in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts besonders im Gebiet der anglo-amerikanischen Zivilisation zu einer Bewegung wurde, die eine neue Entwicklung der spiritistischen Technik und der weltanschaulichen Deutung der spiritistischen Phänomene mit sich brachte. 1846 begann in New York der Hellseher A. J. Davies seine Vorträge, die in dem Diktat der in Trancezuständen erlangten Offenbarungen bestanden, und die in Buchform zahlreiche Auflagen erlebten. Zu rascher Berühmtheit gelangten die Medien Leah und Katie Fox durch ihren Verkehr mit Klopfgeistern. Man erfand zur Erleichterung des Verkehrs mit den Spirits den Psychographen (einen am Tischbein befestigten Griffel, der auf den Buchstaben des Alphabets hin und her tanzt) und das Spiritoskop (einen in der Mitte des Tisches angebrachten beweglichen Zeiger, der die am Rand des Tisches angebrachten Buchstaben zu Worten verbindet). Man ließ Schreibmedien aufzeichnen, was ihnen die Geister im Trance diktierten, und schließlich ließ man die Geister mit eigener Hand ihre Aufzeichnungen in

verschlossene Kästchen (Experiment des Barons L. v. Güldenstube Paris /1856/) oder auf ein unter Glas gelegtes Papier schreiben. So wurden bald zahllose Geisterschriften in den verschiedensten Sprachen der Welt und verschiedener Zeiten gewonnen. Die Kritik hob hervor, daß die Ausdrucksweise der Geister mit der des Barons von Güldenstube und seiner mediumistisch veranlagten Schwester die größte Ähnlichkeit habe. Den Höhepunkt erreichte der Spiritismus durch die Materialisationsversuche, die D. Douglas Home am Hof Napoleons III. anstellte, und durch die mit dem Medium Corner angestellten Versuche, die, während sie im Nebenzimmer des Versuchsraums angeblich gefesselt im Trance lag, den Geist der vor 200 Jahren verstorbenen englischen Hofdame Katie King leibhaftig erscheinen ließ, schließlich aber als Schwindlerin entlarvt wurde. In neuerer Zeit haben besonders die mit den Medien Helene Smith, Piper, Eusapia Palladino angestellten Versuche das Interesse der parapsychischen Forschung erregt und dem gläubigen Spiritismus neue Nahrung zugeführt. Diejenigen, die der Spiritismus in den auf ihn gesetzten Erwartungen enttäuscht hat, pflegen sich entweder der Theosophie oder der Anthroposophie zuzuwenden. Hier finden sie, was sie suchen, nämlich eine magisch-phantastische Weltanschauung, die sich selbst als Wissenschaft gibt, die dem Gelehrtentum der Gegenwart überlegen sein soll, dadurch den Gegensatz zwischen Wissenschaft und Okkultismus scheinbar aufhebt und es dem Geistergläubigen ermöglicht sich als Wissenschaftler und Okkultist zugleich zu fühlen. Da die Theosophie aber alle Weltreligionen in ihr System mit hineinarbeitet, wird hier auch der den Gegenwartsmenschen so stark belastende Gegensatz zwischen Wissenschaft und Religion aufgelöst, was allerdings nur dadurch gelingt, daß Wissenschaftlichkeit wie Religiosität ihres eigentlichen Wesens beraubt werden.

Theosophie Die Entstehung der Theosophie aus dem Spiritismus ergibt sich aus dem Lebensgang ihrer Begründerin Helene Blawatskij. Sie wurde im Jahr 1831 in Rußland geboren, war schon als Kind nervös und somnambul veranlagt, bildete sich nach 2 unglücklichen Ehen sowie nach jahrelangen Reisen durch Europa, Amerika, Ägypten und Indien als Medium aus, gründete 1870 in Kairo die Société spirite, danach in New York,

zusammen mit einem Oberst Olcott, den Miracle Club, aus dem 1875 die Theosophische Gesellschaft, mit dem Hauptquartier in Adyar /Indien/ hervorgegangen ist. Die Bewegung stand zunächst ganz im spiritistischen Fahrwasser. 1877 veröffentlichte Blawatskij das Werk *The Isis Unveiled*, in dem sie nachzuweisen suchte, daß das, was sie Theosophie nannte, und was in Wirklichkeit ein Gemisch aus Magie, Spiritismus und okkulten Wissenschaften darstellte, den gemeinsamen Kern der großen Weltreligionen und philosophischen Systeme aller Zeiten bilde. Sie behauptete durch ihre hellseherischen Fähigkeiten in den Besitz der mitgeteilten Erkenntnisse gekommen zu sein, die sie durch die in Indien und Tibet gewonnenen Berührungen mit okkulten tibetanischen Meistern, Morya und Kut Hermi, verbreiterte und in ihrem 1888 veröffentlichten Hauptwerk *Secret Doctrin* zusammenfaßte. Der von der Londoner Society for Psychical Research nach Adyar entsandte Sachverständige beurteilte nach 3monatigem Aufenthalt bei Blawatskij diese als die »gebildetste, sinnreichste und interessanteste Betrügerin, die die Geschichte aufzuweisen hat«. Nach ihrem 1891 erfolgten Tod trat ihre jüngste Schülerin, Annie Besant, an ihre Stelle, unter deren Einfluß gegenüber den indischen Grundlagen der Theosophie mehr die Bibel und das Christentum in den Mittelpunkt der Lehre gerückt wurden. Aus den »ätherischen Rekorden« glaubte man erforscht zu haben, daß Jesus und Christus 2 verschiedene Personen gewesen seien, daß ein großer Weltenlehrer erscheinen werde, der sich des Körpers eines nach Europa mitgebrachten Hinduknaben namens Krishnamurti bedienen würde. Der mit dem Knaben getriebene Kult führte zu einem Prozeß wegen Betrügerei, und in Deutschland war er die Veranlassung dazu, daß sich unter der Führung Rudolf Steiners, des damaligen Generalsekretärs der Deutschen Sektion der Theosophischen Gesellschaft, eine Opposition bildete, die sich noch vor dem drohenden Ausschluß aus der englischen Muttergesellschaft im Jahr 1913 als Anthroposophische Gesellschaft konstituierte und nunmehr unter Steiners Führung ihre eigenen Wege einschlug.

Anthroposophie Der von Steiner in seinem Buch *Die Geheimwissenschaft im Umriss* /Leipzig, M. Altmann/ niedergelegten Lehre sind mit den in Blawatskijs und Besants

Werken enthaltenen Lehren unter anderem folgende Bestandteile gemeinsam: Alle 3 suchen die hellseherischen Fähigkeiten der Seele durch eine Geheimschulung zu erwecken. Sie lehren auf Grund der von ihnen angeblich erlangten Fähigkeiten die 7gliedrige Natur des Menschen, der 7 Stufen des Naturreichs, 7 Stadien der kosmischen Entwicklung und 7 Menschheitskulturen entsprechen; dazu haben sie gemeinsam die Lehre von den 7 Wurzelrassen und besonders die vom Karma und von der Reinkarnation. Die Anthroposophie ist eine Lehre, nach der der Mensch durch 12 typische Weltanschauungsstufen (Materialismus, Sensualismus, Phänomenalismus, Realismus, Dynamismus, Monadismus, Spiritualismus, Pneumatismus, Psychismus, Idealismus, Rationalismus, Mathematismus) hindurch laufen kann. Dadurch, daß sich mit diesen 12 Weltanschauungsnuancen in allen möglichen Kombinationen 7 typische Seelenstimmungen vereinigen können, nämlich Gnosis, Logismus, Voluntarismus, Empirismus, Mystik, Transzendentalismus, Okkultismus, entstehen als Möglichkeiten 84 Arten von Weltanschauungen, und dadurch, daß wieder jede dieser Arten 3 typische »Tönungen« erhalten kann, nämlich Theismus, Intuitismus und Naturalismus, wird die Zahl der Möglichkeiten auf 252 erhöht, wozu endlich noch, als eine Sache für sich, der Anthropomorphismus kommt. Aufgabe der Anthroposophie soll es sein zwischen dem innern Widerstreit dieser Abarten durch synthetische Verarbeitung ihres relativen Wahrheitsgehalts Frieden zu stiften. Der Anthroposoph soll durch die Lehre gleichsam den Wahrheitswert der verschiedenen Weltanschauungen innerlich in sich erfahren. Dem physischen Kosmos soll ein geistiges Weltenall, die geistigen Konstellationen sollen den physischen in einer ganz bestimmten Weise entsprechen. In die der Anatomie zugängliche Gehirnhälfte rücken diejenigen Wirkungen des geistigen Kosmos herein, die von den »oberen Nuancen« ausgehen. Derjenige Gehirnteil hingegen, der nur bei Betrachtung des »Ätherleibs« sichtbar wird, ist vorzugsweise vom »untern Teil des Geisteskosmos« beeinflusst. »Unzählige Nuancen von Gehirntätigkeit kommen dadurch zustande, daß das Gehirn gleichsam im geistigen Kosmos »schwimmt«, und daß die Kräfte auf diese oben beschriebene Weise hereinwirken.«

Die Anthroposophie ist, wie alle ordnungsmäßig organisierten Lehrsysteme, eine

teils für die Öffentlichkeit teils für engere Anhängerkreise bestimmte Geheimlehre, wobei in dem Maß, wie nach innen zu die durch Übung erlangte Gläubigkeit zunimmt, verschiedene Grade, ähnlich wie bei den Freimaurern, erlangt werden. Die Anthroposophische Gesellschaft, nebst den an sie angegliederten Unternehmungen und Vereinigungen (zum Beispiel der Bund für freies Geistesleben und die von Rittelmeyer begründete Neue Christengemeinschaft), bildet den äußern Kreis dieser Geheimorganisation. Die Mitgliedschaft wird nach dem von Steiner selbst verfaßten Statut durch Meldung entweder beim Vorstand oder bei einer Vertrauenspersonlichkeit erworben. Die Mitgliedschaft wird nur durch den Zentralvorstand der 3 Gründer anerkannt. Der eigentliche Eintritt erfolgt jedoch erst nach Ableistung eines Vorbereitungskurses, der als nötig erachtet wird, »um den schwierigen internen Vorträgen folgen zu können«, und der den Beweis erbringen soll, daß die neuen Mitglieder die Wirkung der Vorträge »nicht durch irgendwelche Kritik beeinträchtigen werden«. Die in den engeren Kreisen, von deren Zusammensetzung die Mitglieder der äußeren Kreise nichts wissen, gehaltenen Vorträge übersteigen an Wunderbarkeit der Enthüllungen die Vorträge der für den äußersten Kreis bestimmten um so viel, wie diese jene für die breite Öffentlichkeit bestimmten übersteigen. Hinzu kommen die systematische Geheimschulung und die Ausgabe bestimmter Texte, über die der Geheimschüler meditieren soll. Einen innersten Kreis bildet die Mystica aeterna, deren Kern wiederum an eine andere okkulte Gesellschaft, einen Orden, angeschlossen ist. Die Angehörigen höherer Grade sind denjenigen niedriger Grade gegenüber zum unbedingten Schweigen über die spezifischen Geheimlehren verpflichtet, die demnach aus den für die breitere oder breiteste Öffentlichkeit bestimmten Schriften und Vorträgen nicht zu entnehmen sind.

Die Lehren, die Steiner seinen Anhängern übermittelt, stellen nach Leisegang in ihrer Gesamtheit das umfassendste und eigenartigste System okkulten Wissenschaften dar, das bisher geschaffen wurde. Griechische, insbesondere pythagoräische und neuplatonische Mystik, indische Theosophie, jüdische Kabbala, christliche Gnosis, Manichäismus, mittelalterliche Astrologie und Alchemie, die Geheimlehren der Rosenkreuzer, die Symbolik der Freimaurer, die theosophischen und okkulten Elemente in der

Philosophie Schellings, alles Mystische bei Goethe und noch vieles andere wurde hier verwendet. Eine strenge Ableitung aus den erwählten Quellen der Antike und des Mittelalters ist nicht möglich, da die Motive, die heute in Steiners Lehre lebendig sind, von ihm nicht unmittelbar aus den Quellen sondern aus anderen okkulten Schriften der neuern Zeit von sehr zweifelhaftem wissenschaftlichen Charakter entnommen sind, in denen bereits die Methoden und Gedankengänge der ursprünglichen Schöpfer dieser Ideen verwirrt waren.

Die weiteren ausgezeichneten Darlegungen der oben erwähnten Schrift Leisegangs beschäftigen sich noch mit der Darstellung und Kritik der Steinerschen Lehre im einzelnen, indem sie vor allem den Zügen mystischer Spekulation, die sie aufweist, nachgehen. Es wird auf die Rolle hingewiesen, die in der Lehre die »Devotion« als Grundstimmung der Anhänger spielt, und wie sich dies in der Art der Auslese der Jüngerschaft auswirkt. In diesem Zusammenhang wird mit Recht auf die große Bedeutung aufmerksam gemacht, die der ständigen, durch Lehre und Übung planmäßig gepflegten Wiederholung bestimmter Motive in suggestiver Hinsicht zukommt. Sodann wird noch die Rolle, die Schlaf und Traum in Steiners Lehre spielen, vom Standpunkt der wissenschaftlichen Traumpsychole aus einer Kritik unterzogen und besonders darauf hingewiesen, wie das regelmäßige rhythmische Einhängern der anthroposophischen Vorstellungswelt, das Schweigegebot und die immerwiederholte Darstellung dessen, was im Schlaf mit dem Mysten vor sich gehen soll, bei diesem zusammenwirken muß, um die gewünschten Traum-erlebnisse hervorzubringen, und wie sich schließlich auf diese Weise geradezu als typischer Zustand beim Anhänger der Steinerschen Lehre, besonders bei dem im Steinerschen Kreis bevorzugten weiblichen Jüngerelement, eine Art »geistiger Zerrüttung, völliger Kritiklosigkeit und Blindheit in allen Angelegenheiten, die unbefangenes Denken erfordern«, herausstellt. Als Kritik der in der Steinerschen Lehre als Wissenschaft ausgegebenen Erkenntnismethode macht Leisegang mit Recht darauf aufmerksam, daß wir es hier mit dem selben Zirkel zu tun haben, in dem sich alle gläubigen Okkultisten bewegen: »Erst eindringliche Suggestierung der "Tatsachen" aus der geistigen Welt, dann Einschlagen des Weges der Erkenntnis. Wir fragen: Woher die Tatsachen, die man zuerst

kennen lernen muß? Antwort. Sie wurden auf dem Weg der geisteswissenschaftlichen Erkenntnis gefunden. Woher der Weg der Erkenntnis? Er ergibt sich aus der Tatsache der geistigen Welt. Der Erkenntnisweg führt also dahin zurück, wovon er ausgegangen ist; das heißt, der Geheimschüler sieht das, was er nach dem Willen des Meisters sehen soll, und was er schon vorher zum mindesten in großen Zügen wußte, ehe er mit der Ausbildung seiner "seelischen Organe" begann.«

Für die geistige Bewegung unserer Zeit sind alle diese Strömungen nicht unwichtig und jedenfalls genau zu beachten. Sie stellen die Nutzbarmachung der höchsten Dinge für die geistig Armen dar: eine Populärmystik, die das Vordringen zu dem rational nicht zugänglichen Letzten ablenkt und in seicht-trübe Wasser führt, in denen herumzuplättschern dem oberflächlichen Gefühl Befriedigung verschafft. Wie der Aberglaube das Widerspiel jedes wahren Glaubens ist, so ist diese Art Geheimwissenschaft mit ihrem weiblich-unschöpferischen Wesen das Gegenteil der schöpferischen Ahnung um das Geheimnis; das persönliche Interesse lebt sich dabei gefällig aus, die Stimme der Dinge wird nicht gehört. Und daher sind diese Bewegungen ein Symptom unserer Zeit, das heißt einer Generation, die (vorläufig) an ihrer Aufgabe vorübergeht, die den Mut zum strengen Gesetz des Neuschaffens nicht aufbringt, vielmehr, indem sie zur Ausfüllung ihres Vakuums ständig nach "Neuem" sucht, immer am Alten kleben bleibt.

Totenliste

In Salem am Bodensee ist am 4. Oktober 1923 der hervorragende Schulmann *Karl Reinhardt* im Alter von 74 Jahren gestorben. Reinhardt wirkte seit 1886 an der Goetheschule in Frankfurt am Main, wo er unter Förderung seitens des fortschrittlichen Bürgermeisters Adickes seine Reform des alten Gymnasiums durchführte, die als sogenanntes Frankfurter System bald die Blicke der pädagogisch interessierten Welt auf sich lenkte und in allen deutschen Ländern trotz heftigen Widerständen Schule machte. Der heute in Thüringen viel umstrittenen Neuordnung des höhern Schulwesens im Sinn der Einheitsschule zum Beispiel liegt im wesentlichen dieses System zugrunde. Gefördert von Althoff und Matthias, wurde Reinhardt 1902 ins preußische Kultusministerium berufen, wo er die von ihm vertretenen

Reformideen mit Erfolg in Wort, Schrift und Tat propagieren konnte. Seine Schrift über die Frankfurter Lehrpläne /1892/, sein Buch Über die schriftlichen Arbeiten in den preußischen höheren Lehranstalten /1912/, ferner die Erläuterungen zu der Ordnung der Prüfung und zu der Ordnung der praktischen Ausbildung für das Lehramt an höheren Schulen in Preußen /1917/, endlich und vor allem die Schrift Die Neugestaltung des deutschen Schulwesens (siehe die Rundschau Psychologie, 1919 II, Seite 1237) haben den von ihm vertretenen Reformgedanken in der Schul- und Lehrerbildung viele Freunde gewonnen, wie auch der von Reinhardt im September 1919 in Eisenach gehaltene Vortrag über die Neugestaltung des deutschen Schulwesens in gleicher Richtung gewirkt hat. Reinhardt verließ 1919 das Ministerium, um sich von der Verwaltung wieder der lebendigen Erziehung zuzuwenden. Mit Mitteln, die ihm Prinz Max von Baden zur Verfügung gestellt hatte, gründete er in Salem am Bodensee eine Erziehungsanstalt, an der er in jugendlicher Frische bis zu seinem Tod wirkte.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften**

In der *Bildungsbücherei* des Verlags Friedrich Andreas Perthes in Gotha

sind einige neue Hefte erschienen, die die früheren Hefte in wertvoller Weise nach der Seite der Philosophie, Geschichtswissenschaft und Staatsbürgerkunde hin ergänzen. Eine Einführung in das moderne philosophische Denken gibt Ferdinand Weinbrandt. In die Probleme der modernen Geschichtswissenschaft führt Ernst Meister ein, der die Geschichtsschreibung und die Geschichtsphilosophie vorwiegend in ihrer Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts behandelt. Als Ergänzung zu seinem Heft Die deutsche Verfassung im Wandel der Zeiten wünscht der Hamburger Schulmann Adolf Hedler sein neues Heft Die Entwicklung der außerdeutschen Verfassungen aufgefaßt zu wissen, in dem besonders die Verfassungen von Japan, England, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Schweiz und Rußland in ihrer historischen Entwicklung und in gemeinverständlichen Übersichten dargestellt werden.

Kurze Chronik Die Vergleichung der Besucherzahlen an den *deutschen Hochschulen* im Jahr 1923 mit denen von 1914 zeigt, daß die Zahl der Medizinstudierenden sowie der in den Philosophischen Fakultäten ein-

geschriebenen Studierenden zurückgegangen ist. Zugenommen dagegen haben die Juristen, Volkswirte und Studierenden der angewandten Naturwissenschaften. Die Gesamtzahl der Studierenden ist jedoch gegen 1914 gewachsen. Jeder 30. männliche Einwohner Deutschlands im Alter von 19 bis 23 Jahren ist Student. ◊ Das *Ausländerstudium* an deutschen Hochschulen erstreckte sich im Sommersemester 1923 hauptsächlich auf die Gebiete Medizin und Zahnheilkunde (20 %), sowie auf Agronomie (15 %). Der relative Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Studierenden ist am stärksten in Berlin gewesen sowie an den sächsischen und thüringischen Hochschulen. Den 7200 Ausländern im Jahr 1914 standen 1923 13 200 gegenüber. ◊ An die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin sind nach Vereinbarung mit dem Auswärtigen Amt einjährige Fortbildungskurse für die Anwärter des *auswärtigen Dienstes* angegliedert worden. ◊ Im Jahr 1911 waren von den 899 *höheren Lehranstalten Deutschlands* 57 % Gymnasien und Reformgymnasien, 25 % Realgymnasien und Reformrealgymnasien, 18 % Oberrealschulen. Zu Beginn des Schuljahrs 1922-1923 waren von 1025 Vollanstalten 47 % Gymnasien, 31 % Realgymnasien, 22 % Oberrealschulen. Die Zahl der Gymnasien ist demnach in starkem Abnehmen begriffen, während die Zahl der Realgymnasien und Oberrealschulen ständig zunimmt. Die Realgymnasien bilden sich dabei meist zu Reformrealgymnasien um. Bayern ist heute das einzige größere Land, in dem die Zahl der Gymnasien (48) größer ist als die Gesamtzahl der Realgymnasien und der Oberrealschulen. Neuerdings sind zu den genannten Anstalten noch zirka 80 Aufbauschulen und sogenannte Deutsche Oberschulen getreten. ◊ In der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin ist eine *Tauschstelle für wissenschaftliche Literatur* eröffnet worden, die es Gelehrten und Studenten ermöglichen soll sich die für ihre Arbeiten notwendigen Bücher zu beschaffen, die sie der hohen Preise wegen nicht mehr im Buchhandel käuflich erwerben können. Der Tauschverkehr in der schönen Literatur beschränkt sich auf Werke, die vor 1800 zum erstenmal erschienen sind. Der Einlieferer eines Buchs erhält einen, auf einen Grundpreis lautenden Gutschein, für den er andere Bücher in der selben Preislage erwerben kann. Kauf gegen Barzahlung findet nicht statt. Eine überaus verdienstvolle Einrichtung, auf die nach-

drücklichst hingewiesen sei. ◊ In einem Sprache und Sprachreinigung betitelten Vortrag wandte sich Adolf von Harnack energisch gegen die Versuche der sogenannten Sprachreiner die *Fremdwörter* aus unserer Sprache auszumerzen. Harnack wies nach, daß das Fremdwort ein unentbehrlicher Exponent der Entwicklung sei, und zeigte an vielen Beispielen, daß die angeblichen Verdeutschungen in Wirklichkeit nur eine Verarmung der sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten und eine Verwirrung der Begriffe darstellen. ◊ Wegen der Herausgabe der Mappe *Ecce homo* von George Grosz war dieser selbst wie der Malikverlag, in dem die Zeichnungen erschienen, angeklagt. Die Verhandlung fand am 16. Februar vor dem Landgericht I in Berlin statt. Als Sachverständige hatten die Angeklagten den Reichskunsthaupt Edwin Redslob, Max Osborn und Maximilian Harden geladen; auch ein Gutachten Max Liebermanns war beigebracht worden. Selbstverständlich sprachen sich alle diese Gutachter für die künstlerische und sittliche Unantastbarkeit des Künstlers aus und hoben dessen hohe künstlerische Bedeutung hervor. Das hinderte das Gericht nicht die Angeklagten zu einer Geldstrafe von je 500 Mark zu verurteilen, da das Werk das »Scham- und Sittlichkeitsgefühl des normal empfindenden Menschen« verletze. Von den 84 in der Mappe enthaltenen Aquarellen sollen nach Gerichtsbeschuß 17, von den Aquarellreproduktionen 5 entfernt werden.

Literatur

Als wertvolle Literatur zur geistigen Bewegung kann man einen Band *Benedetto*

Croces Randbemerkungen zum Weltkrieg 1914 bis 1920 /Zürich, Amalthea-verlag/ anzeigen. Es sind kleinere Aufsätze und Abhandlungen aus den Jahren 1914 bis 1920 über Politik, europäische Kultur und italienische Verhältnisse. Es ist erfreulich zu sehen, wie dieser Denker inmitten der geistigen Verwirrung auf allen Seiten seinen klaren Kopf behält und seine Vornehmheit bewahrt.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Kulturphilosophie

Der große Reichtum unserer Zeit an philosophischen Gedankenströmungen und eigenartigen Problemstellungen zeigt sich nicht nur in einer Umformung der traditionell überlieferten philosophischen Disziplinen sondern auch in der Ent-

wickelung neuer Zweige am Baum der Philosophie. Einer dieser neuen Zweige ist die Kulturphilosophie, die, hervorgegangen aus der tiefempfundenen Problematik unserer Zeit, von sehr verschieden gearteten bedeutenden Denkern betrieben, sich nach verschiedenen Seiten entwickelt. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen der gegenwärtigen Lage, daß fast alle Richtungen und Schulen von ihren Voraussetzungen aus eine Kulturphilosophie aufbauen. Wie Arthur Liebert als Vertreter des Marburger Neukantianismus diese Disziplin aufbaute, ist bereits in dieser Rundschau (1923 Seite 184 ff.) dargelegt worden. Anders als hier, wo die Kulturphilosophie eine transzendentallogische Untersuchung der verschiedenen Kulturgebiete darstellt, gehen die Schüler Diltheys von dem konkreten Bestand unserer gesamten geistigen Situation aus und kommen, wie Spranger in seinen Lebensformen, zu einer Typologie des Geisteslebens. Genau genommen wird damit zwar noch keine eigentliche Kulturphilosophie gegeben, da der Begriff eines objektiven Geltungscharakters der verschiedenen Grundtypen nicht gewonnen und so mit den Typen nur eine, wenn auch wichtige, Vorfrage gelöst wird. Mit allem Nachdruck wird aber die Frage nach der objektiven Geltung von dem Kieler Ordinarius für Philosophie *Hans Freyer* in seinem Büchlein *Theorie des objektiven Geistes* /Leipzig, B. G. Teubner/ erwogen. Freyer gibt nicht eine kulturkritische Analyse der Gegenwart, ihn bewegt die allgemeine Frage nach dem Wesen der Kultur überhaupt. Seiner Auffassung nach ist die Kulturphilosophie der Abschluß einer Theorie der Geisteswissenschaften; nicht aber ist sie selbst ein besonderer Teil der Wissenschaftstheorie wie im Neukantianismus, sie hat es mit dem realen Gebilde des objektiven Geistes, das heißt der Kultur zu tun. Es liegt also hier ein stark ontologisch eingestelltes Denken vor, was man sofort bemerkt, wenn der objektive Geist, wie er sich in Kunstwerken, religiösen Vorstellungen, Sitten, Werken der Wissenschaft dokumentiert, als ein Sein aufgefaßt wird, das sich in verschiedenen Objektivationsformen darstellt, deren Untersuchung den starken Einfluß der Phänomenologie verrät.

Freyer findet 5 Hauptformen, in denen der objektive Geist auftritt, die einzeln oder sich durchdringend am selben Objekt erscheinen können: Gebilde, Gerät, Zeichen, Sozialform und Bildung. Neben diesem seinhaften Charakter kommt dem objektiven Geist noch zu, daß er in einer

mehrfachen Wechselwirkung mit dem subjektiven Geist steht. Jedes objektive Gebilde ist einerseits von einem Subjekt geschaffen, und andererseits findet es seine Bedeutung erst in der verstehenden, nacherlebenden Aufnahme durch ein Subjekt. Überhaupt geht der Weg geistigen Verkehrs von Subjekt zu Subjekt über die Vermittlung des Objektiv-Geistigen, das damit nichts Starres, dem Subjekt Fernes und Jenseitiges bleibt, sondern das in den Kreisprozeß des seelischen Lebens aufgenommen und, wie es von ihm hervorgebracht, beständig auch wieder in ihn zurückgenommen wird. Es ist das sehr schwierige Problem der Hermeneutik, das, seit Schleiermacher und Dilthey zur Diskussion stehend, hier eine umfassende Bedeutung erhält, auch für eine Theorie des Schaffens, die weniger psychologisch als vielmehr phänomenologisch eingestellt ist. Dies ist der Grundgedanke des Werkes: ausgehend von der Tatsache, daß das Leben einen objektiven Sinngehalt in sich tragen und aus seiner Aktualität objektivieren kann, nach den Strukturen und Gesetzmäßigkeiten zu fragen, die dafür gelten, diese selbst aber wieder im Leben zu finden. Die Frage nach der Möglichkeit der Einheit der Gesamtkultur und deren Gliederung in einem System der Kultursysteme geht von dem Gedanken aus, daß von Kultur da zu sprechen ist, »wo ein Leben mit gegenständlichem Sinngehalt vorhanden ist, . . . wo sich das Leben nicht mehr nur in vitaler Bewegung, sondern in geschaffenen Formen auswirkt«. Aber dieser Sinngehalt ist doch in eine Vitalität eingesenkt, die Einheit eines Seelentums begründet, die Einheit einer Kultur. Dies ist nicht eine Lösung, die die höchsten Ansprüche einer systematischen Philosophie befriedigen kann, weil zu viel außerhalb der Systemidee gelassen wird. Aber auf dem Weg zu dem philosophischen System, dem unser aller beste Hoffnungen gelten, sind Freyers Gedankengänge eine weit vorgeschobene Station. Ganz anders eingestellt als die Schule Diltheys, die die objektiven Sinngehalte in beständige Beziehung zum unmittelbaren Seelenleben bringt, ist *Max Scheler*. Hier haben wir eine, auf die Inhalte unserer Kultur gehende Kritik, die an einzelne Phänomene anknüpft. Er läßt jetzt Schriften zur Soziologie und Weltanschauungslehre erscheinen /Leipzig, Der Neue Geist-Verlag/, von denen der 1. Band *Moralia*, der 2. Band *Nation und Weltanschauung* betitelt ist. Es sind Essays, die einen Denker zeigen, der, mit lebendigem Herzen an unserer Zeit leidend,

der Philosophie eine das Leben führende Aufgabe zuweisen möchte. Methodisch ist an diesen Abhandlungen interessant, wie sie von einem einzelnen, wohlumgrenzten, aber in unserm Kulturleben an wichtiger Stelle stehenden Erscheinungskomplex ausgehen und ihn in sorgfältiger Analyse zu erfassen suchen, um dann von da aus nach allen Seiten Zusammenhänge aufzudecken. Nun ist eine solche in feinsten Analyse durchgeführte Deskription mit einer Kritik verbunden, die durchaus positiv und weiterführend an einem augustinisch gewandten Katholizismus orientiert ist. Dies führt immer zu bedeutenden Ausblicken und Beurteilungen. Aber es erhebt sich doch die Frage, warum und woher der Autor zum Augustinismus als Maßstab kommt. Troeltsch, dessen Kulturphilosophie ebenfalls Analyse und Kritik der inhaltlichen Kulturgegebenheit war, suchte von der Geschichte her an seinen Gegenstand heranzukommen, durch Aufweisung der in der Gegenwart noch lebenden Inhalte, die von der Vergangenheit überkommen sind. So blieb er offener allem Wertleben und seinen verschiedenen Tendenzen mehr aufgeschlossen als Scheler. Um aber nicht dem historischen Relativismus anheimzufallen, mußte auch er einen Maßstab haben, der für ihn aber nicht rational ableitbar war sondern auf einer ursprünglichen, nicht weiter ableitbaren Entscheidung beruhte, nämlich, das als zukunftsweisend und lebensvoll Geltende als solchen Maßstab anzunehmen. Das ist auch nicht befriedigend, und so kann man sagen, daß die kritisch eingestellte Kulturphilosophie vor allem das Maßstabproblem klären muß, weil daran die Möglichkeit hängt, daß ihre Aufstellungen mehr als den Wert eines persönlichen Bekenntnisses haben. Grundsätzlich den gleichen Weg wie Troeltsch geht außer vielen anderen *Albert Schweitzer* in seiner Kulturphilosophie /München, C. H. Beck/. Während im 1. Band der Verfall und Wiederaufbau der Kultur in der Gegenwart als fast ausschließliche Angelegenheit der Philosophie hingestellt wird, deren Versagen zum Zusammenbruch unserer Kultur führte, und der Verfasser hier von einer Erneuerung und Vertiefung der Weltanschauung bildenden Kraft der Philosophie eine Stärkung aller kulturbildenden Kräfte überhaupt erwartet, werden im 2. Band die Grundlinien einer optimistischen Welt- und Lebensanschauung entworfen, die die Kulturkrise überwinden soll. Der Optimismus wird als das Resultat eines Entschlusses aufgefaßt.

Neuausgaben Von Friedrich Meinecke und Hermann Oncken herausgegeben, erscheint im Verlag Reimar Hobbing in Berlin eine Sammlung *Klassiker der Politik*. Die bisher wiedergegebenen Schriften: die Discorsi Macchiavellis, die Verfassung des Deutschen Reiches von Samuel Pufendorf, die Utopia des Thomas Morus, der Traktat vom ewigen Frieden des Abbé Castel de Saint-Pierre /1713/, Friedrichs II. politische Testamente sind vorzüglich eingeleitet und mit Registern und dazu den notwendigen Anmerkungen versehen. Für staatsphilosophische Untersuchungen fehlte bisher eine bequem zugängliche und benutzbare Sammlung von Ausgaben der politisch-theoretischen Hauptschriften. Hier ist sie.

Der rührige Verlag Felix Meiner in Leipzig, ohne dessen Philosophische Bibliothek ein Studium der Klassiker der Philosophie in Deutschland kaum noch möglich ist, bringt, von Wilhelm Flitner herausgegeben, *J. G. Fichtes Philosophie der Maurerei*. Es sind 2 Vorlesungen aus dem Jahr 1800, die, bisher in keine Ausgabe von Fichtes Werken aufgenommen, den Philosophen zeigen, wie seine Gedanken vom Primat der praktischen Vernunft in Verbindung mit dem Kosmopolitismus des 18. Jahrhunderts die erzieherische Tätigkeit der Freimaurerei als einer Erziehungsgemeinschaft in vertiefter Weise aufzufassen suchen. Kurz hingewiesen sei auf die Neuaufgaben der Wissenschaftslehre von 1801 und 1804, die, beide von F. Medicus bezorgt, in der Philosophischen Bibliothek erschienen und gegenüber der 1. Auflage seiner Ausgabe von Fichtes Werken einige kleine Verbesserungen aufweisen.

Der anthroposophische Verlag Der kommende Tag in Stuttgart bringt die Werke *Wladimir Solowjews* in deutscher Sprache. Ein Unternehmen, auf das nicht genug aufmerksam gemacht werden kann. Der gut ausgestattete 1. Band enthält die geistigen Grundlagen des Lebens. Es ist eine Neuaufgabe der Ausgabe, die vor dem Krieg im Verlag Eugen Diederichs in Jena zu erscheinen anfang, aber nicht fortgeführt wurde. Der Verlag erwirbt sich ein großes Verdienst, und wir müssen ihm lebhaft dafür danken, daß er uns den russischen Denker erschließt, aus dem wir gerade heute für unsern geistigen Neuaufbau viel schöpfen können.

Max Oehler gibt *Friedrich Nietzsches* Jugendschriften heraus /München, Munitionverlag/. Es sind Gedichte, Vorträge und Aufsätze des 13- bis 24jähri-

gen Nietzsche, die die hohe sprachliche Formkraft des spätern Nietzsche schon ebenso deutlich anzeigen, wie manche seiner späteren grundlegenden Gedanken hier ihre erste andeutende Formulierung finden. Manches in der Wiedergabe einer lyrischen Stimmung oder in der Charakteristik einer historischen Persönlichkeit ist erstaunlich sicher gefaßt. Angezeigt sei auch eine neue Auflage von *Ernst Haeckels* Welträtseln in Kröners Taschenausgaben /Leipzig, Alfred Kröner/, ein unveränderter Abdruck der früheren Auflagen. Dieses Buch mutet heute, 25 Jahre nach seinem ersten Erscheinen, seltsam fremdartig an und dürfte nur noch der Kultur-, nicht der Philosophiegeschichte angehören.

Gemeinverständliche Schriften Begriffsbildung nennt sich ein von Karl Böhm verfaßtes Schriftchen /Karlsruhe, G. Braun/. Es stellt in ganz schlichter Weise, dem denkenden Leser zahlreiche Probleme enthüllend, den logischen Prozeß der *Begriffsbildung* unter Heranziehung der von Hilbert entwickelten Axiomatik dar. Die Darstellung ist so lebenswürdig und einfach, daß die Lektüre ein Genuß ist.

Das gleiche gilt von einer Schrift August Messers *Der kritische Realismus* /Karlsruhe, G. Braun/. Für eine erste Einführung in die *Erkenntnistheorie* empfiehlt sich der kritische Realismus besonders, den der Verfasser mit hohem pädagogischen Geschick entwickelt.

Totenliste Im Oktober 1923 starb der ordentliche Professor für Philosophie und Pädagogik an der Universität Halle *Max Frischeisen-Köhler* im Alter von 45 Jahren. Er war in Berlin geboren, studierte dort unter Dilthey. Als Privatdozent in Berlin und seit 1913 als außerordentlicher und dann als ordentlicher Professor in Halle entfaltete er eine umfassende Tätigkeit. An seine Stelle trat in die Redaktion der Kantstudien Paul Menzer, der andere Ordinarius für Philosophie in Halle, während nach wie vor Arthur Liebert /Berlin/ die Abteilung der Besprechungen, Mitteilungen usw. der Kantgesellschaft leitet.

In Rom starb der frühere Professor für christliche Philosophie an der Universität Innsbruck *Friedrich Klimke*, im Alter von 46 Jahren.

Der ordentliche Professor der Mathematik und Geodäsie an der Grazer Universität *Johannes Frischauf* ist im Alter von 86 Jahren gestorben.

Kurze Chronik Nach dem Tode Troeltsch' wurde Hans Driesch /Leipzig/ Präsident der am 1. Juli 1922 gegründeten *Akademie für Philosophie* in Erlangen. Die Akademie stellt es sich zur Aufgabe einen Mittelpunkt für den Austausch philosophischer Gedanken zu bilden. In ihrem Kuratorium sind die bedeutendsten Vertreter der deutschen Philosophie, ebenso eine große Zahl namhafter ausländischer Philosophen. In den Räumen der Akademie wohnten in den letzten 18 Monaten zahlreiche Gelehrte aus Amerika, Japan, China und Indien. ◊ Japanische Freunde und Anhänger der deutschen Philosophie, und insbesondere ihrer Heidelberger Richtung, haben der Heidelberger Akademie der Wissenschaften Mittel zur Verfügung gestellt, aus denen eine *Windelband-Rickert-Stiftung* zur Förderung der Philosophie des deutschen Idealismus errichtet worden ist. ◊ Am 24. Januar wurde *Paul Natorp*, seit dem Tode Hermann Cohens Führer der Marburger Schule, 70 Jahre alt. Die Theologische Fakultät in Marburg ernannte ihn zum Doktor der Theologie honoris causa. ◊ Eine *Büste Kants*, das Werk des französischen Bildhauers Bardoux, ist vor kurzem aufgefunden worden. Sie stand, Wind und Wetter preisgegeben, im Garten des mittelalterlichen Historikers Dümmler in Halle, der nicht wußte, wen sie darstellte, und wer sie geschaffen hatte. Die Büste ist nunmehr vom Kaiser Friedrich-Museum in Berlin angekauft worden. ◊ In der Philosophischen Fakultät der Kölner Universität habilitierte sich Paul Finsler für das Fach der Mathematik; seine Antrittsvorlesung behandelte die Frage, ob es Widersprüche in der Mathematik gibt.

Literatur Das *Philosophische Wörterbuch*, von Heinrich Schmidt besorgt, erscheint seit einigen Jahren jährlich in einer neuen starken Auflage /Leipzig, Alfred Kröner/. Die Angaben seiner zahlreichen Artikel sind zuverlässig, und vielfach wird der Leser durch Literaturangaben weiter geleitet. ◊ August Messer beschrieb *J. G. Fichtes religiöse Weltanschauung* /Stuttgart, Strecker & Schröder/. Eine Seite an Fichtes Denken, die man gemeinhin zu wenig beachtet, und die für sein Verständnis sehr wesentlich ist, erfährt hier von einem Meister einfacher Darstellung eine tief eindringende Behandlung. ◊ Die *Weltanschauung Gustav Theodor Fechners* stellt Heinrich Adolph in einem Büchlein dar /Stuttgart, Strecker &

Schröder/. Es ist eine kurze, klare und sehr übersichtliche Darlegung von Fechners Leben und Lehre, die in instruktiver Weise gewürdigt wird. ◊ Eine recht ansprechende *Nietzschebiographie* gibt Karl Heckel, ein alter Freund Nietzsches, in Reclams Universalbibliothek. Das Büchlein ist aus der Nähe persönlichen Umgangs geschrieben und enthält manches sonst unbekanntes Material. ◊ Bei Johann Ambrosius Barth in Leipzig erschien eine von der Universität Kopenhagen preisgekrönte Arbeit von *Georg Cohn*, Ethik und Philosophie betitelt. Das Verhältnis der beiden Disziplinen zu einander wird nicht systematisch untersucht sondern in guten Darstellungen der einzelnen Denker seit dem Altertum vorgeführt. Am wertvollsten ist der Abschnitt *Soziologische Ethik*, in dem der ökonomischen Gesellschaftsauffassung eine lichtvolle Behandlung zuteil wird. ◊ Eine Untersuchung des Kölner Universitätslehrers *Franz Haymann* führt den Titel *Weltbürgertum und Vaterlandsliebe in der Staatslehre Rousseaus und Fichtes* /Berlin, Panverlag Rolf Heise/. In erster Linie eine philosophisch-geschichtliche Untersuchung, verfolgt sie doch darüber hinaus den Zweck den Nachweis zu führen, daß wertvolle Vaterlandsliebe sich immer mit kosmopolitischem Denken verbinden muß, ein Nachweis, den man wohl als gelungen betrachten darf. Angesichts der bei uns von rechts her betriebenen Verhetzung erwirbt sich die Schrift ein Verdienst. ◊ Das Buch *Richard Müller-Freientfels'* Persönlichkeit und Weltanschauung erschien, stark erweitert, in 2. Auflage /Leipzig, B. G. Teubner/. Die verschiedenen Strömungen in Kunst, Philosophie und Religion werden auf einige wenige Typen der schöpferischen Persönlichkeit zurückgeführt. Die psychologische Typenlehre erfährt hier eine sehr interessante Durchführung. Mit Gefühl für das Wesentliche werden die Typen beschrieben und Werke der Kunst-, Religions- und Philosophiegeschichte als Ausdruck dieser Typen gedeutet. Gute Bildbeispiele unterstützen die Darlegungen des Werkes, das, unbeschadet der prinzipiellen Beurteilung der psychologischen Typenlehre überhaupt, die hier in der Rundschau Psychologie zu erfolgen hat und erfolgt, als außerordentlich interessant und wertvoll bezeichnet werden kann. ◊ Nachdem die mathematische Theorie der Wahrscheinlichkeitsrechnung zu so hoher Vollendung geführt worden ist, ist es sehr an der Zeit die philosophische Seite des Problems wieder in Angriff zu nehmen.

Ein Werk *Emanuel Czubers* Die philosophischen Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung /Leipzig, B. G. Teubner/ unternimmt das. Ausgehend von Meinongs Anschauungen wird hier eine außerordentlich eindringende Untersuchung der verschiedenen Arten von Wahrscheinlichkeit geliefert. Dabei ergeben sich weitreichende Konsequenzen für die Theorie der Induktion und die Theoreme von Bernoulli, Poisson und Bayes. Gegen Marbe wird eingewandt, daß die Erfahrung und damit auch das Experiment nur Wahrscheinlichkeitserkenntnis geben kann. ◊ Eine Reihe eigenartiger und sehr schöner Untersuchungen *Gerhard Kowalewskis* erschienen unter dem Titel *Mathematica delectans* /Leipzig, Wilhelm Engelmann/. Betrachtungen über den Rösselsprung und manche anderen Spiele beschäftigen den Verfasser, der zeigt, welche Reize die mathematische Behandlung des Spiels ergeben kann.

KUNST

Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

Tafelmalerei Soziologisch betrachtet ist das Tafelbild ein Produkt der bürgerlichen Kultur.

Beide haben ihre Wurzel im 14. Jahrhundert. Im 14. Jahrhundert konstituierten sich die unüberbrückbaren Wesensunterschiede zwischen Mittelalter und Neuzeit. Das Feudalsystem des Mittelalters zerfällt; damit das übergeordnete Einheitsbewußtsein, die politische und kulturelle Einheit. In der Kunst wirkt sich dieser Zerfall durch die Trennung der Einheit Baukunst in Architektur, Plastik und Malerei aus; soziologisch durch die Bildung der Grundlagen zu den Nationalstaaten, Nationalkirchen und Nationalstilen. Gegenmacht des sich auflösenden Aristokratismus ist die bürgerliche Kultur, deren Hauptträgerin das Tafelbild ist. »Der Geist von Stadtindividualitäten, der Geist der Handwerksorganisationen steht hinter ihr. Der weltweite Horizont, von dem sich die staufische Kultur und die staufische Kunst abhoben, schrumpft zu städtischer Enge zusammen. Wo internationale Bauhütten den Ton angaben, haben nun stadtenge Zünfte das Wort. Alles, was an Extensität verloren ging, mußte langsam an Intensität und Intimität eingebracht werden.« Wilhelm Worringers neues Buch *Die Anfänge der Tafelmalerei* /Leipzig, Inselverlag/ führt an diesen Punkt der Geschichte zurück, wo das bewegliche Bild sich als selbständiger Entwicklungsträger von dem Gesamt-

komplex der Kunst abzutrennen beginnt, um schließlich nach Jahrhunderten Alleinträger der Entwicklung zu werden. Es betrachtet das Werdestadium dieser neuen Kunst, nicht den Zustand der Reife. Es hört da auf, wo die Tafelmalerei die reine Sprache des 15. Jahrhunderts zu sprechen beginnt.

Die Malerei des Mittelalters stand unter der Suprematie eines geistigen Weltbilds. Daher war sie nicht an das Einmalige der Anschauung gebunden sondern an das Dauernde der geistigen Blickeinstellung. Bei der neuauftretenden Tafelmalerei kehrt sich dieses Verhältnis radikal um. Die Anschauung wird zum Primären. Das optische Weltbild emanzipiert sich als subjektives, so daß ein Spannungsverhältnis des optischen zum geistigen Weltbild entsteht. Bei fortschreitender Entwicklung wird die Orientierung an der Natur immer zentraler. Unter Mißverstehen der Berufung auf die Antike transponiert die Renaissance das gesamte künstlerische Bewußtsein auf die Ebene der bewußten Naturgesetzlichkeit. Bis zuletzt mit dem Impressionismus eine unmittelbare Wiedergabe der optischen Eindrücke ermöglicht wurde. Der Impressionismus als letzte Phase dieser langen Entwicklungsreihe ist differenziertestes Sehen. Charakteristisch für die nachimpressionistischen Kunstrichtungen ist vor allem ihre kurze Dauer, ihr rascher Wechsel. In ihrer Sucht nach Originalität, in ihrem Bedürfnis nach Sensationen sind sie ein getreues Abbild unserer unklaren, in Gärung, Auflösung und Neubildung begriffenen Zeit: ruhelos, unverbunden, nach Bindung suchend.

Der Konstruktivismus ist der letzte Ausläufer dieser Entwicklung: Impressionismus, Expressionismus, Futurismus und Kubismus. Auch er beruht auf einem künstlerischen Erlebnis, das in seiner Auswirkung eine Spannung erzeugt, wie sie besonders in russischen und holländischen Werken zum Ausdruck kommt: Malewitsch, Tatlin, Mondrian. Bei den meisten konstruktivistischen Werken spielen aber äußerlich ästhetische Elemente die Hauptrolle, wodurch bestenfalls eine äußerliche Spannung bewirkt wird, eine Ästhetisierung geometrischer Formen und reiner Farben. Dabei ergeben sich oft geschmackvolle Formen- und Farbenarrangements, wie die von Moholy-Nagy, die der Sturm in Berlin zeigte: Werke eines raffinierten Geschmacks und ausgesprochenener Originalitätssucht. Erheblich energievoller ist, was El Lissitzkij im Graphischen Kabinett I. B. Neumann in

Berlin ausstellte. Lissitzkij hat ein ursprüngliches Gefühl für die Elemente des Mechanischen und Technischen, ein Drang zur Realisierung neuartiger Spannungen und Verhältnisse. Er schafft Konstruktionen von eindrucksvoller Vitalität. Überwiegend ist auch bei ihm der Hang zum Ästhetischen. Manche seiner Bilder sind geradezu eine Ästhetisierung der technischen Zeichnung.

Raumkonstruktion Es ist charakteristisch für die Konstruktionisten, daß sie am Rahmenbild festhalten, obwohl Versuche das Rahmenbild zu überwinden vorliegen. Segals Aufgeben der bildbegrenzenden Funktion des Rahmens, Hans Arps Plastomalereien, Tatlins Konterreliefs, Gabos plastische Raumkonstruktionen, Peris gemalte Raumkonstruktionen machen sich konsequent frei vom Rahmenbild. Die Form bestimmt unmittelbar die Grenze des Bildes. Zuletzt durch die Einführung des Moments der Bewegung in die bildende Kunst wird das Bild als Tafelbild im Prinzip überwunden: Vicking Eggeling, Hans Richter, Werner Gräff. Eine wichtige Funktion kommt den Raumkonstruktionen Peris zu, von denen im Sturmverlag eine Mappe mit Reproduktionen erschienen ist. Peri beschränkt das Bild auf das Wesentlichste, die Form auf das Äußerste, Knappste. Durch die Größe des Maßstabs und die betonte Asymmetrie der Formgestaltung ist es unmöglich ein solches Bild in einem Zimmer auf die Wand zu hängen oder zu malen. Denn unsere Räume mit ihrem bric à brac von Möbeln und Gegenständen brauchen das Tafelbild zur Dekoration oder Akzentuierung. Mögen diese Tafelbilder noch so abstrakt sein, noch einen solchen Lärm machen, sie werden trotzdem den Weg zur neuen Architektur nicht fördern. Denn mit der Befahrung des Tafelbildes wird auch der alte Raum, die alte Architektur bejagt und nicht zerstört, trotz Emaille und anderer technischer Raffinements. Die alte Architektur verlangt das Tafelbild. Ihre Räume sind wesentlich darauf eingestellt. Peris Bilder, die das Tafelbild und damit den alten, auf Dekorationen aufgebauten Raum gesprengt haben, können daher in den alten Räumen ohne Kompromiß nicht untergebracht werden. In diesen Bildern manifestiert sich das Verlangen nach Räumen einer neuen Architektur, die keine Dekorationen mehr nötig hat; einer Architektur, wo die Wände nicht nur eine raumtrennende und abschließende sondern auch eine raumbil-

dende Funktion haben. Durch den Aufbau von Wänden, Fenstern, Türen und Möbeln zu einer organischen Einheit wird eine solche Raumdifferenzierung entstehen, die, belebt durch Material- und Farbkontraste, jede weitere Wand- oder Raumdekoration (also Bild oder Plastik) vollständig überflüssig machen wird. Dann werden auch Peris Bilder, die für den neuen Raum vorarbeiten, mit Entstehung des neuen Raums aufgehoben, unnötig und überflüssig. Sie bilden aber eine notwendige und wesentliche Übergangserscheinung.

Jüdische Kunst Issachar Ryback hat als Leiter der Kunstabteilung der Wanderausstellung Das jüdische Bild und Buch diesen Aufruf an alle jüdischen Künstler gerichtet: »In den letzten Jahrzehnten hat sich die Tatsache ergeben, daß es eine neue jüdische Kunst gibt. Immer wieder tauchen hier und da einzelne Künstler auf, deren bewußt jüdisches Schaffen sie isoliert; einsam entwickeln sie sich inmitten einer fremden Kultur, nach den Gesetzen ihrer eigenen Wesensart. In einer fremden Umgebung aufgewachsen, haben diese Talente ihr ursprüngliches Können entfaltet, das in ihrem spezifisch jüdischen Wesen wurzelt. Als einzelne haben sie überall den nur ihnen eigenen Ton hervorgebracht, stets in der Gefahr unterdrückt und beiseite geschoben zu werden. Es gab für uns jüdische Künstler, so sehr wir uns auch danach sehnten, bisher keine Möglichkeit uns untereinander zu verbinden und so zu stärken: weder eine Zeitschrift, die uns vereinte, noch regelmäßige Kunstausstellungen, die unsere Werke zeigten . . . Durch eine private Initiative soll uns jetzt die Möglichkeit zu einem Zusammenschluß geboten werden. Die Verlags- und Buchvertriebsgesellschaft Gescher, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 37, hat sich bereit erklärt eine große Gesamtausstellung der Bilder, Graphik und Bücher jüdisch bewußter Künstler unter dem Titel Das jüdische Bild und Buch zu organisieren, die zunächst in Berlin (im April 1924) gezeigt und dann als Wanderausstellung nach Frankfurt am Main, Leipzig, Wien, Prag, Amsterdam, Paris, London und Amerika geleitet werden soll. Schon haben jüdische Kameraden aus Deutschland, Rußland, Österreich, Polen und Amerika ihre Beteiligung zugesagt. Weitere interessierte jüdische Künstler aus allen Ländern werden gebeten ihre Adresse bei dem Sekretariat der Ausstellung (Gescher) anzugeben.«

Totenliste Durch einen Unglücksfall, das Herausfallen einer brennenden Kohle aus dem Ofen, ist in Berlin in der ersten Hälfte des Januars die Schriftstellerin und Malerin *Marie von Olfers* im hohen Alter von 97 Jahren ums Leben gekommen. Sie war die Tochter des Generaldirektors der Königlichen Museen in Berlin Ignaz von Olfers, und in ihrem Elternhaus ist noch Alexander von Humboldt ein- und ausgegangen. Als dieser starb, war sie 33 Jahre alt. In einer Gedenkrede Marie von Bunsens wird Marie von Olfers als das letzte Bindeglied zwischen dem Berlin von heute und dem der Romantik gefeiert.

Am 11. Februar ist in Paris der Maler *Jean François Raffaelli*, im Alter von 74 Jahren, gestorben. Er gehörte mit zu der Schar der bedeutenden Begabungen, die den großen Impressionisten in der zweiten Reihe folgten, und ist besonders durch seine lebensvollen Ausschnitte aus den Pariser Straßen bekannt geworden, die aber nicht wie andere das fröhliche Gedränge auf den großen Boulevards sondern, die stilleren Außenbezirke mit ihren neuen Häusern, Zäunen, Bauplätzen und herumstreichendem Volk schilderten. Auch die Porträts Raffaellis hatten Erfolg, darunter das Clemenceaus, das diesen als Versammlungsredner darstellt, und das der französische Staat für das Luxembourgmuseum ankaupte.

Kurze Chronik Dem Direktor des Wiener Kunsthistorischen Museums gelang es im Tauschweg ein *Gemälde Dürers* zu erwerben, das aus ausländischem Besitz stammt und bisher völlig unbekannt war. Es trägt das Monogramm des Meisters und ist aus dem Jahr 1505 datiert. Seine Entstehung fällt also in die Periode der 2. italienischen Reise Dürers. Es stellt eine junge Venezianerin mit blonden Locken und in einem karminroten Gewand mit 2 dunkelgrünen Taschen dar. Es ist ein kleines Brustbild von etwa 30 Zentimeter Höhe, auf Holz gemalt, von einer vollendeten Technik und außergewöhnlicher Feinheit der Ausführung. ◊ Das Kupferstichkabinett der Berliner Museen hat in seinem Eingangsraum eine Dauerausstellung über die *technischen Verfahren der graphischen Künste* eröffnet. Die Instrumente, Materialien und all das andere Zubehör von Kupferstich, Holzschnitt, Radierung, Schabkunst, Steindruck usw. ist da mit den fertigen Blättern der großen und kleinen Meister dieser Künste vereinigt.

Ein knapp gefaßter Drucktext klärt den Belehrung Suchenden darüber auf, mit welchen Mitteln die hier ausgestellten Blätter der Rembrandt und Dürer, Daumier und Munch, Slevogt und Kollwitz entstanden sind. ◊ Um dem Raummangel der *Dresdener Galerie* einigermaßen abzuhelfen, hat der Museumsverein der Galerie das ehemalige Prinzenpalais zur Verfügung gestellt. In dem neuen Museum sollen vor allem Werke des 14. Jahrhunderts und Dresdener Kunst untergebracht werden. ◊ Der Maler Léon Bonnat hat seiner Vaterstadt *Bayonne* seinen Besitz an kostbaren Handzeichnungen vermacht. Darunter befinden sich Blätter von Leonardo, Michelangelo, Raffael, Rembrandt, Rubens sowie Blätter von Dürer, Holbein und Menzel. ◊ Die Künstlerschaft Braunschweigs legt dem braunschweigischen Staatsministerium eine Denkschrift vor, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Künstler die folgenden Vorschläge enthält: Es soll eine *Künstlerkammer* errichtet werden, deren Arbeit in 3 Sektionen gegliedert ist: 1. in bildende Kunst, 2. darstellende Kunst, 3. Tonkunst. Die Arbeit dieser Kammer soll sich auf die Förderung einer umfassenden Kunstgesetzgebung, Schaffung gesunder Absatzverhältnisse, Pflege einer ausreichenden Kunsterziehung, Organisation von Kunstdarbietungen und Führung einer eingehenden Statistik erstrecken. Die Wahlen zur *Künstlerkammer* sollen durch die anerkanntesten Körperschaften erfolgen, die Rechtsfähigkeit erlangt haben.

KULTUR

Landwirtschaft / Fritz Baas

Grünländbewegung Die wichtigsten und umfassendsten technischen Fortschritte, die in der deutschen Landwirtschaft in den letzten Jahren gemacht worden sind, beziehen sich auf den Komplex von Maßnahmen und Bestrebungen, die man unter dem Namen *Grünländbewegung* begreift. Die *Grünländbewegung* entstand aus der organisatorischen Zusammenfassung dreier ganz verschiedener Ideen und Strebungen: einer wirtschaftlichen, einer tierzüchterischen und einer pflanzenbautechnischen. Den wirtschaftlichen Anstoß dazu gab der Krieg dadurch, daß er unserer Viehhaltung die ausländischen Kraftfuttermittel abschchnitt. Die Versorgung mit Kraftfuttermitteln war ja der Punkt, an dem unsere landwirtschaftliche Produktion und unsere Volksernährung am

meisten vom Ausland abhängig gewesen waren. Als die Einfuhr von Kraftfuttermitteln wegfiel, war die Erhaltung unseres Viehstands in Frage gestellt, und alle Bestrebungen gewannen gesteigertes Interesse, die darauf hinausgingen unsere einheimische Futterbasis zu verbreitern. Dieses Interesse hielt nach dem Krieg an, solange die Währungsfrage und das Mißverhältnis zwischen Inlands- und Auslandspreisen die Einfuhr erschwerten. Diese Seite der Grünlandbewegung verliere erklärlicher Weise an Bedeutung, sobald wieder normale internationale Handelsbeziehungen beständen. Bis zu welchem Umfang die Verwendung ausländischer Futtermittel dann wieder aufgenommen werden soll, das muß ohne jeden Dogmatismus, lediglich nach dem Gesichtspunkt der Rentabilität und der höchsten Ausnutzung der einheimischen Futtermittel entschieden werden. Zurzeit wird darin eher zu wenig als zu viel getan. Soweit allerdings durch die Notwendigkeit ohne fremde Futtermittel auszukommen technische Fortschritte neue und bei jeder Konjunktur rentable Wege dazu aufzuweisen haben, wird die einheimische Futterproduktion auch bei voller Einfuhrmöglichkeit ihre Bedeutung behalten. Vor allem der Universitätsprofessor Zorn und der Gutsbesitzer Schneider suchen die Grünlandbewegung aus dem Gesichtspunkt der Tierzucht zu fördern. Die vor dem Krieg weit verbreitete Methode der Viehhaltung mit absoluter Stallfütterung und starkem Zukauf von Kraftfuttermitteln, die in der sogenannten Abmelkewirtschaft ihre reinste Form hat, begegnete schon seit langem starker Kritik. Zweifellos muß die ununterbrochene Stallhaltung und das Fehlen natürlichen Futters auf die Gesundheit der Tiere einen ungünstigen Einfluß üben; wird diese Methode einseitig übertrieben, so können auf die Dauer Seuchengefahr und Degenerationserscheinungen nicht ausbleiben. Außerdem ist natürlich bei der Abmelkewirtschaft an eine rationelle Leistungszucht nicht zu denken. Ausgiebiger Weidegang hat dagegen schon durch die Bewegung und den Aufenthalt in der Luft einen günstigen Einfluß auf die Gesundheit der Tiere; zudem stellt das Abweiden von stets frisch nachwachsendem und daher eiweißreichem Futter die idealste Form der Nahrungsaufnahme dar. Andererseits darf freilich nicht vergessen werden, daß gerade unsere auf Höchsterträge gezüchteten Rindviehrassen mit reiner Weide und reinem Wirtschaftsfutter nicht auf der Höhe der Leistungen gehalten wer-

den können; eine Beigabe nährstoffreicher, vor allem auch fetthaltiger Kraftfuttermittel ist dabei nicht zu entbehren. Den wichtigsten Beitrag zur Grünlandbewegung lieferten zweifellos die Anregungen und Fortschritte auf dem Gebiet des Pflanzenbaus und der Betriebsorganisation. Es kann gar nicht intensiv genug darauf hingewiesen werden, daß die wissenschaftliche und technische Entwicklung des Futterpflanzenbaus in Deutschland in jeder Beziehung weit hinter der des Getreide- und Hackfruchtbaus zurückgeblieben war. Das zeigt sich schon in dem botanischen Habitus der Futterpflanzen selber. Während die Getreidearten und die Hackfrüchte Kulturgewächse sind, die in jahrtausendelanger Entwicklung aus dem Urzustand herauswachsen und endlich noch fast ein ganzes Jahrhundert hindurch hochgezüchtet wurden, sind die meisten Futterpflanzen im Urzustand verblieben. Sie unterscheiden sich fast gar nicht von ihren wildwachsenden Artgenossen. Auch Dauerfutterflächen werden zumeist bis in die neueste Zeit hinein noch auf "wilde Art", durch natürliche Besamung oder Heublumenausaat angelegt. Auch wo planmäßig ausgesät wird, lassen die vom Handel gelieferten Sämereien meist in Kulturwürdigkeit und Bodenständigkeit alles zu wünschen übrig. Verfährt man schon bei der Anlage von Dauerfutterflächen in so primitiver Weise, so ist deren Pflege meist erst recht mangelhaft. Gedüngt wird fast stets nur das Ackerland, und auf Bearbeitung glaubt man gerade bei Wiesen, Weiden und Luzernefeldern verzichten zu können. Das Resultat dieser Vernachlässigung zeigte sich denn auch. Die Erträge der Wiesen in Deutschland ergaben 1913 durchschnittlich 49,1 Doppelzentner Heu pro Hektar, während fast auf allen Wiesen etwa der doppelte Ertrag zu erreichen wäre. Die Erträge der Luzernefelder ergaben im gleichen Jahr 65,6 Doppelzentner Heu pro Hektar; auch hier wäre eine Steigerung um 50 %, in vielen Fällen um 100 % ohne große Schwierigkeiten zu erreichen. Die Erträge der Weiden dürften sich in den meisten Fällen noch weit mehr unter dem normalerweise Erreichbaren gehalten haben. Bedenkt man, daß die Wiesen und Weiden 1913 etwa 7,5 Millionen Hektar gleich ein Viertel unserer gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche einnahmen, so begreift man die volkswirtschaftliche Bedeutung aller Maßnahmen, die zu einer Steigerung dieser Erträge führen können. Angesichts des so überaus primitiven Stan-

des der Grünlandkultur sind hier die Steigerungsmöglichkeiten natürlich besonders groß. Gelang es das Interesse auf diesen Gegenstand zu lenken und die auf anderen Gebieten der Landwirtschaft herausgebildete wissenschaftliche und praktische Erfahrung hierfür fruchtbar zu machen, so mußten ganz besonders rasche und in die Augen springende Erfolge zu erzielen sein. Dies getan zu haben ist das Verdienst der Grünlandbewegung und das Geheimnis ihrer Erfolge.

Die planmäßige Hebung der Grünlandkultur ist allerdings eine außerordentlich umfangreiche und vielseitige Aufgabe. Vor allem gilt es durch unablässige Aufklärung die große Masse der Landwirte dahin zu bringen, daß sie ihren Futterflächen die nötige Aufmerksamkeit und Pflege zuteil werden lassen. Selbst wenn sie dabei nicht über die jetzige rationelle Verfahrensweise hinausgingen, wäre doch schon ein bedeutender Fortschritt gemacht. Würden auch nur die alterproben Verfahrensweisen, wie die Kali-phosphatdüngung, das Eggen und Walzen der Wiesen und Luzernefelder, eine ordentliche Regulierung der Wasserverhältnisse, in stärkerem Maß angewandt, so ließe sich bereits damit eine erhebliche Erhöhung der Futtererträge erzielen. Darüber hinaus gilt es aber die bisherige Grünlandtechnik wissenschaftlich weiter zu entwickeln. Wichtig ist dabei besonders die Züchtung hochleistungsfähiger und bodenständiger Gräser und Futterpflanzen sowie die Organisation und Kontrolle des Saatenhandels. Die Grünlandbewegung, die von dem bayrischen Gut Steinach bei Straubing ausgeht, hat sich vor allem mit der technischen Vervollkommnung der Wiesen und Weiden befaßt. Das Standardwerk der Grünlandbewegung, Ludwig Niggls Buch *Das Grünland* /Berlin, Paul Parey/, bietet eine ausgezeichnete Übersicht über alle theoretischen und praktischen Fragen, die sich bei der Umgestaltung eines Großbetriebs im Sinn der Grünlandwirtschaft ergeben. Dabei ist es hochinteressant zu sehen, wie aus einer Frage immer die andere fließt. Die Art und Weise, wie in Steinach in jeder neuen Einzelfrage immer neue wissenschaftliche Sachverständige (Botaniker, Biologen, Tierzuchtlehrer, Forstleute) herangezogen werden, ist schlechterdings vorbildlich. Durch die lebendige Darstellung des organischen Zusammenhangs all dieser Fragen wird das Nigglsche Buch geradezu zu einer Monographie moderner Betriebslehre.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß das Grünlandproblem je nach den örtlichen Verhältnissen ganz verschiedene Lösungen fordert. Die Anlage von Dauerweiden in trockener, bergiger Lage stellt nicht die einzige und auch wohl nicht die wichtigste Lösung dar. In Steinach scheint der geringe Kalkgehalt des Bodens die Anlage von Luzernefeldern zu verhindern. Wo dies nicht der Fall ist, dürfte die Ausbreitung und Verbesserung des Luzernebaus das wichtigste Grünlandproblem sein. Auf den Niederungswiesen Nord- und Ostdeutschlands handelt es sich vor allem um die qualitative Verbesserung der Futtererträge: das Zurückdrängen der sauren Gräser. Hierzu ist wiederum eine Regulierung des Wasserstands erforderlich; sie stellt ein Problem dar, das oft nur in ganz großen Zusammenhängen lösbar ist. Für die Sandböden hat die Grünlandwirtschaft, besonders mit Rücksicht auf den Niedergang der Getreidepreise, ganz besonders wichtige Aufgaben zu erfüllen. Hier wäre es von sehr großem Wert, wenn es gelänge eine perennierende, einen guten Wasserhaushalt führende, hochwertige Futterpflanze zu finden, die für den Sandboden die selbe Bedeutung gewinnen könnte wie die Luzerne für die schweren Böden.

Vorbildlich sind die organisatorischen Leistungen der Grünlandbewegung. Ein hochqualifizierter, mit fortschrittlichem Sinn geleiteter Großbetrieb ist zunächst der Ausgangspunkt, andere größere Betriebe schließen sich an. Bald wird eine Massenbewegung daraus, die durch zielbewußte Propaganda, durch Vorträge, Aufklärungsschriften und Vereinsgründungen weiter ausgebreitet wird. Auch die Behörden, bis hinauf zum Reichsernährungsminister, werden interessiert. Aber das Wichtigste ist die praktische Aufklärung: Studienfahrten mit Gutsbesichtigungen. Ein sehr glücklicher Gedanke war auch die Dezentralisation des praktischen Anschauungsunterrichts: Allen Landwirten wird die Anlage von Gräsergärten empfohlen. In diesen Gräsergärten wird nicht nur das Saatgut an neuen, besonders leistungsfähigen Sorten vermehrt; es wird vor allem die Nachdenklichkeit und der Forschungseifer der einzelnen Landwirte auf das wirksamste angeregt. Auf diese Weise kann jeder, auch der kleinste Bauer, zum praktischen Mitarbeiter werden. In Mitteleuropa ist es vor allem der Reformbund der Gutshöfe, an den die Grünlandbewegung sich anlehnt. Das Beispiel der Grünlandbewegung zeigt

zweierlei: 1. wie wichtig die größeren Betriebe, nicht nur für die Versorgung der städtischen Bevölkerung sondern vor allem auch als Lehrmeister und Vorbilder für die ganze Masse der bäuerlichen Betriebe auch heute noch sind und stets bleiben werden, 2. welche bedeutenden Aufgaben die aus der Landwirtschaft heraus geschaffenen Organisationen zu erfüllen haben, und gerade für die wissenschaftliche und praktische Weiterbildung der Betriebsleiter. Hier sind die dauerhaftesten Erfolge zu erzielen.

Gärstatt Die Wichtigkeit einer zweckmäßigen Aufbewahrung des Stalldüngers ist seit langem bekannt. Besonders in den weniger rationell geleiteten Betrieben gehen alljährlich gewaltige Mengen an Düngerstickstoff verloren. Die unordentlichen, der Sonne, dem Regen und dem Wind ausgesetzten Düngerhaufen, die sich in den Dorfbach ergießenden Jaucherrinnsale sind nur allzu bekannte Bilder. In ordentlich geführten Betrieben sucht man diesen Verlusten durch sorgfältig angelegte, tiefe und ausgemauerte Düngergruben vorzubeugen. Um Stickstoffverluste zu vermeiden, ist es auch wichtig die Jauche möglichst rasch und vollständig vom Mist zu trennen und sie sorgfältig von der Luft abzuschließen. Aus dem gleichen Grund werden Tiefställe angelegt, in denen der Dünger bis zum Ausfahren auf das Feld liegen bleiben kann. Auch überdachte Düngergruben, sogenannte Stalldüngerschuppen, sind häufig empfohlen worden. Die Betriebsleiter wiesen allerdings darauf hin, daß diese Anlagen sich meist an der Grenze der Rentabilität bewegen, die zu erwartenden Gewinne sind im Verhältnis zu den Unkosten bescheiden. Der Grund dafür liegt in folgendem: Die Verluste, die bei bester Behandlung des Mistes auf der Düngerstätte eintreten, betragen etwa 30 %. So hoch dieser Prozentsatz auch ist, so verschwindet er doch neben den Verlusten auf dem Acker; denn dort gehen gewöhnlich nochmals 70 % des Düngerstickstoffs verloren.

An diese Tatsache anknüpfend versucht Hermann Krantz /Memmingen/ die Ausnutzung des Düngers durch Vergärung zu steigern. Ziel der Versuche war (nach einem Vortrag des Domänenpächters Fritz Ruoff /Konradsdorf/): »1. die Vergärung so zu leiten, daß auf der Düngerstätte möglichst geringe Verluste entstehen (insbesondere auch Ausschaltung der wilden Vergärung auf der Dün-

gerstätte), 2. als Endprodukt einen Mist herzustellen, der auf dem Acker nicht mehr so hohen Verlusten ausgesetzt ist wie der bisherige Mist (insbesondere auch Ausschaltung der wilden Vergärung auf dem Acker)«. Als Ergebnis langjähriger Versuche wurde schließlich folgendes Verfahren ausgearbeitet: Die täglich entfallende Stalldüngermenge wird in ganz losen, etwa 80 bis 90 Zentimeter hohen, würfelförmigen Haufen aufgeschichtet. In diesen Haufen entwickelt sich durch bakterielle Gärung eine hohe Temperatur von etwa 55 bis 65° Celsius. Hierbei werden die unverdauten Reste von Futtereiweiß zu einfacheren Stickstoffverbindungen abgebaut. Diese Gärung unterscheidet sich also prinzipiell von dem Vorgang, der bei der Futterkonservierung (Silage) angestrebt wird. Bei dieser handelt es sich um möglichste Erhaltung der Eiweißkörper, und daher muß während des Gärungsprozesses der Luftzutritt vermieden werden. Bei der Mistvergärung dagegen sollen gerade die Eiweißkörper zerstört werden; Luftzutritt ist also Bedingung. Nach einem oder wenigen Tagen ist dieses Ziel erreicht; dann wird durch Zusammenpressen oder Zusammentreten des Düngerhaufens der Gärungsprozeß beendet. Die in dem frischen Mist massenhaft vorhandenen, zum Teil schädlichen (denitrierenden) Bakterien werden durch Sauerstoffentziehung abgetötet, nur die Wärme bleibt in dem gepreßten und durch tätiges Neuaufbringen unter Druck gesetzten Haufen erhalten. Durch diese Wärmeaufspeicherung, die man mit der in einer Kochkiste erzeugten vergleichen kann, werden auch die übrigen Bestandteile des Mistes, besonders das Stroh, allmählich verrottet. Diese Verrottung ist aber nach Krantz nicht ein durch Substanzverluste zu erkauender chemischer sondern ein physikalischer Vorgang. Der Miststapel ist von dem Augenblick der Pressung an "keimfrei"; trotzdem ist gerade dieser in sich selbst bakterienfreie Mist später auf dem Acker die ideale Nahrung für die Bodenbakterien, deren Tätigkeit vor allem durch die Stallmistdüngung angeregt werden muß.

In der Tat haben mehrjährige Feldversuche, die auf der hessischen Staatsdomäne Konradsdorf vorgenommen wurden, ganz erhebliche Ertragssteigerungen auf den mit vergorenem Mist gedüngten Parzellen gegenüber den mit gewöhnlichem Stallmist gedüngten ergeben. Der Mehrertrag an Kartoffeln, der mit heißvergorenem Mist erzielt wurde, war etwa

2,85mal so groß wie der Mehrertrag durch Düngung mit der gleichen Menge verrotteten Hofmistes.

Bei der technischen Ausgestaltung des Verfahrens gelangte man zur Konstruktion der sogenannten Gärstatt. Diese Gärstatt ist eine, an den Seiten offene, auf Betonsäulen ruhende Halle; die Aufschichtung des Mistes erfolgt mittels eines einfach konstruierten Kranes. Aus den einzelnen Blöcken, die je einer Tagesproduktion entsprechen, wächst allmählich ein bis zu 6 Meter hoher Stapel heran; mit dem Wachsen dieses Stapels werden auch die Seitenwände mit Schalbrettern verkleidet. Der bei der Gärung austretende Sickersaft wird in einer besonderen Grube aufgefangen und luftdicht verwahrt. Solche Gärstätten sind bisher auf der Domäne Konradsdorf und auf dem Gut Wisselsheim ausgeführt worden. Zum wissenschaftlichen und praktischen Ausbau des Verfahrens wurde eine, dem Reformbund der Gutshilfe angegliederte Gärstattgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Bad Nauheim gegründet.

Um die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verfahrens zu illustrieren, seien einige Zahlen angeführt. Die Stallmistproduktion in Deutschland dürfte etwa 2250 Millionen Doppelzentner jährlich betragen; nach Verlust von 750 Millionen Doppelzentner auf der Düngerstätte verbleiben hiervon 1500 Millionen Doppelzentner. Der mit dieser Düngermenge erzielte Mehrertrag kann, nach zahlreichen wissenschaftlichen Versuchsergebnissen, auf etwa 180 Millionen Doppelzentner Kartoffeln und 30 Millionen Doppelzentner Getreide veranschlagt werden. Ließe sich dieser Mehrertrag, gemäß den Konradsdorfer Versuchsergebnissen, durch Mistveredelung verdoppeln, so ergäbe sich eine in der Tat gewaltige Ertragssteigerung, die allein bei Getreide unserm gesamten bisherigen Einfuhrbedarf entsprechen würde.

Interessant ist auch, daß sich sogar noch höhere Ertragssteigerungen als bei dem heißvergorenen Stallmist bei einer, nach dem gleichen Verfahren behandelten Gründüngungsmasse ergeben haben. Auch hier sind also gegenüber dem primitiven Verfahren des einfachen Unterpflügens der Gründüngung erhebliche Verbesserungen möglich. Es ist sogar der erfolgreiche Versuch unternommen worden sonst völlig ertraglose Ödländereien und Steilhänge mit stark massenwüchsigen Pflanzen zum Zweck der Grünmistgewinnung anzusäen. So wurde in Konradsdorf ein steriler Steilhang mit Bockhara-

kleesäen, der dort eine Höhe von mehr als 2½ Meter erreichte. Diese Pflanzenmasse soll dann nach der Vergärung als Grünmist anderen guten Ländereien zugeführt werden.

Totenliste Die Landwirtschaft Deutschlands verlor im Jahr 1923 2 hervorragende Vertreter.

Am 10. Mai starb in München *Friedrich Edler von Braun*, 60 Jahre alt. Seit Beginn des Krieges bearbeitete er im bayrischen Ministerium des Innern, dem er als Vizepräsident der Landwirtschaftlichen Abteilung angehörte, die Lebensmittelversorgung. Im August 1917 wurde er Staatssekretär des Reichsernährungsamts. 1919 trat er von diesem Posten zurück. Er wurde dann der erste Präsident des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, dessen Vorsitz er zusammen mit Carl Legien führte. Auch stand er dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft vor. Am 31. Dezember starb in Berlin *Heinrich Dade*, im Alter von 58 Jahren. Dade studierte zuerst Technik, dann Nationalökonomie, promovierte in Rostock und war dann Professor an der Universität Berlin. Seit 1895 war er Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats, von 1899 bis 1901 Generalsekretär des Preussischen Landesökonomikollegiums. Von seinen wissenschaftlichen Arbeiten ist besonders seine Mitarbeit an 5. Band des Meitzenschen Buches zu erwähnen, ferner die Neubearbeitung der Roscherschen Agrarpolitik und vor allen Dingen das gemeinsam mit Edler von Braun herausgegebene Sammelwerk Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege.

Am 11. Januar 1924 starb in Hühthum bei Emmerich der Ökonomierat *Felix Lensing*, der in den verschiedensten Ehrenstellungen rheinischer Bauernvereine und Genossenschaften für die rheinische Landwirtschaft wirkte.

Auf einer Reise nach Breslau, wo er der Tagung des Reichslandbundes beiwohnen wollte, dessen langjähriger Vorsitzender und Mitstreiter er war, starb am 25. Februar *Gustav Roesicke*, in seinem 68. Lebensjahr. Er war seit langem der eigentliche politische Führer der deutschen Landwirtschaft. Er war in Berlin geboren, studierte ursprünglich Jura, ging aber bald praktisch zur Landwirtschaft über, die er seit 1889 auf dem Rittergut Görsdorf in der Mark betrieb. Seit 1893 war er Vorsitzender des Bundes der Landwirte, bei dessen Gründung 1893 er bereits hervorgetreten war. Von 1898 an war er mit kurzen Unter-

brechungen Mitglied des Reichstags, von 1913 bis 1918 gehörte er auch dem preussischen Landtag an. Ebenso war er Vertreter der Landwirtschaft im Reichswirtschaftsrat. Roesicke hat politisch eine recht erhebliche Rolle gespielt. Die Landwirtschaft, für die er sich stets mit ganzer Kraft einsetzte, verdankt ihm viel. Seine ehrlich sachliche Einstellung müssen auch seine Gegner anerkennen.

Kurze Chronik Am 29. Januar fand in Berlin der 5. allgemeine deutsche *Saatenmarkt* statt. Die Beteiligung aus der Provinz war sehr rege. Trotz den zum Teil vorzüglichen Qualitäten gingen die Preise weiter zurück. \diamond In Würzburg wurde eine Fränkische *Saatbaugenossenschaft* gegründet, die sich die saattferte Herstellung und den einheitlichen Verkauf der bekannten altfränkischen Luzernezüchtungen zur Aufgabe gesetzt hat. Die altfränkische Luzerne zeichnet sich durch Winterfestigkeit und große Lebensdauer aus. Man rechnet in Unterfranken mit einer durchschnittlichen Lebensdauer von 10 bis 15 Jahren. Dem Bearbeiter dieser Rundschau wurde in Würzburg Luzerne samen von einem 40 Jahre alten Luzernefeld gezeigt. \diamond In der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse vom 19. Januar 1924 werden die Tagesbrennstoffkosten einer *Lokomobile*, andrerseits für Kohlenfeuerung, einander gegenübergestellt. Infolge der hohen Kohlen- und der niedrigen Strohpreise stellt sich die Stroheuerung billiger als die Kohlenfeuerung; eine Erscheinung, die in einem dichtbevölkerten Kulturland merkwürdig berührt. \diamond Der Vorsteher des Laboratoriums für Pflanzenzucht in Lyngby *Harald R. Christensen* wurde von der Universität Königsberg zum Ehrendoktor ernannt. Vor allem werden seine Arbeiten über die Bodenbakterien rühmend hervorgehoben. Dabei ist es bemerkenswert, daß die Universität Kopenhagen vor 10 Jahren eine von Christensen zum Zweck der Promotion eingereichte Dissertation als ungenügend zurückwies. Diese Dissertation war dem gleichen Thema der Bodenbakterien gewidmet; sie behandelte den Einfluß der Bodenbeschaffenheit auf Bakterienleben und Stoffumsatz im Erdboden.

Literatur Die beiden, im Verlag Paul Parey in Berlin deutsch herausgegebenen Bücher des amerikanischen landwirtschaftlichen Schriftstellers *F. F. Matenaers* Der Lu-

zernbau und Das Verpflanzen der Luzerne geben ein Bild von dem hohen Interesse, das in Amerika für den Luzernbau herrscht. Matenaers führt im Literaturverzeichnis allein über 60 Spezialuntersuchungen amerikanischer landwirtschaftlicher Institute über Luzerne auf. Auch von der Regierung wird der Luzernbau in Amerika lebhaft gefördert. Die amerikanische Regierung entsandte eigens einen Gelehrten zu einer mehrjährigen Forschungsreise nach Rußland und Turkestan, um die dort wildwachsenden Luzernearten auf ihre Anbauwürdigkeit zu untersuchen. Außerordentlich interessant ist das Verfahren des Verpflanzens der Luzerne, so absonderlich diese Idee zuerst anmutet. Ich hatte Gelegenheit das Verfahren praktisch zu erproben, und war erstaunt über die Sicherheit, mit der die jungen, kaum bleistiftstarken Pflänzchen anwachsen, sowie über die enorme Wurzel- und Knospenbildung. Zweifellos ist das Pflanzen der Luzerne, wenn nicht in feldmäßigem Anbau, so doch bei der Samen- und in der Gartenkultur, der Saathmethode überlegen. Einige wenige Quadratmeter gepflanzter Luzerne, die gedüngt, nach jedem Schnitt gehackt und möglichst auch bewässert werden, sind ein idealer Rückhalt jeder Kleintierhaltung. Auch steile Böschungen und Hänge lassen sich auf diese Weise mit Vorteil ausnutzen. Außerdem ist anzunehmen, daß durch die Pflanzmethode, bei der jedes einzelne Pflanzenindividuum voll zur Entwicklung kommen kann, die Lebensdauer der Luzerneflächen erheblich verlängert wird. Vielleicht ist es sogar möglich auf diese Weise Luzerneanlagen von praktisch unbegrenzter Lebensdauer zu schaffen. Eine solche Errungenschaft wäre für die "absoluten" Luzerneböden (Steilhänge und trockene Verwitterungsböden des Muschelkalks) von allerhöchster Bedeutung; ist es doch möglich auf diesen Böden, die Getreideernten von höchstens 10 Doppelzentner pro Hektar erbringen, 70 bis 80 Doppelzentner Luzerne pro Hektar zu ernten, die einen Wert von 55 bis 40 Doppelzentner Hafer darstellen.

Kolonisation / Herman Kraoold

Negerwanderungen Die New Yorker Nation brachte kürzlich eine Zugschrift eines Negervolksschullehrers, der sich über die Ursachen der Nordwanderung der Neger in den Vereinigten Staaten von Amerika höchst instruktiv äußerte. Der Briefschreiber,

C. F. Call, führte da aus, viele hervorragende Neger und die meisten Weißen der Südstaaten träfen in dem Bestreben zusammen durch allerlei Fabeln den Neger die Abwanderung aus dem Süden auszureden und sie zu bewegen bei der Arbeit auf den Baumwollfeldern für 75 Cents Tagelohn und in den Holzschlägen (Lumber Camps) für 1 bis 1¼ Dollars Tagelohn zu bleiben. »Aber allen Propagandaversammlungen, allen von den Negerführern und ihren weißen guten Freunden vergossenen Tränen zum Trotz wandern die Neger zu Tausenden ab. Die wirklichen Freunde des Negers, die nicht ihre Privatinteressen verfolgen, freuen sich, daß er seinen Verstand gebraucht und versucht seine eigene und die Lage seiner Familie zu verbessern. Der Neger hat in diesem Gebiet [Florida] seit seiner Entklavung ständig heroisch gerungen, um ein Mensch und ein Bürger zu werden, aber heute sind seine Aussichten auf billige Behandlung schlechter denn je seit dem Bürgerkrieg. Was ist die Ursache dieser Verhältnisse? Nichts als Vorurteil und Rassenhaß. Der Neger spart Eigentum zusammen, damit es ihm verbrannt wird, wenn seine weißen Freunde ihm böse werden, oder damit er es verlassen muß, wenn sie finden, sie können ihn daraus herausprügeln.« »Wir haben« so fährt Call fort »die Zunahme der Vorurteile und der Neigung den Neger zu unterdrücken und jedes Rechts zu berauben seit Jahren beobachtet, aber die Welle des Hasses erreichte so ziemlich ihren Höhepunkt zu Ende des Weltkriegs, als unsere südlichen Freunde Neger in der Uniform des Vaterlands sehen mußten.« Der Neger habe aber erfahren, daß es Gegenden gibt, wo er für seine Arbeit anständigen Lohn erhält, wo sein Dollar ebenso wie der jedes andern Menschen 100 Cents wert ist, wo er, allerlei Rassenvorurteilen zum Trotz, Stimmrecht hat, wo man ihn vor Gericht anhört, nicht ungehört verurteilt und dann an einen Trust verpachtet, um daraus der Staatskasse neue Einnahmen zu erschließen, und wo ihn nicht jeden Morgen die Niggerhetze in den Kopfleuten und Schlagzeilen der Zeitungen begrüßt. Dort findet er Gelegenheit seine Kinder etwas lernen zu lassen; im Süden ist das nicht der Fall. Call schildert die Verhältnisse, unter denen er selbst arbeitet. In seinem Wohnort brannte die Negerschule vor 4 Jahren nieder, die Versicherungssumme aber fiel dem Betrieb der Schulen für die Weißen zu. Nimmt man zu diesen Dingen die Unzahl der Lynchfälle aus

der letzten Zeit, namentlich seitens der American Legion (die kürzlich auch in Deutschland, bei Heidelberg, einen amerikanischen Kriegsdienstverweigerer zu ermorden versuchte) und des Klu-Klux-Klan (der unter anderm durch sein Treiben den Gouverneur von Oklahoma nötigte diesen Staat 2 Monate lang unter Belagerungszustand zu halten), so wird man verstehen, daß in der Tat Auswanderung aus dem Süden der Vereinigten Staaten die einzige Hoffnung für den Neger ist. Für den kolonialisatorischen Zustand dieses Gebiets muß das allerdings katastrophal sein; und auch Europa wird (wegen der Baumwolle) darunter schwer zu leiden haben.

Südafrika: Negerbehandlung Das britische Südafrika hat eine Negerbevölkerung von ungefähr 7 Millionen; davon wohnen 4½ Millionen in der Union of South Africa, und zwar 1,5 Millionen in der Kapkolonie, 1,22 Millionen in Transvaal, 1 Million in Natal und 350 000 im Oranjerestaat. Ihnen steht eine weiße Bevölkerung von rund 1 Million im ganzen britischsüdafrikanischen Gebiet gegenüber. Über die wirtschaftliche und soziale Stellung, die der Negerbevölkerung einzuräumen sei, herrschte von Anfang an heftiger Streit zwischen den Parteien der herrschenden weißen Bevölkerung. Im allgemeinen befürworten die englischen Elemente eine Politik, die die Rechte der Neger erweitert, während die Buren am liebsten zur Sklaverei zurückkehren möchten. Jedoch macht der fortschrittliche Flügel der Burenbevölkerung unter Louis Botha, Smuts usw. diese negerfeindliche Politik seit 1½ Jahrzehnten nicht mehr mit und hat daher zusammen mit den englischen Einwohnern allerlei Verbesserungen in der Lage der Neger durchgesetzt. In der Kapkolonie sind die Neger aktiv wahlberechtigt. In der Gesamtverwaltung der Union of South Africa und in den übrigen Teilgebieten ist ihnen dieses Recht noch nicht bewilligt. Immerhin hat Smuts einen Beirat von 4 Sachverständigen für Eingeborenenfragen bei der Unionsregierung errichtet; bisher ist aber kein Neger zum Mitglied dieses Rats ernannt worden. Den wichtigsten Fortschritt in der Wirtschaftslage der Negerbevölkerung stellte das Landgesetz von 1913 dar, das Botha durchgesetzt hat. Er hatte die Absicht den Bestand von 300 Millionen Acres anbaufähigen südafrikanischen Landes zwischen den Weißen und den Negern aufzuteilen. Es ist bezeichnend, daß selbst dieser Negerfreund 260 Millionen Acres

den Weißen und nur 40 Millionen den Eingeborenen zudachte. Dazu sollte das Gesetz von 1913 den ersten Schritt tun, indem es die Rechtsformen regelte, unter denen die Eingeborenen Farmland erwerben können. Praktisch ist das Gesetz bisher nur in der Kapkolonie durchgeführt worden; denn im Oranjerestaat haben es die Gerichte so ausgelegt, daß es faktisch unanwendbar wurde. In der Kapkolonie gingen auf Grund dieses Gesetzes seit 1913 55 Farmen im Kauf an Negerstämme über, 43 an Negergenossenschaften und 24 an einzelne Neger. Die Gesamtfläche dieser Farmen kann ich nicht feststellen. Das für den Stamm gekaufte Land wird im Grundbuch auf den Namen des Eingeborenenkommissars (Native Commissioner) eingetragen, der als Treuhänder für den Stamm fungiert. Das Genossenschaftsland wird nach dem Statut der Genossenschaft verwaltet. Über die Verhältnisse in Transvaal ist nichts zu erfahren. In Natal erwarb eine Treuhandgesellschaft (Natal Native Trust) das Land für die Neger. Sie hat bisher 42 Landkomplexe gekauft, deren Fläche 2,2 Millionen Acres umfaßt, und auf denen 300 000 Eingeborene angesiedelt sind. Im ganzen wurde also mit dieser Landreform in den ersten 10 Jahren im Interesse der Neger nur sehr Bescheidenes erreicht.

An direkten Steuern bringen die Eingeborenen Südafrikas jährlich 1,15 Millionen Pfund Sterling auf. Daraus wird das bei der Bundesregierung errichtete Amt für Eingeborenenangelegenheiten (Native Affairs Department) mit 582 Beamten und Angestellten bezahlt, das jährlich $\frac{1}{2}$ Million Pfund Sterling kostet. Für den Unterricht der eingeborenen Bevölkerung werden jährlich 200 000 Pfund ausgegeben. Der Rest von jährlich 450 000 Pfund Sterling geht in die allgemeinen Einnahmen der Bundesregierung ein, so daß die Eingeborenen also zu einem guten Teil für die Zwecke der weißen Bevölkerung direkt besteuert werden. Die indirekte Steuerleistung der Eingeborenen geht im großen ganzen für Ausgaben zu ihren Gunsten auf. Der Aufwand für Eingeborenenbildung ist, wie gezeigt, jammervoll gering. Das südafrikanische Eingeborenencollege hat es auf 60 Studenten gebracht, das ist noch nicht einmal 1 auf 100 000 Eingeborene. Im übrigen sind auch hier die Ausgaben sehr stark abgestuft, je nach der Zusammensetzung der weißen Bevölkerung der einzelnen Landesteile aus Engländern und Buren. Rechnet man die in den einzelnen Kolonien aufgewendeten Beträge

auf 1 Million Eingeborene um, so gibt die Kapkolonie für die Ausbildung einer Million Eingeborener 113 000 Pfund Sterling jährlich aus, Transvaal 44 000 Pfund, Natal 33 000 und der Oranjerestaat 16 000 Pfund.

Im großen ganzen wird man also sagen müssen, daß vorläufig die Negerbevölkerung Südafrikas noch überwiegend zugunsten der weißen Bevölkerung ausgebeutet wird, obwohl nicht verkannt werden soll, daß eine gewisse Besserung der Verhältnisse im Werden ist.

Anderstärblige und Gewerkschaften Es ist im allgemeinen auch bei uns bekannt, daß die

Kapitalisten des Südens der Vereinigten Staaten negerfeindlich, die des Nordens (weil sich ihnen durch die Neger die Möglichkeit bietet billige Arbeitskräfte zu bekommen) negerfreundlich sind. Weniger bekannt ist, daß die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten, gerade auch im Norden des Landes, eine merkwürdige Stellung in der Negerfrage einnehmen. Sie kämpfen vielfach (im Gegensatz zu den Unternehmern, die natürlich für open shop eintreten) für die Anerkennung des Prinzips der closed shop, der Werkstätten, in denen nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen (siehe auch den Artikel Schippels Der Kampf um gewerkschaftlich geschlossene und offene Betriebe in Amerika, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 I Seite 132 ff.); gleichzeitig verweigern sie den Negern die Aufnahme in die Gewerkschaften und lehnen es ab Negergewerkschaften als solche in Sachen des closed shop-Prinzips anzuerkennen. Die amerikanische Zeitschrift The Crisis veröffentlichte im Oktober 1923 ein interessantes Belegstück für diese Tatsache, nämlich ein Zirkular einer Eisengießerei in Muncie /Indiana/, die die Heranziehung von Negern als Streikbrecher unter anderm folgendermaßen rechtfertigt: »Unser Werk wird auf der open shop-Grundlage betrieben. Die Mehrheit unserer gelernten Arbeiter, die Former, sind Farbige, die als Ungelernte in unser Werk gekommen sind und bei uns alles, was sie können, gelernt haben. Die Gewerkschaft der Former in unserer Stadt hat einem Farbigen niemals erlaubt als Former zu arbeiten; sie versucht jetzt uns von unserer Praxis abzubringen. 4 Werke sind hier bereits nur für Angehörige der Formergewerkschaft offen, 3 andere sind wie das unsere jedem Arbeiter offen. Indes ist unser Werk die einzige Gießerei, die je versucht hat

Farbige zu gelernter Arbeit zu verwenden . . . Die Gewerkschaft verlangt, daß wir alle Farbigen von der gelernten Arbeit entfernen und durch Weiße ersetzen.« Der Fall steht keineswegs vereinzelt da und zeigt, daß, wie sich in Deutschland leider weite Arbeiterkreise nicht von der schlimmen Phrase einer "schwarzen Schmach" freigehalten haben, so auch jenseits des großen Teichs die Proletarier praktisch nicht immer Internationalisten sind, sobald es sich um Menschen anderer Hautfarbe handelt. Ähnliches ist auch in anderen Kolonialgebieten (Südafrika, Australien, Neuseeland) mit vorwiegend germanischer Bevölkerung zu beobachten und bietet auch dort Anlaß zu ersten Streitfragen.

Zionistische Siedlung

Unter dem Titel Intensive Kolonisation hat S. E. Soskin eine Anzahl Aufsätze

und Reden zur Frage der jüdischen Palästinasiedlung gesammelt (Berlin, Orientverlag). Er vertritt namentlich die

Forderung die jüdische agrarische Kolonisation in Palästina von vornherein auf intensivste Ausnutzung des Bodens einzustellen. Er hebt mit Recht hervor, daß die analogisierende Übertragung landwirtschaftlicher Produktionsmethoden aus Europa nach Palästina auf einen Irrweg führen muß, und zeigt mit sehr guter Kenntnis der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden in den hauptsächlichsten Agrarländern der Welt, daß für Palästina die Forderung größter agrarischer Intensität sehr wohl erfüllt werden kann. Er unterscheidet im wesentlichen 2 Arten Land: solches, auf dem künstliche Bewässerung möglich ist, und solches, bei dem das nicht der Fall ist. In temperamentvollen und sachkundigen Ausführungen weist er nach, daß auf künstlich bewässertem Land eine Bevölkerungsdichtigkeit und Ertragsfähigkeit des Bodens wie in den intensivst bewirtschafteten Gegenden Chinas erreichbar ist. Auch für den Getreidebau sagt er, namentlich nach den Erfahrungen in Californien, neue Möglichkeiten voraus. Er hätte freilich auf die amerikanischen Vorbilder näher eingehen sollen. Vor allem auf den Anbau tiefwurzelnder Luzernearten (Alfalfa), durch den in Argentinien eine gründliche Ausnutzung von Steppenboden für Viehhaltung möglich gemacht wurde, sowie auf das in den Prärien und Savannen des Mittlern Westens der Vereinigten Staaten von Amerika schon in weitem Umfang bewährte sogenannte Dry Farming, durch das man dort Weizen und Mais in war-

nem Klima mit starker Sonnenbestrahlung und wenig Regen ohne künstliche Bewässerung in großem Umfang anbauen konnte; dabei kommt es auf die Züchtung tiefwurzelnder Arten an, die das Grundwasser der tiefen Schichten erreichen können, sowie (beim Mais) auf die weitere Stärkung des Wurzelstocks durch Abweidenlassen der Pflanzen wenige Wochen nach dem Heraustreten aus dem Boden. Palästina hat im allgemeinen mehr Regen und intensivere Sonnenbestrahlung aufzuweisen als diese amerikanischen Ländereien. Es könnte also mit um so größerem Erfolg diese Kulturmethoden anwenden. Mit Recht hebt Soskin ihre ausschlaggebende Bedeutung hervor. In der Tat wird eine starke jüdische Besiedelung Palästinas nur möglich sein, wenn die Agrarproduktivität gewaltig gesteigert wird. Zunächst muß der Bedarf an Lebensmitteln im Land selbst gedeckt werden. Dann gilt es ein agrarisches Produkt zu schaffen, das in großen Mengen exportiert werden kann. Südfrüchte nehmen viel Boden weg und können nur in beschränktem Umfang zu lohnenden Preisen auf dem Weltmarkt untergebracht werden; Baumwolle in Massen für den Export zu produzieren wäre ein absolut spekulatives Unternehmen; Getreide dagegen kann auf viele Jahre hinaus in der näheren Umgebung Palästinas in beliebigen Mengen abgesetzt werden. Schließlich muß die palästinensische Wirtschaft solchen Maschinenkraft sparsam zu verwenden. Nennenswerte Kohlenvorkommen existieren im Land nicht, Petroleum ist wegen der Unberechenbarkeit dieser Produktion wohl kaum zur Grundlage der Energieversorgung zu machen, und der elektrische Strom, der aus den Wasserkraften des Landes zu gewinnen ist, erfordert große Kapitalinvestitionen, deren Aufbringung bis jetzt nicht voll gesichert erscheint. Deshalb muß die Landwirtschaft möglichst auf menschliche Arbeit eingestellt werden. Auch liegt es im Interesse der jüdischen Einwanderung, daß mit dem Land hausgehalten wird, da es den arabischen Effendis abgekauft werden muß, die schon heute Wucherpreise verlangen, und da die auch von Soskin erhobene Forderung: dieser Preisdiktatur der Effendis durch Nationalisierung des ganzen palästinensischen Bodens einen Riegel vorzuschieben, von den Engländern (die es im Konfliktfall aus politischen Gründen mit den Effendis halten) kaum erfüllt werden dürfte. Aus Soskins Schrift spricht ein realistischer Sinn, der der jüdischen Kolonisationsarbeit in Pa-

lästina leider noch vielfach fehlt. Die jüdische Kolonisation befindet sich in einer schweren Krise. Einer der Gründe dafür ist, daß für eine rationelle Behandlung der palästinensischen Wirtschaftsfragen noch relativ wenig Interesse vorhanden ist. Das Buch Soskins kann deshalb viel zur Klärung der Probleme beitragen.

Solomon Kaplansky sammelte unter dem Titel Probleme der Palästinakolonisation im Auftrag des Jüdischen Sozialistischen Weltverbandes Poale Zion eine Reihe von Aufsätzen aus dem letzten Jahrzehnt, die sich in bemerkenswerter Weise mit verschiedenen wichtigen Fragen aus diesem Problemkomplex befassen (Berlin, Ferdinand Ostertag/. Im einzelnen könnte man an Kaplanskys Ausführungen vielfach Kritik üben. So ist die Ansicht ganz ungerechtfertigt, daß in den wasserärmeren Gebieten Palästinas Getreidebau nur bei einer sehr geringen Dichte und sehr niedrigen Bedürfnissen der Bevölkerung möglich wäre. Wenn das heute für die Fellachenwirtschaft gilt, so nur deshalb, weil diese Wirtschaften sehr intensiv betrieben werden und in der Bearbeitung des Bodens wie in der Saatzucht hinter der Agrarwirtschaft des antiken Judentums stark zurückgeblieben sind. Erfreulicherweise weist übrigens der Verfasser in diesem Zusammenhang auf das Dry Farming und die dadurch gegebenen Möglichkeiten hin. Auch dieses Buch sei den Zionisten zur Durcharbeitung empfohlen, wie ihnen denn überhaupt angeraten werden muß, daß sie sich immer mehr auf die sachlichen Probleme einstellen und die innerzionistischen Streitigkeiten möglichst ruhen lassen. Die Anziehungskraft, die der Zionismus auch auf die Nichtjuden ausübt, beruht vor allen Dingen auf dem Interesse der in Palästina für die ganze Menschheit zu leistenden produktiven Arbeit, die in dieser Zeit allgemeiner Zerstörungswut um so stärker herbeigesehnt werden muß.

Tierhaltung In Canada wird der Bison, der amerikanische Wildbüffel, als Naturdenkmal in besonderen Schutzgebieten gehegt. Infolgedessen nimmt er an Zahl so zu, daß die canadische Regierung beschloß 2000 Stück abschießen zu lassen, da die im Schutzgebiet vorhandenen Tiere dort nicht alle Nahrung finden können, und die Regierung durch Vergrößerung des Schutzgebiets den Nahrungsspielraum der Tiere nicht erweitern will. Die Bisons wären also zum Hungertod verurteilt.

Im englischen Tanganyikaterritorium, dem frühern Deutsch Ostafrika, war der Abschub der Raubtiere unter deutscher Verwaltung einigermaßen geregelt. Löwen und Leoparden durften nicht nach Belieben in Scharen von Sports- oder Berufsjägern getötet werden; doch war auch einigermaßen Vorsorge getroffen, daß sie nicht überhand nehmen konnten. Die Zustände in dem Land während des letzten Jahrzehnts, namentlich die Tatsache, daß die zahlreichen Europäer fehlen, die früher gelegentlich Raubtiere jagten, hat nun aber zu einer solchen Vermehrung dieser Tiere geführt, daß sie wieder, wie einst, eine ernste Gefahr für die Bevölkerung des Landes geworden sind; sind doch allein im 1. Halbjahr 1923 in einem einzigen Distrikt 67 Eingeborene von Löwen getötet worden. Infolgedessen hat die Regierung des Territoriums Schußprämien ausgesetzt; bisher sind solche Prämien für den Abschub von 300 Löwen und 800 Leoparden ausgezahlt worden.

Kurze Chronik Am 28. Dezember 1923 wurde in London das Protokoll unterzeichnet, durch das die Grenze zwischen dem Sudan und Französisch Äquatorialafrika festgesetzt wurde. Die Grenzfrage schwebte seit dem Faschodastreit. ◊ Die 100 000 englische Quadratmeilen große indische Provinz United Provinces hat nur 7% bewaldete Fläche (im gebirgigen Teil) aufzuweisen; die hochkultivierte und dichtbevölkerte Ebene ist nahezu baumlos. Dagegen gibt es dort sehr viel für Waldwuchs geeignetes Ödland. Die Provinzialregierung versucht deshalb jetzt, ob es möglich ist in der Ebene Waldungen anzulegen. Es hat sich ergeben, daß man selbst in den allertrockensten Gegenden Wälder erzielen kann. 3 Versuche im großen wurden bei Agra, Cawnpore und Lucknow angestellt. Die Bäume (hauptsächlich Babul) gedeihen vortrefflich; nach einem Monsun wurden sie schon 2 bis 3 Fuß hoch. Die Arbeit kann von ungelehrten ländlichen Arbeitskräften verrichtet werden. Eine wichtige Nebenwirkung ist, daß die Waldungen das Wegschwemmen der Ackerkrume bei dem alljährlichen Übertreten der großen Ströme verhindern. Zwischen den jungen Baumbeständen wächst üppig gedeihendes Gras, das vortreffliche Viehweide bietet. ◊ Die Belgier arrangieren eine Wanderausstellung belgischer Produkte, die deren Absatz in der Kongokolonie fördern, aber auch die dem Kongoland be-

nachbarten afrikanischen Häfen besuchen soll. Die Ursache zu dieser Ausstellung ist die Tatsache, daß der Anteil Belgiens an der Einfuhr der Kongokolonie von 50 % vor dem Krieg auf 6 % im Jahr 1919, 4,1 % im Jahr 1920 zurückgegangen ist. ◊ Zwischen den Vereinigten Staaten und der westafrikanischen Republik Liberia wurde am 4. April 1922 ein Vertrag abgeschlossen, durch den dem amerikanischen Staat die Aufsicht über die Finanzen *Liberias*, die Aufstellung des Budgets, die Genehmigung der Anstellung von Beamten, die Leitung des Heereswesens, die Bestimmung über die Verwendung der Zolleinnahmen und die Revision der Gesetzgebung zugesprochen wird; alles das für eine einmalige Zahlung von 5 Millionen Dollars. Eine billige Art zu einer Kolonie zu kommen. ◊ Die *Companhia Siderurgica Belgo-Mineira*, ein Konsortium französischer, belgischer und luxemburgischer Metallfirmen und Banken, hat in *Brasilien* 2 große Landstücke von zusammen 12 500 Hektar Fläche erworben mit wertvollen Erzvorkommen, Wasserfällen und Waldungen. Die Gesellschaft hat bereits begonnen auf dem Gebiet einen 2. Hochofen zu errichten, eine Zementfabrik und ein Stahlwerk. Der Sitz der Gesellschaft ist *Bello Horizonte*, wie jetzt der neue Name für *Minas*, die Hauptstadt des brasilianischen Staates *Minas Geraës*, lautet.

Literatur Die Kolonisationsfinanzen der Jewish Agency behandelt *Chajim Arlosorow* in einem 196 Seiten starken Buch /Berlin, Hitachdutverlag/. Mit Recht bezeichnet der Verfasser den Mangel an Geld als das größte Hindernis der jüdischen Kolonisationsarbeit in Palästina. Er schlägt vor das bisherige System aufzugeben, das darin besteht die Finanzen fast ausschließlich auf die Sammlung von Spenden zu stützen, bei denen relativ große Sammlungskosten erwachsen, und deren Erträge bei weitem nicht ausreichen; vielmehr solle man versuchen in Form einer großen nationalen jüdischen Anleihe das Privateigentum der über die Welt verstreuten wohlhabenden und reichen Juden der Kolonisationsarbeit dienstbar zu machen. Die Anleihe müßte sichergestellt und angemessen verzinst werden. Der Verfasser macht sich meiner Meinung nach freilich zu wenig Gedanken über die Höhe der Verzinsung; der Zins, den man für koloniale Kapitalanlagen gewähren muß, ist noch immer sehr hoch und dürfte es wohl noch für lange Zeit bleiben. Andererseits wird

es schwer sein aus den Kapitalanlagen in Palästina im 1. Jahrzehnt auch nur einen durchschnittlichen Zins herauszuwirtschaften. Entweder müßte man versuchen die Kapitalien in Wirtschaftszweigen anzulegen, in denen eine relativ hohe Verzinsung zu erreichen ist; dazu findet man in den fortgeschritteneren Stadien der Kolonisation jedoch nicht mehr so leicht Gelegenheit wie im Anfang. Oder aber (und *Arlosorow* schlägt in der Tat vor diesen Weg zu beschreiten) man müßte versuchen einen wesentlichen Teil des durch die Anleihe aufgebrauchten Kapitals zur Begründung einer palästinensischen Notenbank zu verwenden. Ohnehin wäre die Gründung einer solchen eigenen Notenbank notwendig, denn je mehr sich Ägypten zu einem national autonomen Staat entwickelt, desto unerträglicher wird es politisch und wirtschaftlich für Palästina zum Gebiet der ägyptischen Staatsbank zu gehören. Aus einer solchen Notenbank ließe sich natürlich die entsprechende Gewinnquote herausholen. Man muß sich aber darüber klar sein, daß damit das Problem keineswegs gelöst ist eine Anleihe hoch zu verzinsen, ohne daß die palästinensische Wirtschaft über ihre Tragfähigkeit hinaus belastet wird. Vielmehr würde diese Methode automatisch dazu führen, daß wiederum das Geld nur den wenigen Unternehmungen zufließt, die einen teuren Kredit tragen können. Auch dürfte politisch eine rein jüdische Notenbank in Palästina schwer durchzusetzen sein; ihre Existenz ergäbe auch auf die Dauer wahrscheinlich sehr unerfreuliche Konflikte mit der arabischen Bevölkerung. Es müßte also damit gerechnet werden, daß sich arabisches oder aus anderen Kreisen des islamischen Kapitals (Indien) stammendes Kapital an der Bank beteiligt. Dadurch säne wiederum beträchtlich der jüdische Kapitalanteil der Notenbank, und es könnte wieder nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des unterzubringenden Anleihekapitals hier Beschäftigung finden. Der größte Teil der Anleihe müßte wieder direkt in jüdische Unternehmungen in Palästina hineingesteckt und der Zinsbetrag, soweit er von diesen Unternehmungen nicht aufgebracht werden kann, aus laufenden Einnahmen der Kolonisationsbewegung bestritten werden. Vielleicht könnte man durch Ausbau des Spendenwesens eine regelmäßige Besteuerung der Galuthjuden durchführen, wie sie ja auf dem Papier schon besteht, praktisch jedoch (in Gestalt des *Maasser*) bisher keinen nennenswerten Erfolg

gehabt hat. Das Buch Arlosorows bedeutet trotz all diesen Bedenken einen großen Schritt vorwärts, und es wäre nur zu wünschen, daß namentlich in der zionistischen Bewegung die Vorschläge des Buches recht gründlich durchdacht und durchgesprochen und in nicht allzu ferner Zeit auch zu Taten verdichtet würden. Denn auf Taten kommt es, nach all den Beratungen, jetzt an.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Archäologische Von der Prähistorie und
Forschung ihrem Altmeister Kossinna

in Berlin ist an dieser Stelle schon die Rede gewesen (siehe die Rundschau Geschichte, 1922 I Seite 547) und leider auch von dem geringen Verständnis, das man im preußischen Ministerium für die mächtig emporstrebende, in Deutschland verhältnismäßig noch so neue Wissenschaft hat, und von der Mißgunst der Vertreter naheliegender Lehrfächer, wie der Alten Geschichte, der Germanistik, der Klassischen Archäologie, die wohl oder übel erkennen müssen, daß Urgeschichte den Zaun überspringt, den sie, die Alten, Eingesessenen, ihrem Gebiet gezogen glauben, und mit anderen Augen schaut; und das Wort vom »naiven Dilettantismus«, das ein gepriesener Vertreter der griechischen Historie in Berlin geprägt hat, der berichtigten 93 einer, ist ein Beweis für das, was Galle zuwege bringt.

Während das Reich Kossinnas ganzer Quadratmeter 12 umfaßt, hat Robert Rudolf Schmidt in Tübingen seine Ellbogen beiser gebraucht. Der Durchspürer der süddeutschen Höhlen, dessen Name für immer mit dem Sirgenstein und der Großen Ofnet verbunden bleibt, mit jener wunderbaren Forscherarbeit, die die Lehre von der Ältern Steinzeit in Deutschland auf absolut sichere Füße gestellt zu haben sich rühmen darf, hat die engen Stuben im geologischen Talbau verlassen, ist ins alte Schloß und seine weiten, sonnendurchfluteten Räume hinaufgezogen und hat in der Zeit traurigen Niedergangs unseres Volkes, unbeirrt durch Marktsturz und Geldentwertung, das Urgeschichtliche Forschungsinstitut geschaffen, das weder in Deutschland (mit Ausnahme etwa von Halle, wo Hans Hahne waltet) noch jenseits der Grenzen seinesgleichen findet; denn der Gelehrte mit dem freundlichen glatten Gesicht, in dem der Fremde eher den Darsteller jugendlicher Liebhaberrollen vermutet als den größten Kenner der ältesten Werkzeuge

der Menschenhand, besitzt die Gabe jederzeit mit dem passenden Lächeln an die passende Tür zu klopfen, den passenden Beutel zu öffnen, und so hat sich halb Württemberg gerührt dem Sesam nachzukommen und der Prähistorie dienlich zu sein. Mehr noch: Schmidt hat sich Mitarbeiter erzogen, die des Meisters würdig sind: Georg Kraft, Hans Reinerth.

Schon vor 3 Jahren hat *Hans Reinerth* mit seinen Pfahlbauten am Bodensee /Augsburg, Benno Filser/ ein Büchlein geschaffen, das mit zähem Forscherfleiß den sichern Blick des Fachmanns paart und mit seinem gefälligen Deutsch auch den gewinnt, der der Vorgeschichte fernstand. In Württembergs Südosten liegt in weitem Moorgelände, das er zur Urzeit einst ganz bestand, der Federsee, dessen Nachbarstädtchen Buchau der Arkebuisiere einer in Wallensteins Lager entstammt. Im schwarzen Torf des grün bestanden Beckens haben die Tübinger Wühlmäuse Reste menschlicher Wohnstätten freigelegt, in denen, 3000 vor Christus etwa, Menschen hausten. Dullenried, Riedschachen, Aichbühl sind dem Fachmann seit kurzem zu wichtigen Namen geworden. Ihnen gilt Reinerths Federseemoor als Siedelland des Vorzeitmenschen /Schussenried, Rudolf Abt/. Und nun erscheint die Chronologie der Jüngern Steinzeit /Augsburg, Benno Filser/, ein Werk, dessen Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden kann, das in die Epoche von 4000 bis 1800 vor Christus mit sicherer Hand Ordnung trägt, ein Ergebnis, das nur der voll zu würdigen weiß, der sich wahrheitsbedürftig selbst durch das weite Gebiet hindurchzutasten versucht hat, überall gehemmt durch Zickzack sich widersprechender Meinungen und sich durchkreuzender auf Gefäße und Scherben sich stützender "Stile".

Was sich an Scharfsinn bei Reinerth zu greificherem Beweis formt, das auszuführen fehlt hier der Raum. Aber eins sei noch gesagt: Wie Kossinna sich stets bemüht hat die Sprache Goethes und Schillers nicht zu verdunkeln, so schreibt auch in seiner Chronologie der Jüngern Steinzeit der Tübinger Gelehrte den gewinnenden Stil, den ich vorhin gerühmt habe, und der kein geringes Verdienst ist. Denn noch sitzen in Berlin und anderswo altbezippte Universitätslehrer, die jeder Dissertation das Todesurteil sprechen, wenn sie in reinlich deutschem Gewand geht. Trocken, holperig, dem einfachen Menschen unverständlich; auf anderes mag manche deutsche Professorenbrille nicht schauen. *Hans Flemming*